

Informationen und Meinungen zur Hochschulpolitik

In dieser Ausgabe:

Titel

Die Elitedebatte

Der Ausgangspunkt	3
Das Konzept	4
Die Reaktionen	8
Der Kompromiss	14
Positionsbestimmung des vhw	15

Wissen, Werte, Leitbilder

Über „Hochschulen als Wissens- und Wertegemeinschaft“	19
Wissens- und Wertegemeinschaft Unternehmen	25

Reformieren durch Sparen?

Zwei Stellungnahmen der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen in Baden-Württemberg	31
--	----

Informationen

Best Practice-Hochschulen 2004	35
BMBF – HRK – HIS	

Von Prof. Dr. Elke Platz-Waury,
Bundesvorsitzende des vhw



Wohl kaum ein Wort – oder muss man sagen Un-Wort? – hat im Hochschulbereich seit Beginn des Jahres 2004 so stark zu Diskussionen geführt wie das Wort „Elite“. Als Folge der Ankündigung der Bundesregierung, im Jahr 2004 eine „neue Innovationskultur für Deutschland“¹ zu schaffen, um Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu sichern, entstand blitzschnell eine lebhaftige Debatte darüber, ob das Wort „Elite“ nun wieder salonfähig würde oder nicht.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die Innovationsoffensive in Forschung, Bildung und Ausbildung der notwendige zweite Teil der Agenda 2010. Qualitatives Wachstum und Beschäftigung seien nur durch starkes Engagement in Hochtechnologien, Forschung und Entwicklung sowie ein leistungsfähiges Bildungssystem zu erreichen, damit die sozialen Sicherungssysteme und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gehalten werden können.² Bildung sei **der** Schlüsselfaktor für privaten wie gesellschaftlichen Erfolg. Deshalb müßten die durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme gewonnenen Ressourcen entschlossen in Zukunftsinvestitionen gelenkt werden. Gleichzeitig müsse man die in Deutschland bestehenden zahlreichen Restriktionen für die Forschung abbauen und einen breiten gesellschaftlichen Dialog über Chancen und Risiken von Innovationen füh-

Innovation – Elite – Exzellenz: Leitbilder für die Hochschulen in Lehre und Forschung

ren. Dies setze die Politik einer offenen Gesellschaft voraus, in der die technischen und wirtschaftlichen Eliten sich nur durch ihre Verdienste, nicht aber durch den Verdienst ihrer Eltern ausweisen. „Zur Elite gehört jemand, der etwas aus sich macht – und machen kann. Jemand, der zudem weiß, dass Verantwortung für den Zustand des Gemeinwesens hinzukommen muß.“³

Die Reaktionen folgten schnell. Die einen tadelten die Bundesregierung dafür, dass sie sich in Länderangelegenheiten einmische, denn Bildung sei nun einmal Ländersache. Die anderen kritisierten, dass nur Spitzenforschung gefördert werden solle, und forderten stattdessen, die Hochschulen in der Breite zu fördern. Wieder andere mahnten einen Stop der ständigen Kürzungen im Personal- und Sachkostenbereich und zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang an, wenn man die Qualität der Hochschulen in der Bundesrepublik nachhaltig verbessern wolle. Vertreter einiger Hochschulen beeilten sich, die Öffentlichkeit wissen zu lassen, daß selbstverständlich sie zu den von der Bundesregierung gemeinten Spitzenhochschulen gehörten, und verwiesen auf ihre Positionierung in den Forschungsrankings. Glücklicherweise hat sich in dem von der Bund-Länder-Kommission vereinbarten Vorschlag, ein „Netzwerk der Exzellenz im Wissenschaftsbereich“ zu schaffen, die Stimme der Vernunft durchgesetzt, damit im Hochschulbereich die geeigneten Rahmenbedingungen für Spitzenleistungen geschaffen werden.

Es ist aufschlußreich mitzuverfolgen, wie in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu sehende, klare Absichtserklärungen jeweils für eigene Zwecke gebraucht, gelegentlich auch mißbraucht wurden. Deshalb wird der auf die Zielsetzungen der Bundesregierung folgenden Debatte in dieser Ausgabe ein breiterer Raum gewidmet. Gleichzeitig aber muß klar sein, daß Spitzenleistungen nicht durch Worte, sondern in erster Linie durch den ent-

schlossenen Willen zur Innovation und zielorientiertes Handeln ermöglicht werden. Insofern ist die Vorstellung zweier vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ausgezeichneten Best Practice-Hochschulen in unmittelbarem Zusammenhang mit der „Elitedebatte“ zu sehen.

Gleichzeitig verweist die Diskussion darüber, was Exzellenz und Spitzenförderung im Hochschulbereich bedeutet, aber auch auf die sehr grundsätzliche Frage nach den verbindlichen Werten, die als Wegweiser für die Lehre und Forschung an Hochschulen dienen können. Das Thema für das vhw-Symposium vom September 2003 „Hochschulen als Wissens- **und** Wertegemeinschaften“ nahm insofern einige der Grundgedanken vorweg, wie die beiden hier abgedruckten Vorträge deutlich machen. Welches sind die Leitlinien, an denen sich die Hochschulen orientieren sollten? Muß nicht jede Hochschule ein „Leitbild“ (mission statement) haben, wie dies an amerikanischen Hochschulen selbstverständlich ist? Eine – zugegebenermaßen ganz und gar nicht repräsentative – Umfrage hat gezeigt, dass dies nur für einige wenige Hochschulen zutrifft. Es wäre eine gute Entwicklung, wenn die Debatte um Deutschlands Eliten die Diskussion um Werte und Ziele von Exzellenz in Hochschullehre und Hochschulforschung neu in Gang gesetzt hätte, damit neben dem für Spitzenleistungen unbestreitbar notwendigen Wissen auch das für den gesellschaftlichen Konsens unumgängliche Wertebewußtsein zur selbstverständlichen Richtschnur für das Handeln von Studierenden, Lehrenden und Forschenden wird.

1 Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit dem Spiegel vom 5. Januar 2004.

2 „Innovationsgespräch“ bei Bundeskanzler Schröder mit Wissenschaftlern und Unternehmern am 15. Januar 2004.

3 Interview von Bundeskanzler Schröder in Die Zeit vom 5. Februar 2004.

Die Elitedebatte – Der Ausgangspunkt

Weimarer Leitlinien Innovation

Unser Land gerecht erneuern – Einige Auszüge

- Mehr Bildungsgerechtigkeit schafft gleiche Lebenschancen
- Jeder muss eine Chance auf Ausbildung bekommen
- Wir wollen eine Zukunft mit mehr Kindern
- Innovationsfähigkeit ist keine Altersfrage
- Alle vorhandene Arbeit muss mobilisiert und getan werden
- Die langfristige Sicherung der Sozialsysteme und die Konsolidierung der Staatsfinanzen bleiben auf der Tagesordnung
- Unsere Hochschulen müssen flexibler und attraktiver werden
- Wir wollen eine Allianz für Innovationen schmieden
- Wir werden unsere Anstrengungen auf die Märkte der Zukunft konzentrieren
- Wir brauchen den öffentlichen Diskurs über Chancen und Risiken neuer Technologien
- Der Staat muss Innovationen fördern und selbst Vorreiter für Innovationen sein
- Wir wollen in und mit Europa die Kräfte bündeln
- Wir wollen den Wettbewerb um die besten Ideen gewinnen

Unser Land nimmt Fahrt auf. Mit der Agenda 2010 und den Entscheidungen des Jahres 2003 haben wir einen grundlegenden und notwendigen Erneuerungsprozess Deutschlands eingeleitet. ...

Wir dürfen aber in unseren Anstrengungen, Deutschland zu erneuern, nicht nachlassen. Die Fähigkeit zu Innovationen ist der Schlüssel für eine gute Zukunft. Sie entscheidet, ob wir in Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau erhalten können.

Der Wettbewerb hoch entwickelter Volkswirtschaften vollzieht sich über

Innovationen. Beschäftigung können wir nur sichern und neu schaffen, wenn wir Zukunftsmärkte gezielt und schnell erschließen. Darin liegen große Chancen gerade auch für strukturschwache Regionen z. B. in Ostdeutschland. Deshalb wollen wir, dass Ostdeutschland Innovationsregion in Deutschland wird. ...

Nur ein innovationsfreudiges Deutschland kann die Weichen für eine bessere Gesellschaft stellen, in der die Teilhabe jedes Einzelnen gesichert ist. Innovationsbereitschaft, Neugierde und Risikobereitschaft setzen Sicherheit voraus: Die Sicherheit, dass man von der Gesellschaft aufgefangen wird und immer wieder eine Chance erhält. ...

Unsere Hochschulen müssen flexibler und attraktiver werden

Der Zugang zu unseren Hochschulen muss offen bleiben. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventen. Und wir brauchen eine Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen für die berufliche Weiterbildung. Als wir 1998 die Regierungsverantwortung übernahmen, lag der Anteil der Studienanfänger bei 28,5 %. Inzwischen beträgt er 35,6 % eines Jahrgangs. Dazu hat vor allem die Verbesserung der Ausbildungsförderung beigetragen. Unser Ziel bleibt, die Studierendenquote in den kommenden Jahren auf 40 % zu erhöhen. Wir wollen einen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen über die Hochschule der Zukunft führen.

Wir müssen Spitzenforscherinnen und -forschern mehr Anreize bieten, an unseren Universitäten zu bleiben oder zu uns zu kommen. Dazu sind sowohl gute Forschungsbedingungen wie verbesserte Möglichkeiten für variable und leistungsorientierte Vergütungen (Wissenschaftstarifvertrag) wichtige Voraussetzungen. Zur Attraktivität für international renommierte Spitzenforscher gehört aber ebenso, dass unsere Gesellschaft offen und tolerant

bleibt, qualifizierte Zuwanderung ermöglicht und keine unnötigen bürokratischen Hürden aufbaut. Ausländischen Studierenden, die bei uns ein Studium erfolgreich abschließen, wollen wir es erleichtern, hier auch in ihrem Beruf zu arbeiten und eine Existenz zu gründen.

Wir brauchen neben einer höheren Anzahl von Hochschulabsolventen auch eine stärkere Förderung von Spitzenleistungen. Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können.

Wir wollen eine Allianz für Innovationen schmieden

Im Vergleich zu anderen Ländern sind unsere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung zu gering. Wir wollen in Zukunft einen höheren Anteil unseres Sozialprodukts in diesen Bereich investieren. Dies wird nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Bund und Ländern zu erreichen sein. Unser Ziel ist, dafür eine Allianz für Innovationen zu bilden: Wir wollen bis spätestens 2010 den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von heute 2,5 % (2001) auf 3 % steigern. Wir erwarten von der Wirtschaft, dass sie ihren Anteil auf 2 % des BIP erhöht. Die öffentlichen Haushalte ihrerseits werden ihren Beitrag auf 1 % des BIP anheben. Wir werden in diesem Rahmen auch prüfen, ob eine Stiftung „Bildung, Forschung und Entwicklung“ einen Beitrag zur Finanzierung zentraler Innovationsprojekte leisten kann.

Quelle: Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 6. Januar 2004. SS. 1, 2, 5-6. Willy-Brandt-Haus-Materialien.

Die Elitedebatte – Das Konzept

Gerhard Schröder
Bundeskanzler

„Deutschland. Das von Morgen.“

Auszüge aus der Rede beim Innovationskongress in Berlin am 26. Januar 2004

Was eine moderne Gesellschaft und ein moderner Staat sind, lässt sich sicherlich nicht in ein paar Sätzen erfassen. Aber ein Grundsatz, der sich mehr und mehr herausbildet, scheint mir – auch unter den Bedingungen der Globalisierung – ziemlich universell gültig zu sein: Modern ist, jedenfalls nach meinem Verständnis, eine Gesellschaft, die alles daran setzt, das grenzenlose Wissen, das wir als Menschheit inzwischen haben, zu nutzen und zu vermehren – aber das allein würde nicht ausreichen –, und zwar so zu nutzen und zu vermehren, dass dieses Wissen der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird und die Menschen, und zwar möglichst alle Menschen, in einem sehr umfassenden Sinne daran teilhaben können. ...

In diesem Sinne sind wir heute im Begriff, eine neue Stufe der Modernisierung zu nehmen, und zwar, indem wir die Förderung wissenschaftlicher Erstklassigkeit mit der Innovation unserer sozialen Verantwortung verbinden. Und indem wir auf allen Ebenen die Anwendung der Forschung und des Wissens verbessern, aber eben auch den Zugang zum Wissen verbreitern und vertiefen.

Wenn wir also eine moderne, demokratische und soziale Gesellschaft sein wollen, dann müssen unsere Strukturen des Lernens und Forschens, aber auch die Strukturen von Wirtschaft, Arbeit und politischen Entscheidungen mit diesem Wissen Schritt halten. Das moderne Wissen eröffnet uns außerordentliche Möglichkeiten. Nur wenn wir diese Möglichkeiten auch ausschöpfen, werden wir im internationalen Wettbewerb bestehen. Aber gerade weil wissenschaftliche Innovation und gesellschaftliche Modernisierung soziale, ökologische und auch internationale Verantwortung einschließt, müssen sich der Staat, aber auch die gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam dieser Aufgabe stellen, damit wir im globalen Modernisierungswettbewerb nicht zurückfallen und damit Innovation auch wirklich der ganzen Gesellschaft zugute kommt.

Wir brauchen Innovation in unseren sozialstaatlichen Strukturen. Aber wir brauchen den Sozialstaat, um in der Gesellschaft das Klima und die Bedingungen für mehr Innovation und mehr Wissen zu verbessern. Also gilt: Ohne Innovation kein Wachstum, keine soziale Sicherheit und auch keine Teilhabe. Aber es gilt eben auch: Ohne Teilhabe, ohne soziale Gerechtigkeit, die erst die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen mobilisieren – übrigens nicht nur mobilisieren, sondern auch einfordern – kann, bleiben die Chancen des Wissens nur wenigen vorbehalten und die Potenziale unserer Gesellschaft werden nicht hinreichend genutzt. ...

Wir brauchen schließlich auch das Bewusstsein, dass wir es mit einem langfristigen Prozess zu tun haben, Innovation also nie aufhört, so, wie auch das Lernen und das Wissen nicht enden, weil wir irgendwann einmal Zeugnisse und Abschlüsse erworben haben. An der Innovation – also am Erfindergeist einerseits, und an der verantwortlichen und nutzbringenden Anwendung von Forschungsergebnissen andererseits – entscheidet sich unsere Zukunftstauglichkeit. ...

Wenn wir uns darin einig sind, dass das unsere Zukunftschance ist, dann folgt daraus, dass Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Innovation der Produkte, aber auch der Produktion die entscheidenden Zukunftsfelder sind. ...

Innovation entsteht ... nicht nur in ein paar Spitzeninstituten und durch gezielte Förderung von Bildung und Wissenschaft. Man braucht auch eine umfassende Innovationskultur. Dazu gehört eine Arbeitsorganisation, die Kreativität und Erfahrung der Mitarbeiter mobilisiert, die Autonomie und damit Flexibilität fördert, und in der Mitsprache und Teilhabe nicht als Bedrohung empfunden werden. ...

Innovation braucht starke staatliche Investitionen, und sie braucht den Staat als Auftraggeber und auch als Kunden.

Schließlich braucht eine Kultur der Innovation eine Politik der offenen Gesell-

schaft: offen nach innen, indem wir soziale Mobilität nicht nur ermöglichen, sondern erleichtern, und offen für technische und wirtschaftliche Eliten, die sich durch ihre Verdienste ausweisen, nicht durch ihren oder ihrer Eltern Verdienst. ...

Wir haben den Anfang gemacht. Wir haben Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften an einen Tisch gebracht. Dazu haben wir die Initiative „Partner für Innovation“ gegründet. Unser Ziel ist, mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung im Jahr 2004 eine umfassende, nachhaltige Innovationsinitiative in Gang zu bringen. ...

Uns ist bewusst – das will ich hier genauso klar sagen –, dass Innovation kein vom Staat oder von außen verordneter Prozess sein kann. Es gibt keine Möglichkeit für eine Regierung, einen Innovationsplan für ganz Deutschland zu oktroyieren. Aber gemeinsam mit den „Partnern für Innovation“ können und müssen wir einen Prozess in Gang setzen, ihn fordern und ihn unterstützen: durch intelligente Normsetzung, durch Koordination und Vernetzung der Beteiligten, durch Erschließen von Zukunftstechnologien und durch Impulse für die Entwicklung neuer Märkte.

Ziel der „Partnerschaft für Innovation“ ist es, das innovative System in Deutschland auf allen Ebenen zu stärken. Also müssen und werden wir Hemmnisse abbauen und auf diese Weise neues Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Menschen in unserem Land schaffen. ...

Ich will nicht, dass Missverständnisse aufkommen. Dem internationalen Wettbewerb um Erstklassigkeit können wir uns nicht allein im Nationalstaat stellen. Es ist wichtig, die eigenen Dinge in Ordnung zu bringen. Aber es wäre falsch zu glauben, dass wir es alleine schaffen können. ... Wir wollen, und wir können nicht einen Staat allein an die Spitze bringen, sondern wir müssen Europa an die Spitze bringen. Wir wollen also, dass Europa die wachstumskräftigste, die am meisten dynamische, jedenfalls die innovativste Region wird.

Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für Bildung
und Forschung

„Deutschland. Das von Morgen.“

Eröffnungsrede beim Innovations-
Kongress am 26. Januar 2004 in Berlin

„Stark in Bildung und Forschung – Erfolgreich durch Innovation“

Sehr geehrte Herren und Damen,

der ehemalige englische Premierminister, David Lloyd George, hat vor etwa 75 Jahren einmal gesagt: „Jede Generation hat ihren Tagesmarsch auf der Straße des Fortschritts zu vollenden. Ansonsten verlängert sich der Weg für ihre Kinder.“

Auf der Straße des Fortschritts ist ein weltweiter Innovationswettbewerb entbrannt. Wenn Deutschland hier nicht nur Schritt halten, sondern zu den Besten gehören will, müssen wir uns beeilen. Der Startschuss ist am 15. Januar mit der Initiative „Partner für Innovation“ gefallen.

„Deutschland. Das von Morgen.“ braucht Innovationen. Und Innovationen brauchen Menschen, die offen und neugierig auf Neues sind. Menschen, die bereit sind, das Bekannte in Frage zu stellen.

Innovationen sind das Lebenselixier einer Gesellschaft. Innovationen, das sind neue Technologien, Produkte und technische Verfahren, mit denen wir neue Märkte erschließen und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen können. Innovationen schaffen Chancen für ein gutes, ja, ein besseres Leben: wirksame Medikamente, bessere Arbeitsbedingungen, eine intakte Umwelt und wirtschaftliches Wachstum, das den Menschen nicht aus dem Blick verliert.

Die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands ist hoch. Richtig ist aber auch: andere Länder werden immer besser. Unsere Erfolge gründen zu stark auf der Vergangenheit. In den 80ern und 90ern wurde versäumt, in Bildung und Forschung zu investieren und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Andere Länder haben vor allem durch Entbürokratisierung, innovationsfördernde Rahmenbedingungen und massive Investitionen in Bildung und Forschung die Weichen auf Modernisierung und Fortschritt gestellt.



Mit der „Agenda 2010“ hat die Bundesregierung diesen Prozess in Deutschland beschleunigt und die ersten Hürden genommen. Jetzt kommt es darauf an, entschieden die nächsten Schritte zu gehen und das Klima für Innovationen weiter zu verbessern. Wir brauchen eine gemeinsame strategische Anstrengung aller Kräfte. Denn es geht um: „Deutschland. Das von Morgen.“ ...

„Stark in Bildung und Forschung – erfolgreich durch Innovation“ – das ist das Ziel. Über den Weg zu diesem Ziel will ich heute mit Ihnen diskutieren. Dabei will ich mich zunächst auf drei Thesen konzentrieren:

Erstens. Mehr Geld für die Forschung, aber auch mehr Forschung fürs Geld!

Zweitens. Gefördert wird, was Fortschritt und Arbeit schafft.

Drittens. Mit Spitzenuniversitäten die klügsten Köpfe gewinnen.

I. Mehr Geld für die Forschung!

Diese Steigerung brauchen wir als klares Zeichen für Innovation. Wir wissen, dass die Länder mit den höchsten Investitionen in Forschung und Entwicklung das höchste wirtschaftliche Wachstum haben. Finnland, Schweden und die USA machen es vor. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben in Lissabon beschlossen, die FuE-Ausgaben in der EU bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. Diese Investitionen sollen – der bewährten Aufteilung in unserem Land entsprechend – zu zwei Dritteln von der Wirtschaft erbracht werden. ...

Gleichzeitig muss der Staat seinen Teil zum drei Prozent-Ziel beitragen. Damit meine ich ausdrücklich Bund und Länder. Gerade in Zeiten knapper Mittel muss das Geld in die Zukunft investiert werden, nicht in Probleme der Vergangenheit. Investition geht vor Subvention.

Die Top-Universitäten in den USA

Stiftungskapital (in Dollar)

Harvard University	17.169.757
Yale University	10.523.600
University of Texas System	8.630.679
Princeton University	8.319.600
Stanford University	7.613.000
Massachusetts Institute of Technology	5.359.423
Emory University	4.551.873
Columbia University	4.208.373
University of California	4.199.067
Texas A & M University System and Foundations	3.700.000

Quelle: The Chronicle of Higher Education, Almanac Issue 2003-2004, August 2004

II.

Mehr Geld allein bedeutet weder gute Forschung noch mehr Innovationen. Es muss auch effizient eingesetzt werden. Deutschland verfügt über ein differenziertes Forschungssystem, das im internationalen Vergleich einmalig ist. Nicht der Staat gibt Inhalte und Ziele für die Forschung vor, sondern die Wissenschaft selbst hat hierfür die Definitionsmacht. Dadurch bestehen enorme Freiräume für Neugier und Neues. Ich bekenne mich ausdrücklich zu diesen Grundsätzen des deutschen Forschungssystems.

Forschung und Forschungsorganisationen brauchen Planungssicherheit. Deshalb will ich den Forschungsorganisationen einen mittelfristig berechenbaren Anstieg ihrer Mittel ermöglichen. Im Gegenzug erwarte ich weitere Reformen, um die auch vom Wissenschaftsrat und anderen Sachverständigen diagnostizierten Schwächen und Defizite der deutschen Forschungslandschaft zu beseitigen.

Wir brauchen nicht nur mehr Geld für die Forschung, sondern auch mehr Forschung und mehr Qualität fürs Geld. Die Modernisierung des Forschungssystems muss zügig fortgesetzt werden. Mehr Effizienz bei hoher Qualität ist das Gebot der Stunde. Deshalb will ich mit den Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen Zielvereinbarungen – einen „Pakt für Forschung und Innovation“ – verabreden.

Über diese Zielvereinbarung werde ich mit den Präsidenten der Forschungseinrichtungen Mitte Februar das Gespräch aufnehmen. Ich möchte heute aber schon mal skizzieren, um was es mir dabei geht:

- **Mehr Wettbewerb!** Im internationalen Vergleich ist der Wettbewerb innerhalb und zwischen den Forschungseinrichtungen in Deutschland immer noch zu gering. Innerhalb der Forschungsorganisationen müssen die Mittel verstärkt im Wettbewerb vergeben werden. Denn nur durch Wettbewerb können wir eine Steigerung der Qualität erreichen.
- **Mehr Vernetzung!** Wir brauchen eine stärkere Fokussierung der Forschungsziele – innerhalb der Forschungsorganisationen wie auch organisationsübergreifend. Zugleich müssen wir der Versäulung unseres Wissenschaftssystems entgegenwir-

ken. Es geht dabei um eine einrichtungsübergreifende, strategisch orientierte Arbeit an großen Themen. Die Wirtschaft sollte frühzeitig eingebunden, Zwischenergebnisse auf Marktrelevanz geprüft und der nachfolgende Technologietransfer durch forschungsbegleitende Spin-Ons ersetzt werden.

- **Mehr Chancen für den Nachwuchs!** Nachwuchsförderung ist nicht nur eine Aufgabe der Hochschulen, sondern aller Forschungseinrichtungen. Verantwortung darf keine Frage des Alters mehr sein! Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen eigenständig Forschungsaufgaben entwickeln und sie auch selbstständig umsetzen können. Ziel ist es, die Anzahl der Nachwuchswissenschaftlergruppen in den Forschungseinrichtungen bis 2010 mindestens zu verdoppeln.
- **Mehr Chancen für Neues!** Kreativität ist gefragt! Wir dürfen nicht nur fördern, was bekannt und bewährt ist. Notwendig sind neue Förderwege für unkonventionelle Forschungsansätze. Über neue Förderwege sollen Forscherinnen und Forscher erreicht werden, die Innovationskompetenz aufweisen, aber aus dem Raster der üblichen Forschungsförderung fallen. Die Durchbrüche der Wissenschaft müssen wieder in Deutschland stattfinden!
- **Weniger Bürokratie!** Effizienzsteigerung verlangt vor allem die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse. Ich versichere Ihnen, die Politik weiß, dass sie an dieser Stelle einen Beitrag zum gemeinsamen Aufbruch leisten muss – einen Aufbruch, der nicht durch Haushalts- und Tarifregelungen gelähmt sein darf!

III. Gefördert wird, was Fortschritt und Arbeit schafft!

Wir setzen auf eine vorausschauende Innovationspolitik, die unter Einbeziehung von Wissenschaft und Wirtschaft auf die zukünftigen Märkte ausgerichtet ist. Nur wer frühzeitig die Potenziale neuer Technologien und ihre möglichen Anwendungsfelder erkennt, kann seine Innovationspolitik auf den wirksamsten Beitrag konzentrieren. Gefördert wird, was Fortschritt und Arbeit schafft!

Der Staat kann und will nicht festlegen, was sich auf den Märkten der Zukunft

verkauft. Wir können nur gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft Felder ermitteln, die eine hohe Chance haben, die Innovationen von Morgen zu liefern. Wir fokussieren die Projektförderung des BMBF deshalb konsequenterweise auf Technologien, die neue Wachstumsfelder erschließen und auf Basistechnologien, die als Wachstumstreiber in vielen Branchen wirken, das heißt auf Technologien mit einer großen Hebelwirkung für Wachstum und Beschäftigung. Kurz, wir fördern das, was Fortschritt und Beschäftigung schafft! ...

Die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft ist immer noch stark durch die kurzfristig orientierte, zielgerichtete Auftragsforschung geprägt. Dagegen werden die langfristigen Kompetenzen der Hochschulen für anwendungsorientierte Forschung in Deutschland noch zu wenig für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft genutzt. ...

Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern bestehen in Deutschland wenige gemeinschaftliche Forschungseinrichtungen, die anteilig von Staat und Unternehmen finanziert werden. Diese Forschungseinrichtungen können Themen bearbeiten, die zwar langfristige und grundlagenorientierte Forschung erfordern, aber gleichwohl ein hohes wirtschaftliches Anwendungspotenzial besitzen.

Die beste Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft nutzt aber nichts, wenn sie nicht in neue Produkte und Verfahren umgesetzt werden kann. Um Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine gelungene Kooperation und Koordination von Forschungs-, Technologie- und Bildungspolitik mit anderen Politiken notwendig, die in der Innovationsforschung als „new governance of innovation“ bezeichnet wird.

IV. Spitzenuniversitäten, die weltweit strahlen und die klügsten Köpfe anlocken.

Die Basis für ein leistungsfähiges Innovationssystem sind unsere Hochschulen. Wir haben in Deutschland viele gute Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen. Was uns fehlt, sind Spitzenuniversitäten, die weltweit strahlen und die klügsten Köpfe anlocken. Eine Spitze kann sich nur auf einer guten und gesunden

Basis entwickeln. Eine Strategie des weiteren Abbaus der Grundfinanzierung der Hochschulen – dies möchte ich hier in aller Deutlichkeit betonen – können wir uns deshalb nicht mehr leisten.

Was zeichnet Spitzenuniversitäten aus?

- Sie erbringen Spitzenleistung in Lehre und Forschung.
- Sie haben ein klares Profil mit Stärken in einer Reihe von Fächern.
- Dort forschen die besten Professorinnen und Professoren.
- Den Absolventen stehen Führungspositionen in Wissenschaft und Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft offen.
- Die Professorinnen und Professoren sind als Berater in Politik und Wirtschaft gefragt.
- Service und Betreuung werden großgeschrieben.
- Dank gezielter Auslandsmarketing herrscht hoher Andrang für englischsprachige Kurse.
- Durchgängig werden international vergleichbare Bachelor- und Master-Abschlüsse angeboten.
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten Hand in Hand vor Ort zusammen.
- Hochschule und Wirtschaft betreiben gemeinsame Forschungseinrichtungen auf dem Campus.
- Die weltweit klügsten Köpfe drängen sich danach, in Deutschland zu lehren und zu forschen.
- Wer für einige Zeit ins Ausland geht, kehrt gerne nach Deutschland zurück.

Das ist die Vision, das ist die Idee, die hinter den Spitzenuniversitäten steckt. Ich möchte diese positive Leistungsspirale in Gang setzen. Deshalb starte ich den Wettbewerb; „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten!“ Ich möchte mit deutschen Spitzenuniversitäten die klügsten Köpfe gewinnen!

Erstens. Alle deutschen Universitäten können sich bewerben. Die Universität selbst, das Sitzland, die Stadt, Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Wirt-

schaft sollen mobilisiert werden, um „ihre“ Universität nach vorne zu bringen.

Zweitens. Die Universitäten zeigen in einer Skizze auf, mit welcher Strategie sie in die internationale Spitze vordringen wollen. Der Wettbewerb zielt darauf, vorhandene Stärken sichtbar zu machen und das Potenzial der Universitäten gezielt weiter zu entwickeln. Außerdem sollen die Universitäten passende Partner – Forschungsinstitute und Wirtschaftsunternehmen – einbeziehen. Ein Ziel ist es: Die Forschung zurück auf den Campus zu holen.

Drittens. Eine Jury aus nationalen und internationalen Experten beurteilt und wählt bis zu zehn Entwürfe aus. Die ausgewählten Universitäten unterstützt der Bund finanziell dabei, ihre Entwürfe zu einem umfassenden Konzept auszuarbeiten.

Viertens. In einer zweiten Runde wählt die Jury dann die Gewinner! Der Bund wird den ausgewählten Besten für mindestens fünf Jahre, jährlich je 50 Millionen Euro geben, um ihre Konzepte umzusetzen. Dies wäre 2006 zum ersten Mal der Fall.

Fünftens. Bevor die fünf Jahre für die zuerst prämierten Universitäten abgelaufen sind, startet der Wettbewerb erneut. Hiermit möchte ich erreichen, dass auch andere Universitäten eine Chance erhalten und die bereits geförderten Universitäten ihre Exzellenz im Wettbewerb nachweisen. Die Auswahl- und Entscheidungskriterien für diesen Wettbewerb müssen sehr sorgfältig überlegt sein. Ich denke zunächst an:

wissenschaftliche Exzellenz, Einbeziehung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, Höhe der eingeworbenen Drittmittel, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Internationalisierung, modernes Management und Studierendenbetreuung. Meine Vorschläge werde ich am 29. März in der Bund-Länder-Kammer mit den Ländern besprechen. Der Wettbewerb soll noch vor der Sommerpause starten.

V. „Deutschland. Das von Morgen.“

„Deutschland. Das von Morgen.“ Wir haben es in der Hand, unsere Zukunft zu gestalten. Und wir sollten es mit dem nötigen Selbstbewusstsein tun. Unsere Stärken müssen wir stärken, und dies auch international demonstrieren. Dazu brauchen wir einen Mentalitätswechsel. Wir müssen aufhören zu jammern. Wir können viel erreichen. Nur gemeinsam können wir die nötigen Veränderungen bewältigen. Dies beginnt, indem man miteinander redet – und debattiert. Drei konkrete Vorschläge habe ich Ihnen heute vorgestellt. Ich habe heute einen Impuls gegeben, der ganz bewusst die Technologien und die Spitzenuniversitäten in den Mittelpunkt gestellt hat. Innovation ist aber mehr als das, gerade die Kulturwissenschaften spielen hier eine große Rolle! Die Kulturwissenschaften sind Beobachter, die die förderlichen Innovationen erst ausfindig machen beziehungsweise einfordern. Ohne sie sind Innovationen gar nicht möglich!

Private Institutionen	Stiftungskapital	Studierendenzahl	Stiftungskapital pro Studierenden
Rockefeller University	1.288.100.000	173	7.445.665
Princeton University	8.319.600.000	6.570	1.266.301
Yale University	10.523.600.000	11.014	955.475
Harvard University	17.169.757.000	18.924	907.301
Grinnell College	1.075.153.000	1.352	795.232
Curtis Institute of Music	116.746.000	160	729.662
Rice University	2.939.804.000	4.153	707.875
Webb Institute	46.790.000	67	698.358
Baylor College of Medicine	885.915.000	1.296	683.576
Bryn Athyn College of the New Church	265.247.000	400	663.118

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2002.

Quelle: The Chronicle of Higher Education, Almanac Issue 2003-2004, August 2003, S. 117-118, 121-122

Die Elitedebatte – Reaktionen

Die Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK)

Die Kultusministerkonferenz der Länder reagierte am Rande einer Sitzung des Wissenschaftsrates am 29. Januar 2004 in Berlin mit einer „Gemeinsamen Presseerklärung“ der beiden Sprecher der Bundesländer im Wissenschaftsrat, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Rheinland-Pfalz, und Jürgen Schreier, Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes. Sie betonten die Zuständigkeit der Länder für den Hochschulbereich und plädierten für eine „Länderinitiative für ein Netzwerk der Exzellenz“.

Exzellenz-Netzwerk der Hochschulen

Beschluss der 305. Sitzung der KMK vom 4. März 2004

Es wird beschlossen:

Die Länder stellen fest, dass das deutsche Wissenschaftssystem aus einem dicht geknüpften Netz von leistungsfähigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit einem insgesamt sehr guten Leistungsspektrum besteht, für das Exzellenz und Wettbewerb konstitutive Bestandteile waren und sind. Um dieses System weiter zu stärken, soll das ganze Wissenschaftssystem in einem offenen Wettbewerb stärker zu internationaler Spitzenleistungen motiviert, Exzellenz identifiziert und international sichtbar gemacht werden. Die leistungsstärksten wissenschaftlichen Cluster in Deutschland sollen sich in einem ständigen wissenschaftlichen Wettbewerb in einem Exzellenznetzwerk zusammenfinden und als Elite-Campus-Deutschland auch im Ausland sichtbar gemacht werden.

Die Kultusministerkonferenz beschließt das von der Minister-Arbeitsgruppe ausgearbeitete Länderpapier zum Netzwerk der Exzellenz.

Die Kultusministerkonferenz bittet die Minister-Arbeitsgruppe, mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, auf der Basis dieses Länderpapiers vor der BLK-Sitzung am 29.3.04 in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, das Netzwerk der Exzellenz zu realisieren.

Die Länder gehen davon aus, dass die Verhandlungen zügig abgeschlossen und alle Grundsatzentscheidungen im Jahr 2004 gefällt werden, so dass eine Umsetzung im Jahr 2005 beginnen kann.

Das Länderpapier:

In Deutschland existiert ein flächendeckendes, dicht geknüpftes Netz von leistungsfähigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit einem insgesamt sehr guten Leistungsspektrum einschließlich international kompetitiver wissenschaftlicher Bereiche.

Exzellenz und Wettbewerb waren, sind und bleiben wesentliche Merkmale des deutschen Wissenschaftssystems. Um dieses System weiter zu stärken, begrüßen die Länder grundsätzlich, dass die Bundesregierung den Wettbewerbsgedanken für die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft intensiviert. Dieser Wettbewerb findet aber nicht zwischen ganzen Hochschulen, sondern auf der Ebene der Fachbereiche/Fakultäten und Wissenschaftsbereiche statt. Durch neue Strukturen und zusätzliche Mittel für die Spitzenförderung, die nicht zu Lasten der Breitenförderung gehen darf, soll in einem offenen Wettbewerb das ganze Wissenschaftssystem zu internationaler Spitzenleistung motiviert, die Spitzen identifiziert und international sichtbar gemacht werden. Die leistungsstärksten wissenschaftlichen Cluster in Deutschland sollen sich in permanentem wissenschaftlichem Wettbewerb in einem Exzellenznetzwerk zusammenfinden und als Elite-Campus-Deutschland auch im Ausland sichtbar gemacht werden.

Leitgedanken:

1. Das Wissenschaftssystem soll in seinen unterschiedlichen Leistungs-

bereichen durch neuartige differenzierende Wettbewerbsanreize insgesamt gewinnen. In einem wissenschaftlich kompetitiven Verfahren werden Spitzenleistungen zusätzlich gefördert und sichtbar herausgestellt.

2. Der Wettbewerb muss auf der Ebene der Fachbereiche und Fakultäten bzw. der Wissenschaftsbereiche stattfinden, da sich Exzellenz in den konkreten Arbeitszusammenhängen manifestiert und nicht in der Hochschule als Gesamtheit messbar ist.
3. Der Wettbewerb unter exzellenten Fachbereichen und Fakultäten findet in den zentralen, sich gegenseitig ergänzenden Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung statt. Dabei sichert die enge Verknüpfung von Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung ein sicheres Fundament für Spitzenleistungen.
4. Die Hochschulen müssen spezifische Profile bilden, um wissenschaftliche Spitzenleistungen auszubauen. Sie sollen dabei auch die Besonderheit des deutschen Wissenschaftssystems nutzen, indem sie mit exzellenten außeruniversitären Forschungseinrichtungen systematisch und strategisch kooperieren und deren Potentiale vermehrt für die wissenschaftliche Nachwuchsförderung nutzbar machen. Insgesamt muss die Profilbildung Bestandteil eines Hochschulentwicklungskonzeptes sein.
5. Aus dem gesamten Fächerspektrum heraus definierte Bereiche, die im Wettbewerb auf internationalem Niveau besonders erfolgversprechend sind, sollen ausgezeichnet und gefördert werden. Es soll sich

auch um Zukunftsfelder handeln, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegen. Bei der Auswahl sollen die bestehenden Gremien, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat eine zentrale Rolle spielen.

6. Die leistungsstarken wissenschaftlichen Cluster, die international attraktiven Graduiertenschulen und die herausragenden Lehrbereiche sollen sich unter dem Dach eines dynamischen Exzellenznetzwerkes zusammenschließen. In Form eines Elite-Campus-Deutschland werden die exzellenten Bereiche der deutschen Hochschulen national und international deutlicher sichtbar gemacht.
7. Das Netzwerk wird von den Einrichtungen gebildet, die im Rahmen des neuen Netzwerkprogrammes gefördert werden. Es steht auch anderen Einrichtungen, für welche die gleichen Aufnahmebedingungen gelten, offen. Die Aufnahme in das Netzwerk erfolgt auf begrenzte Zeit in ständigem wissenschaftlichem Wettbewerb. Die durch eine internationale Gutachtergruppe ausgewählten Bereiche werden für fünf Jahre gefördert und in den Elite-Campus Deutschland aufgenommen. In neuen Wettbewerbsrunden kann jeder Bereich sich erneut für die Spitzengruppe qualifizieren. Somit wird einerseits bei sich ständig wiederholender positiver Evaluierung eine „Dauermitgliedschaft“ in der Spitzengruppe ermöglicht, andererseits erhalten neue Wettbewerber Zutrittsmöglichkeiten. Bei nicht erfolgreichen Zentren wird eine degressive Auslaufförderung erfolgen, um die Nachhaltigkeit der Initiative zu sichern.
8. Das Exzellenznetzwerk erzeugt internationale Sichtbarkeit und eine höhere Attraktivität für den internationalen exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs. Um den besten ausländischen Nachwuchs nach Deutschland zu holen und dort zu halten, müssen die politischen Rahmenbedingungen hierfür verbessert werden.
9. Der Wettbewerb kann sich nur dann wirkungsvoll entfalten, wenn die Rahmenbedingungen für die Handlungsfähigkeit der Hochschulen im

gesamten Bereich weiter entscheidend flexibilisiert werden. Dies gilt zum Beispiel für den Hochschulzugang auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Bundesratsinitiative, für die Lockerung des Kapazitätsrechts sowie für das Dienst- und Tarifrecht des im Wissenschaftsbereich tätigen Personals.

10. Die Länder und der Bund wirken in dieser Initiative auf der Basis der bisherigen Zuständigkeiten kooperativ zusammen - unbeschadet der Diskussion um eine Neugestaltung der bundesstaatlichen Ordnung.

I. Realisierung:

Die miteinander verknüpften Bereiche Lehre, Forschung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind integrale Bestandteile eines Exzellenznetzwerkes.

1. Lehre

Herausragende Lehrangebote der Hochschulen sollen identifiziert und durch die Länder unterstützt werden. Der Wissenschaftsrat entwirft unter Einbeziehung des Akkreditierungsrates ein Bewertungssystem zur Identifikation überdurchschnittlicher Lehrleistungen. Dazu gehören transparente und klar strukturierte Studiengänge mit aufeinander abgestimmten Lehrinhalten auf besonders hohem Qualitätsniveau. Zu den Kriterien sollen darüber hinaus u. a. gehören: hoher Anteil von Bachelor- und Masterstudiengängen, zusätzliche Betreuungsangebote, außerfachliche Lehrangebote, Modularisierung des Lehrangebotes, hohe Absolventenquoten, niedrige Abbrecherquoten, Studienangebote für Hochbegabte. Das Vorliegen von Exzellenzkriterien wird durch übergreifende Evaluierungen geprüft.

Der Hochschulausschuss wird gebeten, einen Vorschlag zur Umsetzung auszuarbeiten.

2. Nachwuchsförderung

Im Wettbewerb der besten Konzepte sollten ca. 30 Graduiertenzentren der internationalen Spitzenklasse in einzelnen Wissenschaftsgebieten an den Universitäten gefördert werden. Aufbauend auf den Erfahrungen mit den Graduiertenkollegs der DFG und den International Research Schools der Max-Planck-Gesellschaft sollen unter

Einbeziehung exzellenter außeruniversitärer Einrichtungen qualitativ herausragende Nachwuchszentren entstehen. Es wird der Vorschlag der DFG aufgegriffen, Graduiertenzentren in denjenigen Wissenschaftsbereichen der Hochschulen zu gründen, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den Besten ihres Faches zählen, besonders leistungsfähige Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler angeworben werden können und die Strukturen der Nachwuchsqualifizierung eine wissenschaftliche Selbstständigkeit zum frühestmöglichen Zeitpunkt zulassen und die bestmögliche Betreuung sicherstellen. Im wettbewerblichen Verfahren können unter Umständen mehrere dieser Graduiertenzentren an einer Hochschule gefördert werden.

Die Graduiertenzentren werden durch die DFG ausgeschrieben. Die Auswahl erfolgt durch ein international besetztes Gutachtergremium.

3. Forschung

Es werden Exzellenzcluster in der Spitzenforschung an den Universitäten ausgezeichnet und gefördert. Um alle Ressourcen zukunftssträchtiger Forschung in Deutschland möglichst effizient zu nutzen, kooperieren Fachbereiche und Fakultäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und ggf. Wirtschaftsunternehmen. Voraussetzung ist der Nachweis einer hervorragenden Nachwuchsförderung. Ca. 20 Exzellenzcluster werden identifiziert und gefördert, in denen bereits jetzt internationale Spitzenleistungen erbracht werden. Dabei ist die wissenschaftliche Qualität des Konzeptes entscheidend. Antragsteller ist die jeweilige Hochschule, die auch mehrere Exzellenzcluster einwerben kann. Die Cluster müssen international kompetitive Forschungsleistungen in größeren interdisziplinären Strukturen nachweisen und darauf aufbauend exzellente Forschungsinitiativen starten.

Das Verfahren ist zwischen der staatlichen Seite und den Wissenschaftsorganisationen abzustimmen. Die Abwicklung des Programms und die Definition der Exzellenzkriterien erfolgt durch die DFG. Die Bewertung der eingegangenen Anträge übernimmt ein international besetztes Gutachtergremium. Die DFG bewilligt für einen fünfjährigen Zeitraum.

4. Synergie, Kooperation und Sichtbarkeit

Zum Exzellenznetzwerk gehören alle ausgewählten Fachbereiche und Fakultäten herausragender Lehre, alle geförderten Graduiertenzentren und alle Exzellenzcluster. Antragsteller sind die Hochschulen.

Weitere Einrichtungen mit ausgewiesener Exzellenz können kooptiert werden, ohne dass daraus ein Anspruch auf Förderung erwächst. In Form eines Elite-Campus Deutschland arbeiten sie mit den anderen in das Netzwerk aufgenommenen Hochschul- und außeruniversitären Einrichtungen zusammen. Durch Teilnetzwerke werden fachliche, regionale oder thematische Kooperationen verstärkt. Universitäten, die in mehrfacher Weise und wiederholt ihre Fachbereiche im Netzwerk ansiedeln, werden national und international besonders wahrgenommen. Sie werden sich in einem wissenschaftsgeleiteten Auswahlprozess in ständigem Wettbewerb zu deutschen Spitzenuniversitäten herauskristallisieren; dies insbesondere, wenn sie möglichst in zwei oder drei Bereichen besondere Leistungen erbringen. Insbesondere ausländischen Kooperationspartnern wird das Netzwerk einen leichten Zugang zu deutschen Spitzenbereichen bieten.

Das Netzwerk soll über eine gemeinsame Struktur und das notwendige Management verfügen.

II. Finanzierung:

1. Spitzenförderung darf nicht zu Lasten der Breitenförderung gehen, weil eine leistungsfähige Basis die unabdingbare Voraussetzung für Spitzenleistung ist. Verpflichtungen zur Spitzenförderung und Verpflichtungen zur Breitenförderung dürfen sich nicht gegenseitig blockieren. Dazu müssen auch die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern ihren bisherigen Anteil steigern. Insofern begrüßen die Länder die Ankündigung des Bundes, für diese Spitzenförderung zusätzliche Mittel bereitzustellen. Im Sinne einer nachhaltigen Wirkung dürfen diese Mittel nicht zeitlich befristet zur Verfügung stehen.
2. Über die Förderung der Exzellenzcentren in der Lehre entscheiden die einzelnen Länder in eigener Zuständigkeit unter Beachtung der Ergebnisse in dem zu vereinbarenden externen Bewertungsverfahren.
3. Die Finanzierung der Graduiertenschulen und Exzellenzcentren in der Forschung muss zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden.

Die Länder gehen von einer Selbstbeteiligung aus.

III. Zeitrahmen:

Die Länder gehen davon aus, dass die Grundsatzentscheidungen in 2004 getroffen werden und die Umsetzung ab 2005 begonnen wird.

Quelle: Pressemitteilung vom 4. März 2004.

**Wenn Sie mehr
über uns wissen
wollen,
besuchen Sie uns
auf unserer
Homepage
unter
www.vhw-bund.de**

Die Unionsregierten Länder

Schaffung eines Elitecampus „Deutschland“

Die Frankfurter Erklärung

Mit einer gemeinsamen Strategie wollen die Wissenschaftsministerinnen und -minister der Union für die Herausbildung eines Exzellenznetzwerks von besonders leistungsstarken Fakultäten und Fachbereichen der Hochschulen in Deutschland sorgen. „Dieses Netzwerk mit dem Namen ‚Elitecampus Deutschland‘ ist unser Modell, das die Länder dem von der Bundesregierung effektiv inszenierten, aber unfundierten Projekt Elitehochschulen entgegensetzen können“, erklärte der baden-württembergische Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg als Sprecher der Minister der unionsregierten Länder am 2. Februar in Frankfurt/Main. Er bezeichnete die Frankfurter Erklärung „Elitecampus Deutschland“ als „entscheidenden Beitrag in dieser Diskussion um Elitehochschulen, die nur dann Sinn macht, wenn wir in Deutschland auch über die drei Qualitätsfaktoren für Spitzenhochschulen diskutieren: Studierendenauswahl durch die Hochschulen, Spielraum bei der Personalausstattung durch Lockerung des Kapazitätsrechts und Freiheit der Länder zur Einführung von Studiengebühren“.

Die Frankfurter Erklärung wurde von den Wissenschaftsministern der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterzeichnet.

Unions-Wissenschaftsminister wollen „Elitecampus Deutschland“ und Regulierung der Rahmenbedingungen im Hochschulbereich.

1. Leistung, Wettbewerb und Elite waren und bleiben Schlüsselbegriffe der Bildungspolitik der Union. Über Jahrzehnte hinweg wurden

diese Begriffe tabuisiert. Die späte Erkenntnis von Rotgrün ist begrüßenswert, ihre Realisierungsvorschläge sind jedoch falsch. Elite-

hochschulen entstehen nicht durch politische Etikettierung, sondern nur durch einen wissenschaftsgezielten Wettbewerb.

2. In der Praxis findet dieser Wettbewerb aber nicht zwischen ganzen Hochschulen, sondern auf der Ebene der Fakultäten und Wissenschaftsbereiche statt. Exzellenz ist im föderalen System in konkreten wissenschaftlichen Arbeitszusammenhängen an den verschiedensten Hochschulen in ganz Deutschland zu finden und nicht nur an einigen wenigen Einrichtungen. Die fachlichen Leuchttürme müssen konsequent gefördert und zu einem Exzellenznetzwerk „Elitecampus Deutschland“ verknüpft werden. Die Aufnahme erfolgt auf begrenzte Zeit und auf der Grundlage wissenschaftlichen Wettbewerbs.
3. Um allen Fachbereichen die Chance zu eröffnen, in den Spitzenbereich vorzustoßen, brauchen die Hochschulen wettbewerbsfördernde und leistungsorientierte Rahmenbedingungen:

- Selbstauswahl bei der Studienplatzvergabe und Abschaffung der planwirtschaftlichen Studienplatzzuteilung durch die ZVS,
- Lockerung der kapazitätsrechtlichen Vorgaben und
- ein neues Hochschulfinanzierungssystem einschließlich der Möglichkeit, Studiengebühren zu erheben.

Die Wissenschaftsminister der unionsgeführten Länder fordern die Abschaffung der Rahmengesetzgebung für das Hochschulwesen. Denn Hochschulen sind – wie die Schulen – Kernstück der Länderkompetenz.

4. Statt sich unzulässigerweise in Länderkompetenzen einzukaufen, muss die Bundesregierung erst einmal dort ihren Pflichten nachkommen, wo sie Verantwortung trägt. Durch ihren einseitigen Rückzug aus den Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau (Absenkung um 175 Mio.) und Forschungsförderung

(Aufkündigung der vereinbarten Zuwachsraten z. B. für MPG und DFG) gefährdet sie massiv den Wissenschaftsstandort Deutschland.

5. Die von der Bundesbildungsministerin genannten Summen stammen aus der Hochschulbau-Mogelpackung und sind für eine zusätzliche Eliteförderung geradezu lächerlich. Eliteförderung zu Lasten der Breitenförderung ist kontraproduktiv. Die unionsregierten Länder fordern Bundesministerin Bulmahn auf, ihre unseriöse Bazarpolitik zu beenden und zu einer sachorientierten Politik zu finden.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Meldung vom 2. Februar 2004.

Bündnis 90/Die Grünen

Zum CDU-Vorschlag eines „Elite-Campus Deutschland“ erklärt Grietje Bettin, MdB, bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Elite-Campus der Union ist genauso planwirtschaftlich konzipiert wie das Wettbewerbsmodell von Frau Bulmahn. Außerdem schließt das Konzept der CDU die Qualität der Lehre als Spitzenkriterium aus.

Statt Geld für fragwürdige Eliteprojekte zu verschwenden, müssen wir den Wettbewerb der Hochschulen in der Breite fördern. Dazu müssen wir nicht nur mehr Geld für Forschung und Lehre ausgeben, sondern auch das Personalrecht entrümpeln und die Hochschulfinanzierung nachfrageorientiert gestalten.

Die Qualität der Lehre bekommt auch durch die Studienplatzwahl der Studierenden ein höheres Gewicht im Wettbewerb der Hochschulen.

Ein Auswahlrecht der Hochschulen ist zu begrüßen. Es darf sich aber nicht auf die Abiturnote allein beziehen, sondern muss die individuelle Eignung der Studienbewerberinnen und -bewerber berücksichtigen.

Solange die Wissenschaftsministerinnen und -minister der CDU-regierten Länder zweistellige Millionensummen an der Hochschulbildung sparen anstatt das geforderte neue Hochschulfinanzierungssystem zu präsentieren, sollten sie nicht mit dem Finger auf die Bundesregierung zeigen. Wer Bildung als seine Kernkompetenz ansieht, sollte sie nicht zu Tode sparen!

Quelle: Pressemitteilung Nr. 55 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Februar 2004.

„Breitenförderung statt Eliten-debatte!“

Die SPD, so scheint's, hat einen uralten Begriff für sich neu entdeckt: Auf

einmal will sie Elite. Und zwar per Jury küren: Fünf Universitäten sollen ausgesucht werden, die zu Elitehochschulen ernannt und mit ein paar Milliönchen gefüttert werden. Und der Kanzler spricht gar davon, dass der Begriff Elite „Entwicklungsmöglichkeiten für alle“ berge.

Von wegen! Elite, gerade wie sie in der SPD politisch gedacht wird, bedeutet immer: Einige wenige, die einmal Spitzenleistungen erbracht haben, werden zur Elite gekürt und von ihnen werden weiterhin Spitzenleistungen erwartet. Alle anderen bleiben links bzw. rechts liegen.

Grünes Denken funktioniert seit jeher anders. Jede gute Leistung muss anerkannt werden, egal wer sie erbringt. Jeder und jede muss gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können. Selbstbestimmt und solidarisch handeln – das gilt für uns alle. Bildung muss dies zum Ziel haben. Wir müssen

nicht erst auf eine sogenannte Elite warten, die uns zeigt, wo's langgeht.

Statt Steuermillionen in wenige Eliteprojekte zu stopfen, sollten wir konsequent Bildung in der Breite fördern. Wir müssen bei den Jüngsten anfangen. Wir müssen Bildungsgerechtigkeit für

alle schaffen und auf allen Ebenen Qualität sichern und steigern. Darin liegt die bildungspolitische Herausforderung unserer Zeit.

Das heißt nicht, herausragende Forschung und Lehre nicht anzuerkennen. Das von den Wissenschaftsministern

der Länder angeregte „Netzwerk der Exzellenz“ ist hier ein diskussionswürdiger Ansatz.

Aus: Bündnis 90/Die Grünen, Speednews Nr. 52 vom 11. Februar 2004.

Reaktionen aus dem Wissenschaftsbereich

Max-Planck-Gesellschaft

Wissenschaftsorganisationen unterstützen „Innovationsoffensive“

Die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen haben die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angestoßene Diskussion zum Thema „Innovation“ ausdrücklich begrüßt. Im Mittelpunkt der Diskussion steht das Ziel der Bundesregierung, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 von derzeit 2,5 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Die Umsetzung dieses europäischen Gemeinschaftsziels erfordert von Wirtschaft und Staat, die diese Ausgaben gemeinsam aufbringen sollen, erhebliche Kraftanstrengungen; allein für Bund und Länder ergibt sich daraus die Verpflichtung, ab 2005 ihre jeweiligen Forschungshaushalte um jährlich acht bis zehn Prozent zu steigern. Damit soll die langjährige Unterfinanzierung der deutschen Forschung und insbesondere der Hochschulen gestoppt werden. Die geforderte Ausgabensteigerung sei auch Voraussetzung für Strukturmaßnahmen zur Stärkung der deutschen Forschung für den internationalen Wettbewerb, erklärten die Forschungseinrichtungen auf ihrer

gemeinschaftlichen „Allianz“-Sitzung am 12. Januar in Berlin.

Für dieses Ziel wollen die Wissenschaftsorganisationen neue thematische und institutionelle Schwerpunkte bilden. Dazu gehören in erster Linie leistungsstarke Hochschulen, die sich – im gegenseitigen Wettbewerb – durch gezielte Förderung zu internationalen Spitzenuniversitäten entwickeln und künftig die weltweit besten Forscher gewinnen sollen. Die Präsenz exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung des Forscher-Nachwuchses in Deutschland. Um die Qualifikationsangebote weiter zu verbessern, müssten etwa interdisziplinär angelegte Graduiertenschulen verstärkt gefördert werden. Hinzu kommen die gezielte Vernetzung mit den leistungsfähigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, neue Formen institutioneller Zusammenarbeit sowie die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Schon seit längerer Zeit haben die Wissenschaftsorganisationen die

Anpassung von Forschungs-, Arbeits- und Tarifrecht für den internationalen Wettbewerb gefordert. Auch in der Diskussion um die Neuordnung der bundesstaatlichen Strukturen haben sie sich zu Wort gemeldet und für die Beibehaltung des Prinzips der gemeinschaftlichen Forschungsförderung als Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern plädiert.

Die Wissenschaftsorganisationen wollen die notwendige Innovationsdebatte mit konkreten Initiativen weiter aufgreifen und damit einen eigenen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Landes leisten.


In der „Allianz“ sind folgende Wissenschaftsorganisationen vertreten: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Hochschulrektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftsrat.


Quelle: Gemeinsame Presseerklärung der in der „Allianz“ vertretenen Wissenschaftsorganisationen vom 16. Januar 2004.

Umfrage des Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)

Die SPD möchte jetzt Eliteuniversitäten einrichten, die mit amerikanischen Spitzenunis mithalten können.

Gute Idee, das wird auch Zeit. 32%  (314 Stimmen)

Keine Realisierungschance. Wer soll das bezahlen? 25%  (247 Stimmen)

Elite wollen wir nicht. Unis sollen gleich sein. 42%  (411 Stimmen)

972 Teilnehmer haben in der Zeit vom 6. 1. 2004 bis zum 22. 1. 2004 abgestimmt.

Wenn Sie mehr über uns wissen wollen, besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter www.vhw-bund.de

Acht Thesen zur vorrangigen Förderung der Hochschulen

Die deutschen Hochschulen bilden das Rückgrat des deutschen Wissenschaftssystems. Entsprechend müssen sie gefördert werden. Dies forderte der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 10. Februar in Bonn und verabschiedete im Zusammenhang mit den laufenden hochschulpolitischen Diskussionen die folgenden acht Thesen.

Zusammenfassung

Die deutschen Hochschulen leisten mit ihrer Kompetenz in Ausbildung, Forschung und Transfer einen wesentlichen Beitrag zur Innovationsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die derzeitige Diskussion zeigt, dass die Politik dies erkannt hat.

1. Der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) begrüßt die wissenschafts- und hochschulpolitische Diskussion und das Bekenntnis der Bundesregierung zur Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP bis 2010. Es wird damit ausdrücklich anerkannt, dass die deutschen Hochschulen deutlich unterfinanziert sind. Deshalb müssen die Investitionssteigerungen in erster Linie den Hochschulen zugute kommen. Diese zusätzlichen Mittel sollten insbesondere zur Förderung von spezifischen Forschungsprojekten auch in institutionenübergreifenden Verbänden, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Unterstützung von Berufungen, zur institutionellen Förderung der Hochschulen, zur Sicherung ihrer personellen sowie technischen und baulichen Infrastruktur eingesetzt werden. Solche Förderstrukturen sollten sich an den international anerkannten Kriterien der DFG orientieren. Die HRK wird sich nachdrücklich durch Vorschläge an der Gestaltung entsprechender Ausschreibungsverfahren beteiligen.
2. Die Erklärungen der Politik sowie die Absicht der Förderung von „Elite-Universitäten“ stehen in erheblichem Gegensatz zu der zunehmend unhaltbaren Situation der Hochschulen in Deutschland, die wegen einer anhaltenden Kürzungspolitik sowohl des Bundes als auch der Länder Leistungsverluste in Forschung und Qualitätseinbußen in der Ausbildung befürchten lässt. Insofern steht die

Glaubwürdigkeit der Erklärungen und Ankündigungen einer Innovationsoffensive auf dem Spiel, denn auch die Bundesregierung hat erst vor wenigen Wochen Kürzungen der Haushaltsansätze für den Hochschulbau und die Projektförderung verfügt, von denen die Hochschulen erheblich betroffen sind.

3. Das Hochschulsystem in Deutschland erbringt schon jetzt auch international wahrgenommene Spitzenleistungen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre, zeichnet sich aber auch durch ein im internationalen Vergleich ungewöhnlich breites Spektrum mit hohem Leistungsniveau aus. Wenngleich die verstärkte Förderung von Spitzenleistungen in Hochschulen im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zweifellos wünschenswert ist, so darf dies keinesfalls durch bloße Umverteilung von Mitteln zu Gunsten einiger Spitzeneinrichtungen geschehen; erhebliche zusätzliche Mittel sind daher erforderlich.
4. Verstärkte Entwicklung auch international sichtbarer Spitzenleistungen kann nur in einem wissenschaftsadäquaten Wettbewerb erfolgen, für den die erforderlichen Voraussetzungen hergestellt werden müssen. In diesem Wettbewerb müssen die wissenschaftlichen Leistungen von Fächern und individuellen Wissenschaftlern ausschlaggebend für finanzielle Förderung sein, nicht jedoch Qualitätsurteile über ganze Hochschulen. Der HRK-Senat unterstützt daher alle Entwicklungen und Maßnahmen, die der Profilbildung von Hochschulen und damit einer stärkeren Differenzierung innerhalb des Hochschulsystems dienen.
5. Wichtige Voraussetzung für den wissenschaftsadäquaten Wettbewerb ist ein deutlicher Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung zu Gunsten der Entscheidungsspiel-

räume von Leitungsorganen der Hochschulen. Dringlich zu behebbende Wettbewerbshindernisse sind u. a. die Vorgaben des Dienst- und Tarifrechts, fehlende Budgethoheit, Bauherreneigenschaft und Dienstherreneigenschaft für das gesamte Personal, das Kapazitätsrecht und das Fehlen eines Auswahlrechts der Hochschulen für ihre Studierenden.

6. Forschungsförderung ist im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland weiterhin eine staatliche Gemeinschaftsaufgabe. Auch die Finanzierung des Hochschulbaus muss daher in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern bleiben, um die Unabhängigkeit der Forschung sowie die bauliche Entwicklung und die Ausstattung mit Großgeräten zu sichern.
7. Spitzenhochschulen vereinen höchste wissenschaftliche Standards in einer Vielzahl von Disziplinen, ein breites wissenschaftliches Umfeld als Voraussetzung für die Entwicklung innovativer Forschungsstrategien sowie effiziente Strukturen zur Sicherung der Qualität in Lehre und Nachwuchsförderung. Im Interesse der institutionellen Sichtbarkeit, der Berufungsfähigkeit und der Einheit von Forschung und Lehre müssen diese Hochschulen in den Stand gesetzt werden, als Fokuspunkt für enge wissenschaftliche Kooperation mit der außeruniversitären Forschung am Ort zu dienen. Die Stärkung der Hochschulen als Orte der Forschung muss ein erklärtes Ziel der Spitzenförderung sein.
8. Der HRK-Senat erklärt seine Bereitschaft, an konkreten Schritten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems auf Bundes- und Landesebene aktiv mitzuwirken.

Quelle: Erklärung des 98. Senats der Hochschulrektorenkonferenz „Zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion“ vom 10. 2. 2004.

Der Hochschullehrerbund e.V.
(hfb)

Fachhochschulen als Elite-Hochschulen ausbauen

Der Präsident des Hochschullehrerbundes hfb, Prof. Dr. Nicolai Müller-Bromley, fordert, Spitzenleistungen an Fachhochschulen im Rahmen des geplanten Brain-up-Programms für „Elite-Hochschulen“ zu fördern.

Stärke des deutschen Hochschulsystems ist die vorzügliche Qualität in der Breite. Im Gegensatz zu den USA laufen bisher an keiner deutschen Hochschule Studierende Gefahr, einen schlechten oder wertlosen Abschluss zu erwerben. Es kann nicht im Sinne der Eltern, der Studierenden und der Arbeitgeber sein, diese Stärke durch ein amerikanisches System zu ersetzen, in dem fünf Elitehochschulen Hunderte von Hochschulen minderer Qualität gegenüberstehen.

Die für „Elite-Hochschulen“ vorgesehenen Mittel dürfen daher nicht auf fünf Hochschulen begrenzt werden, sondern müssen im Rahmen von Programmen zur gezielten Förderung von Spitzenleistungen in Forschung und Lehre an einer Vielzahl von Hochschulen eingesetzt werden.

An Fachhochschulen werden schon

heute Spitzenleistungen erbracht. Im Ranking der Studienabschlüsse erreichen einige Fachhochschulen erste Plätze. Studienbewerber müssen in der Regel strengere Zulassungsbeschränkungen als an Universitäten überwinden, um ein Fachhochschulstudium aufnehmen zu können. Ihre Professorinnen und Professoren werden aus Unternehmen berufen, um die Wissenschaften praxisorientiert weiter zu entwickeln. Die von Bundesministerin Bulmahn geforderte enge Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft ist an den Fachhochschulen alltägliche Praxis. Damit verfügen Fachhochschulen über ein exzellentes Potential an Lehrenden und Studierenden, das in der Lage ist, erstklassige Studienangebote und Forschungskompetenzen aufzubauen, die den internationalen Wettbewerb nicht scheuen müssen.

Fachhochschulen müssen daher im Rahmen des Brain-up-Programms zur Förderung von „Elite-Hochschulen“ gezielt unterstützt werden.

Bei aller Euphorie über Elite und Spitze gilt im Übrigen: Hauptgefahr für die deutschen Hochschulen geht von deren Unterfinanzierung aus. Wie sollen Kreativität und Innovation gedeihen, wenn Hochschulen angesichts permanenter Mittelkürzungen ihre Kraft auf das Überleben konzentrieren müssen und ein Denken an morgen unmöglich wird? Bei der finanziellen Ausstattung der Hochschulen könnten die USA sehr wohl als Vorbild dienen: Sie wenden in der Summe staatlicher und privater Mittel doppelt so viel Finanzmittel für einen Studierenden auf wie Deutschland!

Quelle: Pressemitteilung, Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung e.V., Bonn, 10. Februar 2004.

Die Elitedebatte – der Kompromiss

Die Bund-Länder-Kommission
(BLK)

„Deutschlands Hochschulen sollen Weltspitze werden“, erklärten die Wissenschaftsminister des Bundes und der Länder auf ihrer gemeinsamen Sitzung vom 29. März 2004. Unter Vorsitz von Bundesministerin Bulmahn hatten sie sich in einer konstruktiven Diskussion darauf verständigt, durch zusätzliche Maßnahmen den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbar zu machen.

Der Beschluss

1) Bund und Länder sind sich einig, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu

Netzwerk der Exzellenz im Wissenschaftsbereich

stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbar zu machen. Dies erfordert besondere Anstrengungen der Hochschulen, insbesondere der Hochschulleitungen, der Länder und des Bundes.

2) Bund und Länder streben an, eine Vereinbarung nach Artikel 91 b Grundgesetz zur Förderung von Exzellenz durch Spitzenuniversitäten und ein Netzwerk der Exzellenz im Wissenschaftsbereich abzuschließen, die Maßnahmen enthält zur

- besonderen Förderung von Universitäten, die qualitativ und strukturell in ihren verschiedenen Wissenschaftsbereichen den

Anforderungen an Exzellenz in besonderer Weise entsprechen; Ansatzpunkt sind die profilbildenden Wissenschaftsbereiche der Hochschulen (Spitzenuniversitäten),

- besseren Verknüpfung universitärer und außeruniversitärer Forschung und Entwicklung durch Forschungsverbände von Wissenschaftsbereichen mit internationaler Sichtbarkeit (Exzellenzzentren/Exzellenzcluster). Dies schließt die Fachhochschulen ein.
- Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Einrichtung von Graduiertenschulen.

Darüber hinaus fördern die Länder die Exzellenz in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen.

- 3) Bund und Länder wollen durch wettbewerbliche Verfahren den Prozess einer Leistungsspirale in Gang setzen, der die Ausbildung von Spitzen und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland in der Breite zum Ziel hat. Dies setzt voraus, dass die Hochschulen bei der Profilbildung und in ihren Managementstrukturen handlungsfähiger werden.

Die Verbesserung der Lehre und die bessere Adaptierbarkeit der deutschen Studienstruktur an internationale Gepflogenheiten gilt es verstärkt zu fördern.

In dem Gesamtwettbewerb sollen zusätzliche Mittel für

- die Förderung von Spitzenuniversitäten auf der Grundlage profilbildender Wissenschaftsbereiche der Hochschulen zur Förderung der strukturellen Weiterentwicklung der Hochschulen,
- die Schaffung von Exzellenzzentren/Exzellenzclustern zur Förderung der Spitzenforschung,
- Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

zur Verfügung gestellt werden.

Eckpunkte :

- ➔ Antragsteller und Mittelpfänger sind die Universitäten als Ganzes auf der Grundlage ihrer Struktur- und Entwicklungsplanung, nicht Einzelpersonen, Fächer oder Fachbereiche in der Hochschule.
- ➔ Die Auswahl der Hochschulen setzt an der Exzellenz von Wissenschaftsbereichen an, die struktur- und profilbildend für die Hochschule sind oder werden sollen.
- ➔ Innerhalb des Verfahrens sind Anträge zur Förderung von Graduiertenschulen, von Exzellenzzentren sowie zur Förderung von Spitzenuniversitäten im Rahmen eines auf Wissenschaftsbereichen basierenden Gesamtkonzepts möglich.
- ➔ Erfolgreich können nur solche Hochschulen sein, die durch erbrachte Leistungen Exzellenz in den jeweils betroffenen Wissenschaftsgebieten nachgewiesen haben.
- ➔ Bund und Länder gehen davon aus, dass die beschriebenen Maßnahmen nachhaltig wirksam sein müssen und deswegen auf mittlere bis lange Frist anzulegen sind.
- ➔ Exzellenz muss sich dennoch immer wieder neu bewähren. Dies erfordert eine Abfolge von

Wettbewerbsrunden, die Dynamik und Flexibilität des Verfahrens sichert und gewährleistet, dass Exzellenz-Zuschreibungen jeweils neu erworben werden müssen.

- 4) Die Kommission setzt eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene¹ ein, der angehören
- BMBF
 - die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Die Arbeitsgruppe tagt länderoffen.

Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, zur nächsten Sitzung der Kommission den Entwurf einer Vereinbarung vorzulegen und dabei insbesondere zu konkretisieren

- ➔ die Ausgestaltung des wettbewerblichen Verfahrens in den verschiedenen Bereichen
- ➔ die Grundzüge der Finanzierung der Maßnahmen.

Die Arbeitsgruppe wird gebeten, zu den Beratungen Vertreter der Allianz hinzuzuziehen. Die Kommission erwartet Ergebnisse der Arbeitsgruppe so rechtzeitig, dass sie gegebenenfalls noch in die Beratungen der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 17. 6. 2004 einfließen können.

¹⁾ Es besteht Einvernehmen, dass im Einzelfall eine Vertretung auf Abteilungsleiterbene möglich ist.

Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw)

Die Elitedebatte – Positionsbestimmung des vhw

Durch die Ankündigung von Bundeskanzler Schröder und Bundesbildungsministerin Bulmahn, der Bund wolle für die Dauer von fünf Jahren je 250 Millionen Euro zur Schaffung von Eliteuniversitäten bereitstellen, wurde in der Öffentlichkeit und in den Hochschulen eine lebhafte Diskussion ausgelöst.

Lange Zeit war der Begriff „Elite“ verpönt gewesen und ist in weiten Teilen der Bevölkerung auch jetzt noch nega-

tiv besetzt. Denn der Elitebegriff beschränkte sich in der Vergangenheit im Wesentlichen auf eine durch Standeszugehörigkeit, Geburt, Vermögen oder Bildung sozial in sich abgeschlossene Führungsschicht in einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft. Heute spielen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand oder der Zugriff auf ein großes Vermögen nicht mehr die entscheidende Rolle. **Dafür rückt die Bildung als wichtige Voraussetzung**

einer (geistigen) Elitebildung in den Vordergrund. Dem Einzelnen steht der Weg an die Spitze offen, wenn er willens und fähig ist, in der Gesellschaft und für die Gesellschaft eine bestimmte Führungsrolle zu übernehmen. **Elite müssen wir heute als herausragende Leistungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Besten zum Wohle der Gesellschaft definieren.** Hierzu leisten die Hochschulen¹ als hochwertige Bildungsein-

richtungen einen ganz entscheidenden Beitrag. Insofern ist es ein wichtiges Verdienst der Bundesregierung, die Diskussion um Elitebildung und Innovation im Hochschulbereich erneut angestoßen zu haben.

Elitebildung und Eliteförderung stehen nicht in Widerspruch zu dem in unserer Demokratie wichtigen Prinzip der Gleichheit, wenn sie als Chancengleichheit verstanden wird. Zu lange wurde die unbestreitbare Forderung nach gleichen Bildungschancen mit Gleichmacherei verwechselt. Es ist daher zu begrüßen, dass der Gedanke der Förderung von Leistungsspitzen – und damit indirekt letztlich auch die Förderung der Hochschulen – endlich wieder in das öffentliche Bewusstsein gerückt wurde. **Denn kein moderner Staat kann ohne Eliten überleben.**

Aber – Elite entsteht weder per Gesetz oder ministerielle Anordnung noch allein dadurch, dass Mittel zur Eliteförderung ausgelobt werden. Auch darf Eliteförderung nicht von einem endlosen Streit um Zuständigkeiten begleitet werden. Das Thema Eliteförderung in der Föderalismusdebatte zu instrumentalisieren, ist kontraproduktiv, denn nur eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern schafft die notwendigen Voraussetzungen, um die internationale Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit deutscher Hochschulen zu stärken!

Die vorangegangenen Feststellungen machen deutlich, dass über den Elitebegriff weiter und langfristiger nachgedacht werden muss, als dies in der augenblicklichen Diskussion geschieht. Weder lässt er sich an einer begrenzten Zahl von Universitäten, noch an einzelnen Bildungsinstitutionen festmachen. Der von Bundesbildungsministerin Bulmahn angekündigte Wettbewerb „BrainUp!“ erinnert ein wenig an eine Kampagne „Deutschland sucht die Spitzenuniversität!“ in Anlehnung an „Deutschland sucht den Superstar“.

Der Vorschlag der Bundesregierung war es zunächst, in einem Wettbewerb sogenannte Eliteuniversitäten – man sollte vielleicht besser sagen Spitzenuniversitäten – zu küren, die besonders gut finanziell ausgestattet werden sollen. Angesichts der finanziellen Engpässe der für die Hochschulen zuständigen Länder ist es sicher sinnvoll, einen zentralen Mittelpool für Eliteför-

derung und Innovationen zu schaffen, aber dieser Pool muss allen Hochschulen im freien Wettbewerb zugänglich sein. **Es greift zu kurz, den Geldsegen nur auf einige wenige Universitäten herabregnen zu lassen und dadurch einzelne Hochschulen zu favorisieren.** Auch werden keine durchschlagenden Erfolge zu erwarten sein, wenn man nur in kurzen Zeiträumen denkt. Denn Oxford und Cambridge oder Harvard und Stanford sind nicht über Nacht, sondern über einen sehr langen Entwicklungszeitraum hinweg zu Eliteinstitutionen in ihren Ländern geworden. Übrigens möchten wir an dieser Stelle davor warnen, Entwicklungen, die sich unter bestimmten günstigen Rahmenbedingungen in einem Kulturkreis vollzogen haben, einfach zu kopieren.

Anders als die Bundesregierung favorisieren die Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen daher einen anderen Vorschlag. Nicht einige wenige Hochschulen sollen gefördert werden, sondern Spitzenforschung sollte jeweils dort, wo es sie heute schon gibt, dezentral durch eine bessere Finanzausstattung gestärkt werden. Denn betrachtet man unsere derzeitige Hochschullandschaft, so wird deutlich, dass es kaum eine Hochschule gibt, in der in allen Wissenschaftsdisziplinen durchgängig überdurchschnittliche Leistungen erbracht werden. Vielmehr trifft es zu, dass an zahlreichen Hochschulen in bestimmten Bereichen international anerkannte Spitzenleistungen und in anderen durchschnittlich gute Leistungen erbracht werden.

Es ist richtig, dass „Exzellenz in den konkreten Arbeitszusammenhängen zu finden ist und nicht oder nur selten in der gesamten Hochschule“. ² Vor diesem Hintergrund ist die Idee der Schaffung eines „Elitecampus Deutschland“, ³ der die Bildung eines Exzellenznetzwerkes von leistungsstarken Fakultäten und Fachbereichen der Hochschulen unterstützt, eher zukunftsweisend als die Konzentration der Mittel auf einige wenige Universitäten und damit die Stärkung eines closed shop-Denkens. Angesichts der augenblicklich heftig geführten Föderalismusdebatte würde ohnehin jedes Bundesland darauf bestehen wollen, mindestens eine Eliteuniversität in seinen Landesgrenzen zu haben. Überdies werden sich in einem wissen-

schaftsgesteuerten Wettbewerb Spitzenleistungen von selbst herauskristallisieren, wie sie das in der Vergangenheit stets getan haben. Sonst wären Forschungsrankings beispielsweise durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder das Centrum für Hochschulentwicklung ja nicht möglich. **Der vhw spricht sich eindeutig für ein solches Verständnis von Eliteförderung aus und plädiert dafür, zukunftsweisende Forschungsgebiete über Hochschulgrenzen hinweg zu vernetzen.**

Elite definiert sich aber nicht nur durch herausragende Forschung in Technik und Naturwissenschaft. Zwar ist **Spitzenforschung** Grundlage für anwendungsbezogene Forschung und der daraus resultierende Technologietransfer die Voraussetzung für die zukunfts-fähige Entwicklung eines Landes, aber sie kann nur das Ergebnis eines entsprechend gut ausgebildeten breiten und stabilen akademischen Fundaments sein. **Daher rückt eine hochwertige Hochschullehre ebenfalls in das Gesichtsfeld der Eliteförderung.** Gute Hochschullehre – dies zeigen uns die immer wieder gerne zitierten Universitäten des angloamerikanischen Raums – hat auch entscheidend mit dem Betreuungsverhältnis von Lehrenden und Lernenden zu tun. ⁴ Angesichts der Tatsache, dass die Betreuungsrelation an deutschen Hochschulen weit unter dem internationalen Durchschnitt liegt, fällt es schwer, die Begabtesten herauszufiltern. So manches Talent bleibt auf diese Weise zwangsläufig unerkannt.

Nach Ansicht des vhw müssen die Impulse für eine Eliteförderung von einer breiten Basisförderung ausgehen, denn eine starke Spitze setzt ein entsprechend gut ausgebildetes breites Fundament voraus. Wenn Elite das Ergebnis von hervorragender Bildung ist, müssen die Bildungsinstitutionen auch in die Lage versetzt werden, eine Bestenförderung zu verwirklichen, und zwar nicht erst im Hochschulbereich. **Vielmehr muss Bestenförderung viel früher, d. h. bereits in der Grundschule, einsetzen,** damit Lehrer/innen Begabungen frühzeitig erkennen und durch differenzierten Unterricht fördern können. „Eliten brauchen solide Schulen“, ⁵ in denen ein lernfreundliches Klima herrscht und die Schülerinnen und Schüler von Anfang an Freude am eigengesteuerten Lernen haben. Bei

den derzeit überhöhten Klassenfrequenzen ist das völlig ausgeschlossen. Also muss das Bildungsniveau insgesamt – von den Kindertagesstätten angefangen über die Schulen des Primar- und Sekundarbereichs bis zu den Hochschulen als letztem Glied in dieser Kette – deutlich angehoben werden. In erster Linie hängt dies von einer vernünftigen und leistungsbezogenen Schulbildung ab, die ebensowenig zum Nulltarif zu haben ist wie die Spitzenforschung. Daher ist es bedenklich, dass als Antwort auf die Ergebnisse der Pisa-Studie immer noch keine tatsächlich wirksamen Maßnahmen in die Tat umgesetzt wurden.

Für die Hochschulen bedeutet eine solide finanzielle Förderung gerade das Gegenteil der jetzigen Spardiktate, die deren ohnehin stark angespannte Finanzsituation weiter verschärfen und sie an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit bringen. Die Hochschulen sind in Deutschland seit mehr als zwanzig Jahren unterfinanziert. Darauf haben u. a. der Wissenschaftsrat und die Hochschulrektorenkonferenz immer wieder hingewiesen. Aber der Trend zur Mittelleinsparung ist weiterhin ungebremst, ja hat in der letzten Zeit sogar an Momentum gewonnen. Daher bleibt es völlig unverständlich, wie Elitförderung bei gleichzeitiger massiver Kürzung der Hochschulmittel wirksam sein soll. **Wer Elite will, muss die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellen, ohne gleichzeitig darüber die übrigen Hochschulen zu vernachlässigen.** Denn weder genügt es, an der Eingangspforte einer Hochschule das Schild „Elite-Hochschule“ anzubringen, noch kann es bedeuten, dass um der Schaffung einiger weniger Leuchttürme willen die Lichter im übrigen Lande ausgehen sollen.

Folgende Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für den Wettbewerb der Hochschulen um kluge Köpfe und exzellente Ergebnisse sind für eine zukunftssträchtige Elitenförderung nach Auffassung des vhw unumgänglich (wobei die nachfolgende Aufzählung nicht abschließend ist):

- 1. Stärkung der Autonomie und verbesserte Finanzausstattung:**
 - Deregulierung und Befreiung von entwicklungs- und leistungshemmenden Vorschriften und Verordnungen, insbesondere durch die

Wissenschafts- und Finanzministerien, d.h. endlich Ernstmachen mit der Autonomie durch Schaffung von Freiräumen, Abkehr von Detailsteuerung und Wegfall von unnötigen Genehmigungsverhalten,

- Rückzug aus der operativen Steuerung der Hochschulen, Beschränkung auf die Formulierung von verbindlichen langfristigen Zielvereinbarungen und Verkürzung der verbliebenen unabdingbar notwendigen Entscheidungswege,
 - Schaffung eines neuen und nachhaltigen Finanzierungskonzepts für die Hochschulen, Abkehr vom Grundprinzip: Hochschulbauförderung als Gemeinschaftsaufgabe, Finanzierung der laufenden Kosten durch das jeweilige Land,
 - Eine bessere und verlässliche Finanzausstattung, Zuweisung von zusätzlichen Sachmitteln für eine Modernisierung der teilweise stark veralteten Ausstattung,
 - Schaffung von Anreizsystemen zur Förderung der Forschung, personelle oder finanzielle Honorierung besonders engagierter Forscher (beispielsweise durch Reduzierung der Lehrverpflichtung), angemessene Anrechnung qualifizierter Betreuung von Abschlussarbeiten auf die Lehrverpflichtung,
 - Belohnung von besonderen Aktivitäten und herausragenden Leistungen in Forschung und Lehre durch zusätzliche Mittel (Anreizsysteme).
- 2. Ausschöpfung des vorhandenen Know-hows, Anreize zu Netzwerkbildungen und Bereitstellung**

lung der dazu erforderlichen Ressourcen:

- Verbesserung der Personalausstattung anstelle von Personalkürzungen, inklusive der Ermöglichung abgabenfreier Beschäftigung von Studierenden in Lehre und Forschung einschließlich Bibliotheksdiensten, Schaffung eines angemessenen Betreuungsverhältnisses von Lehrenden zu Studierenden,
- Schaffung von beschäftigungspolitischen und leistungsfördernden Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Bereich,
- Schaffung eines Wissenschaftstarifvertrages als Spartentarifvertrag, der den Erfordernissen der Wissenschaft Rechnung trägt, mit mehr Möglichkeiten einer außertariflichen Vergütung,
- Verstärkte Anerkennung von Verdiensten, insbesondere von außerhalb des öffentlichen Wissenschaftsbereichs und im Ausland erbrachten Arbeitszeiten,
- Ausschöpfung aller Ressourcen und Talente, insbesondere durch die Ermöglichung der besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Karriereentwicklung für Frauen,
- Verbesserte Nachwuchspflege durch Änderung beamtenrechtlicher und tariflicher Bestimmungen und des Kündigungsschutzes, damit in Deutschland nicht durch sachfremde Regelungen Know-how verloren geht,
- Rückgewinnung von „ausgewanderten“ Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen durch finanzielle



Der vhw-Bundesvorstand in der Diskussion.
Von links, vordere Reihe: Prof. Mayer, Dr. Klinger, Prof. Platz-Waury, Prof. Lerchenmüller; hinten stehend: Prof. Krüger, Prof. Petter, Dr. Kroll, Dr. Rempe, Dr. Herbert, Prof. Fuchs-Kittowski.

Anreize und Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen,

- Verstärkung der Förderung des internationalen Austauschs von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Wegfall von Beschränkungen durch einengende ausländerrechtliche Bestimmungen,
- Konsequente länderübergreifende Vernetzung der forschungsstarken Wissenschaftsbereiche an Universitäten mit denen an Fachhochschulen und außeruniversitären Wissenschaftsinstitutionen (wie der

Max-Planck-Gesellschaft), auch über nationale Grenzen hinweg im Rahmen des europäischen und überseeischen Forschungsraums und dadurch verstärkte gemeinsame Nutzung der Ressourcen, beispielsweise durch Bildung von Netzwerk-Clusters, einschließlich der Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

3. Stärkung der akademischen Ausbildung an der Basis durch

- eine konsequente fächerbezogene Studierendenauswahl durch die Hochschulen,

- deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation zur Ausschöpfung aller Begabungen,

- Erweiterung der Graduiertenkollegs zu Graduiertenschulen (graduate schools), die den leistungsstarken Absolventinnen und Absolventen aller Hochschulen offenstehen.

4. Verstärkte PR-Arbeit im In- und Ausland

- Konsequente Informationspolitik zur Sichtbarmachung der Leistungsspitzen anstelle der Negativpresse über deutsche Hochschulen

Fortsetzung S. 19

BrainUp! Der vhw fordert Anreizsystem zur Förderung von Kooperationsnetzwerken Universität – Fachhochschule

Seit langem setzt sich der Verband Hochschule und Wissenschaft für eine Qualitätssteigerung im Hochschulbereich ein. Deshalb begrüßt er nachhaltig die Absicht der Bundesregierung, Exzellenz durch den Wettbewerb Brain Up! zu fördern.

Vor diesem Hintergrund der Debatte um Exzellenzförderung und Innovation zeigt er einen Weg auf, wie auch die Fachhochschulen in den Prozess der Eliteförderung mit eingebunden werden können. Dies ist deshalb besonders notwendig, weil die Fachhochschulen im Rahmen der Europäisierung der Hochschulen ohne verstärkte Forschungsanstrengungen nur schwerlich überleben können.

Die Grundidee ist folgende: Als Faktor für den Wettbewerb soll im Rahmen des BrainUp!-Programms die Förderung von Kooperationsnetzwerken zwischen Universitäten und Fachhochschulen aufgenommen werden, damit das an einer Reihe von Fachhochschulen zweifellos vorhandene Potential an ausgezeichneter Forschung genutzt und die Förderung hervorragender Absolventinnen und Absolventen verbessert wird. Alternativ sollten für ein solches Incentiveprogramm gesonderte Mittel bereitgestellt werden.

Bestandteile dieser Kooperationsnetzwerke müssten sein:

→ Von Universitäten und Fachhochschulen gemeinsam formulierte zukunftsweisende Forschungsvorhaben, wobei die Forschungsstandorte sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen angesiedelt sind,

→ Von Universität und Fachhochschule gemeinsam konzipierte Doktorandenstudien im Rahmen der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Graduiertenschulen,

→ Gemeinsame Betreuung von Promotionen von hervorragend qualifizierten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen, etwa nach dem australischen Modell der Promotionsbetreuung.

Von einem solchen Kooperationswettbewerb würden insbesondere die Hochschulen in den neuen Bundesländern profitieren, die schon heute – in weit höherem Maße als die Universitäten in den alten Bundesländern – vernetzte Forschung und gemeinsame Promotionsvorhaben mit Fachhochschulen fördern, nicht zuletzt aufgrund der andersartigen Geschichte ihrer Hochschulen. Überdies könnte ein solches Programm hervorragend die länderübergreifende Zusammenarbeit stärken.

Eine verstärkte Vernetzung der Hochschularten im Bereich der Bestenförderung und eine Intensivierung des

Forschungspotentials an Fachhochschulen würde sicherstellen, dass Grundlagenforschung reibungslos in angewandte Forschung einmündet und schließlich problemloser zum Technologietransfer in die Wirtschaft führt. Die Fachhochschulen gewinnen eine gesteigerte internationale Akzeptanz und die Universitäten mehr Praxisnähe durch die engen Wirtschaftskontakte der Fachhochschulen. Für die Zukunftsfähigkeit der Fachhochschulen wäre es zweifellos fatal, wenn sie ausschließlich regional aktiv und produktiv sein sollten, während die Universitäten im Wettbewerb um Spitzenpositionen international agieren könnten.

Zwar ist die Idee eines Kooperationsnetzwerkes nicht neu, aber die Impulse zur Ausschöpfung des Leistungspotentials der Fachhochschulen sind bislang zu schwach. Auch hat die bisherige Diskussion zu den Plänen der Bundesregierung, Exzellenz an deutschen Hochschulen zu fördern, die Fachhochschulen weitgehend außen vor gelassen.

Im Rahmen des BrainUp!-Wettbewerbs Anreize zu einer besseren Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander zu schaffen, würde akzeptanzfördernd, ressourcenschonend und effizienzsteigernd wirken.

(Fortsetzung der Kampagnen „Gate Germany“ und „Hi! Potentials“ u. ä.)

- Zugleich aber auch bessere Berichterstattung in der Presse über die Arbeit der deutschen Hochschulen allgemein, Präsentationen, Tage der offenen Tür u. a.

PS: Die Kerngedanken wurden auf der Sitzung des vhw-Bundesvorstands am 13. und 14. Februar 2004 an der Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz entwickelt. (EPW)

1 Der Begriff Hochschulen bezieht sich auf den gesamten Hochschulbereich und schließt daher alle Hochschularten ein: Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen.

2 Gemeinsame Presseerklärung des Ministers für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, und des Ministers für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes, Jürgen Schreier, für alle Bundesländer vom 29. 1. 2004.

3 Vgl. die Frankfurter Erklärung des baden-württembergischen Wissenschaftsministers, Prof. Dr. Peter Frankenberg, als Sprecher der zehn unionsregier-

ten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

4 Beispielsweise beträgt die Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden an der Universität Köln 1 : 125, in Harvard oder Oxford eher 1 : 4. Die – gewünschten und geforderten – steigenden Studierendenzahlen verschlechtern die Betreuungsrelation weiter, wenn dem nicht durch zusätzliches Personal gegengesteuert wird.

5 Fünf Fragen an Klaus Kinkel, derzeit verantwortlich für den Aufbau der Stiftung Deutsche Telekom, in: Rheinischer Merkur Nr. 7 vom 12. Februar 2004.

WISSEN, WERTE, LEITBILDER

Prof. Dr. Klaus Landfried

Über „Hochschulen als Wissens- und Wertegemeinschaft“

„Werte“ in Bildung und Ausbildung?

Werte sind eine Mangelerscheinung. Wenn nach ihnen gefragt wird, sind sie in der Regel nicht anwesend.¹ Vor wenigen Jahren galten sie noch als „mega-out“ in der öffentlichen Tagespublizistik. Als ich 1999 in Ilmenau meine Rede zur Begrüßung der Erstsemester diesem Thema widmete, zuckten anfangs einige abschätzig mit den Schultern. Werte, ein altes Thema der Philosophie und der Religionen, sowohl, was die materiellen Werte, die „tangibles“, angeht, als auch die ideellen oder moralischen, die „non-tangibles“. Und plötzlich sind die Werte „in“, d. h. nicht so sehr sie selbst als das „talken“, das Gequake über sie. Endlich wieder mal ein Thema, bei dem jeder mitreden kann, ohne genau zu spüren, ob er seine rechte oder seine linke Gehirnhälfte aktiviert hat. „Sinn und Spaß sind die Triebkräfte, die Jugendliche aktivieren“, meint Klaus Farin, Leiter des Berliner Archivs der Jugendkulturen.² Im „Spiegel“ wird eine Titelgeschichte, die sich mit der Anstands- und Benimmdiskussion dieses Sommers beschäftigt, unter der – auch bildlich illustrierten – Überschrift: „Nobel statt Nabel“ ohne Reflexion des Zusammenhanges der so genannten Sekundärtugenden mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusam-



Prof. Landfried war von 1997 bis 2003 Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

menlebens veröffentlicht.³ Diese finden wir nur in der akademisch-elitären Zeitschrift „universitas“ ernsthaft, wenn gleich nicht überall allgemeinverständlich behandelt. Immerhin liest man auf der letzten Seite einen Satz des Wiener Psychologen Victor E. Frankl, der uns ins Bildungs-Territorium führt: „Werte kann man nicht lehren, sondern nur vorleben.“⁴ Ich füge vorsichtshalber hinzu: auch in Hochschulen.

Was letztere angeht, nur eine kurze Geschichte, um Victor Frankl zu stützen: Es war 1996, also in einer Zeit, in der das Wünschen schon nicht mehr geholfen hat, da hielt die Vereinigung der Hochschulen in Deutschland, offiziell als HRK bekannt, ihre Jahresversammlung unter dem Motto „Hochschule als Verantwortungsgemeinschaft“ in der Universität zu XY ab. Am 2. Tag gab es zwei Podien zum Thema und vor dem Mittagessen auf Einladung der gastgebenden Universität noch eine Summa des Herrn Präsidenten. Ich war damals Vize. Zum Essen waren die hohen Herren Rektoren und Präsidenten sowie die wenigen Rektorinnen und Präsidentinnen nebst anderen Teilnehmern in die Mensa eingeladen, die zum allergrößten Teil zu diesem Zweck für Studenten und anderes Volk ohne Führungs- oder sonstige Amtsfunktionen gesperrt war. Es hatte im Vorfeld Diskussionen an der Uni deswegen gegeben. Die Studenten hatten dann für sich und andere nicht Zugelassene eine Suppenküche im Vorfeld eingerichtet und lange (Bierzelt-) Bänke und Tische aufgestellt, machten Musik, protestierten kurz über Lautsprecher und mit Flugblättern und suchten das Gespräch mit Teilnehmern der Jahresversammlung. Etwa 30 von ihnen, ich war einer davon, gingen

nicht in die abgesperrte Mensa, sondern aßen mit von der Erbsensuppe und diskutierten über Theorie und Praxis von Verantwortungsgemeinschaft.

Und nun endlich zu den Werten, die ich im Folgenden als moralische, als das Handeln bindende ethische Werte verstehen will.

Wo muss jemand Bescheid wissen, der in Deutschland, Österreich, Schweiz als Unternehmensberater tätig werden will? Ganz logisch: in Betriebswirtschaft, aber auch in Volkswirtschaft, dazu im allgemeinen Beratungs-Know-how und natürlich in einem Spezialgebiet wie Personalentwicklung oder Kosten-Controlling. So steht es auf Deutsch in einem „Uniform Body of Knowledge“, das die Präsidenten der drei deutschsprachigen Dachverbände 2002 in München unterzeichnet haben. Und noch etwas steht darin, das aber neu ist: Ethische Grundsätze und dazu gehörige Sanktionen sollte man kennen. Nur dann werde man zertifiziert. „Kennen“? Das klingt so distanziert, als ob Ethik mal ein-, mal ausgeschaltet werden könnte, je nach Wunsch der Auftraggeber sozusagen. Ethik als Wissensgebiet, nicht aber als Richtschnur verantwortlichen Handelns, wie ich es verstehe.

Natürlich wollen die großen Unternehmensberater keine Beliebigkeit. Aber die Versuchung dazu bleibt. Wem bin ich denn verpflichtet, wenn ich als Leiter der Kreditabteilung einer Geschäftsbank einem persönlich haftenden Großhändler mitteile, zwar habe es in den vergangenen 20 Jahren nie Probleme mit Zins und Tilgung gegeben, aber leider sei die Geschäftsbeziehung mit Herrn H. für die Bank nicht mehr interessant. Die Kreditlinien, obwohl noch selten ausgeschöpft, werden ab nächster Woche gekündigt. Herrn H. gelang es zwar, die am folgenden Tag zusätzlich gesperrte private EC-Karte mit Hilfe eines Richters wieder entsperren zu lassen. Aber zunächst war er ruiniert. Und fünf Arbeitsplätze dazu. Herr H. fand dann in einer Nachbarregion eine Sparkasse, die ihn gerne aufnahm, und die fünf Leute arbeiten wieder in 25 km Entfernung für das Bruttosozialprodukt. Eine wahre Geschichte.

Ob die Sparkassen und Volksbanken in zwei bis drei Jahren noch so handeln wollen, können, dürfen bei all dem Wettbewerbsgefasel der EU-Technokraten, lasse ich offen.

Die Frage nach den Werten

„Werte in Bildung und Ausbildung?“ – dies ist mein Thema für den heutigen Vortrag.

Wer heute ein Studium beginnt, gehört zu der immer noch bevorzugten Minderheit in unserer Gesellschaft, die ein Studium – sinnvollerweise ein Studium nach Neigung und Eignung – aufnehmen kann. Dabei tragen Lehrende und Lernende die Verantwortung dafür, dass sie auf der Grundlage eigenen Urteils handeln, wollen sie nicht Gefahr laufen, wie Marionetten behandelt zu werden. Denn selbstverantwortlich gestaltend zu wirken, ist unsere Aufgabe.

„Bildung beruht auf Selbsttätigkeit und zielt auf Selbsttätigkeit ab“, heißt es schon beim Philosophen Fichte vor 200 Jahren.

Und mit der Verantwortung sind wir beim ersten der Werte, die ich kurz skizzieren will – also noch einmal: Werte sind für mich Orientierungsmarken, feste innere Einstellungen, die unser Verhalten prägen. Die Funktion der Werte in der Gesellschaft lässt sich wissenschaftlich begründen, ihr Inhalt nicht so leicht. Sie beruhen auf dem kulturellen Erbe, viele davon weltweit. Ich wollte zunächst auch die Frage nach den Werten in der Forschung behandeln, habe sie aber dann, weil sie noch einmal 15 Minuten komprimierten Vortrag erfordern würden, doch ausgeklammert.

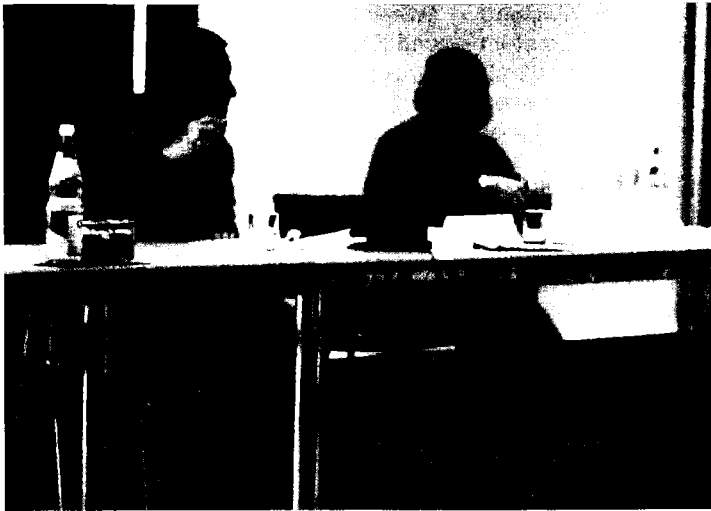
Verantwortung bringt auch Verpflichtung mit sich. Der bayerische Wissenschaftsminister Hans Zehetmair formulierte es einmal so: *„Hochschulen sind keine bloßen Wissensfabriken. Sie sind Sachwalter von Wissenschaft und Kultur und haben die über die Tagesbedürfnisse hinausreichende Aufgabe der Bewahrung, Erschließung und Vermittlung von Bildung für eine werthafte Orientierung künftiger Generationen. Wer sich Veränderungen verschließt, wird verlieren, wer nicht versucht, besser zu werden, hört auf, gut zu sein.“*

Oder mit anderen Worten, wie sie J. A. Comenius (eigentlich Jan Komensky, denn er war Tscheche) im 17. Jahrhundert für die Schulen gebrauchte, und die ich auf die Hochschulen übertragen wissen möchte: *„Scholae sunt humanitatis officinae, efficiendo nimirum, ut homines veri homines fiant.“* (Schulen sind Werkstätten der Menschlichkeit, sofern sie bewirken,

dass Menschen zu wahren Menschen werden.)

Wie bitte? Menschlichkeit? Wo gibt es die heute noch? Hat es sie je gegeben? Etwa im Kosovo oder in Kambodscha, im Baskenland, in Ruanda oder im Irak? Bei den terroristischen Gewalttätern, die an vielen Orten in der Welt als nationalistisch, d. h. stammesideologisch, religiös-ideologisch oder sonstwie ideologisch oder ökonomisch oder auch schlicht kriminell „motivierete“ Gangs für den jeweils kleinen oder großen Gewinn, für den großen Kick, sich für wichtig oder siegreich gegenüber dem als solchen identifizierten „Feind“ halten oder auch um der platten Lust willen rauben, vertreiben, vergewaltigen und morden? Die gar sich selbst, auf das versprochene Paradies hoffend, nicht selten unter Zuhilfenahme auch chemischer Drogen, mit ihren zufälligen Opfern in den Tod sprengen, und die – wie viele Gangster in den Fernsehoperen – ganz cool dabei bleiben.

Welthistorisch leider keine Neuigkeit. Wer z. B. eine jener Zeichnungen des Spaniers Francisco Goya gesehen hat, in denen er die entsetzlichen Grausamkeiten der napoleonischen Truppen in Spanien zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufzeichnete, der blickte buchstäblich ins Gesicht des Bösen, sah Grausamkeiten, die sich allenfalls in der Technik von denen der christlichen Kreuzritter im Heiligen Land oder der arabischen Sklaventreiber im südlichen Sudan oder, oder ... bis in die heutige Zeit unterscheiden. Wir alle wissen, dass aus Verblendung auch viele Deutsche – nicht alle – durch Menschenverachtung und systematische Menschenvernichtung während der Nazi-Herrschaft, vor allem im II. Weltkrieg, schlimmste und in ihrem Ausmaß kaum vergleichbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Wer nach Jerusalem kommt, besuche Yad Vashem, die Erinnerungsstätte für den Holocaust, aber auch für jene, die in ihm und gegen ihn wahre Menschlichkeit bewiesen haben. Und er bete, dass in Gegenwart und Zukunft immer wieder Wächter der Menschlichkeit weltweit aufstehen und gegen Vorurteile, Hass und Grausamkeit durch ihr eigenes selbstverantwortliches Handeln eintreten, nicht bloß durch gesinnungsethisches, aber sonst risikofreies Moralisieren, wie wir es gelegentlich von selbsternannten so genannten „Anständigen“ hören.



Prof. Landfried und
die Tagungsleiterin
Prof. Platz-Waury.

Erinnern wir uns für einen Moment der demütigen Verzweiflung der Menschen während des Dreißigjährigen Krieges, der der Dichter Andreas Gryphius⁵ so ergreifend Ausdruck verliehen hat:

*„Hier durch die Schanz und Stadt
rinnt allzeit frisches Blut.*

*Dreimal sind schon sechs Jahr,
dass unser Ströme Flut,*

*Von Leichen fast verstopft, sich
langsam fort gedrungen.*

*Doch schweig ich noch von dem,
was ärger als der Tod,*

*Was grimmer denn die Pest und
Glut und Hungersnot:*

*Dass auch der Seelen Schatz so
vielen abgezwungen.“*

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, heißt es bei Friedrich Hölderlin, der mit dem um elf Jahre älteren Friedrich Schiller – natürlich unter anderen – einer der frühen Freiheitsdichter in Deutschland war.

Die gerade erwähnten Grausamkeiten bezeichnen ja nur die dunkle Seite des menschlichen Potentials, also das, was die Religionen der Welt seit alters her „die Sünde“ oder „das Böse“ genannt haben. An uns liegt es, wie wir unsere Energien einsetzen und nutzen: Dass wir nicht zerstören, sondern aufbauen, dass wir nicht verletzen, sondern heilen, dass wir nicht wegstoßen, sondern annehmen. Aber auch dann Nein sagen, wenn Faulheit oder Arroganz, Gleichgültigkeit oder Dummheit oder gar kriminelle Energie unser Wohlwollen und unsere Freiheit für egoistische oder Gruppen-Interessen zu missbrauchen versuchen. Freiheit und Gerechtigkeit, das sind, aufs

Äußerste komprimiert, die Werte, an denen ich mich selbst orientiere. Wer die ihnen zugrundeliegenden Tugenden als „sekundär“ abqualifiziert, ist meines Erachtens selbst orientierungslos. Aber:

Ist soviel ethisches Pathos denn nicht sinnlos, ist eine Ethik solcher Art nicht nur ein Tropfen auf tausend heiße Steine? Und: wie soll man so hohe Ansprüche im Alltag von Ausbildung und Beruf umsetzen?

Auf die erste Frage will ich mit einem Zitat von Albert Schweitzer antworten, dem großen protestantischen Musiker, Theologen, Physiker, Arzt, Kulturphilosophen und Entwicklungshelfer. Was die zweite Frage angeht, so will ich aus der Sicht eines Hochschullehrers im Allgemeinen und eines ehemaligen Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz im Besonderen einfach ein paar Erwartungen formulieren, die wir an in Bildung und Ausbildung engagierte Personen, das heißt vor allem an Lehrende, Lernende, Forschende, aber auch an Eltern richten können, wenn wir einerseits erfolgreich, andererseits aber dabei wir selbst bleiben wollen.

Also Albert Schweitzer: „Alles, was du tun kannst, wird in Anschauung dessen, was getan werden sollte, immer nur ein Tropfen statt eines Stromes sein; aber es gibt deinem Leben den einzigen Sinn, den es haben kann, und macht es wertvoll.“⁶ Das Zitat stammt aus einer Predigt von 1919 und nimmt in gewisser Weise den von Albert Camus in seinem Mythos vom Sisyphos beschriebenen Kampf gegen das Sinnlose voraus, allerdings von Hoffnung getragen und zugleich viel gelassener als es der spätere eher pessimistische Existenzialist war. Das, was

getan werden soll, hat mit Ethik, aber auch mit innerer Energie und mit Kreativität zu tun. Und wir erkennen, was nötig ist zu tun, an Menschen, die vorbildlich handeln. Einen, dem ich persönlich zweimal in meinem Leben begegnen durfte, will ich für viele namentlich nennen: Jehudi Menuhin, den großen Musiker und Humanisten.

Verantwortung – Energie – Kreativität: die drei Eigenschaften der Menschlichkeit

Ethik als Werte-System ist nur als Verantwortungsethik menschlich. Das sollten wir seit Max Weber wissen. Verantwortungsethisch handeln heißt, Selbstdisziplin zu wahren, darauf vorbereitet zu sein, **Verantwortung** für andere zu übernehmen, die Konsequenzen eigenen Handelns im Hinblick auf seine Folgen für andere zu erwägen und in das Handeln einzubeziehen. Die praktischen Aufgaben, bei denen wir uns bewähren können, begegnen uns im Alltag. Es gibt nicht immer leichte Lösungen, aber fast immer faire Verfahren, um sie zu finden. Auch bei den Banken.

Hans-Georg Gadamer spricht von „gültigen Solidaritäten“ als der Grundlage menschlichen Zusammenlebens, von der Zusammenarbeit der ihres Könnens sicheren Freunde, die im Zusammenwirken nicht nur ihre Vereinzelung, sondern auch ihre Spezialisierung überwinden.⁷ Netzwerk-Marketing beruht auf solcher Erkenntnis.

Die zweite Qualität, die wir brauchen, ist **Energie**, innere Kraft. Und um es kurz zu machen, will ich nur auf Hermann Gmeiner hinweisen, der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg begann, SOS-Kinder-Dörfer für Kinder ohne Eltern zu gründen. Er sagte einmal: „Alle großen Dinge in unserer Welt geschehen nur, weil jemand mehr tut, als er muss.“ Dieses kleine „Mehr“, das jeder von uns zum allgemeinen Besten beitragen kann, wo auch immer wir gehen, stehen oder sitzen, kann sehr viel bewegen. Auf dem für unsere Zukunft so zentralen Feld der Unternehmensgründungen darf man hier die „Business Angels“ nennen. Wir alle kennen weitere Beispiele.

Natürlich gibt es viele Hindernisse, wenn es um neue Wege geht, vor allem den Bundesverband der Bedenkenträger und Besitzstandswahrer und seine Haltung, alles historisch Gewachsene

zunächst für „bewährt“ zu erklären. Nur, wenn wir selbst dazu bereit sind, das nötige Wissen und vor allem Können zu erwerben und dann uns selbst zu engagieren und Verantwortung für den nötigen Wandel zu übernehmen, können wir es vermeiden, von bloß ehrgeizigen, aber arroganten und inkompetenten Dilettanten oder auch von flachen Medienstars regiert zu werden, für die Werte allenfalls medial zu nutzende Instrumente von Machtgewinn und Machterhalt sind.

Die dritte Eigenschaft, die zur Menschlichkeit, wie ich sie verstehe, gehört, ist die **Kreativität**. Obwohl Schulen und Hochschulen keineswegs ein Monopol auf die Förderung von Einfallsreichtum besitzen, so haben sie aber gewiss die Chance und Verpflichtung, Schülern wie Studierenden Wege zu kreativem Denken und Handeln zu zeigen, was bedeutet, vor allem auch über die traditionellen Grenzlinien der Fächer, der Kulturen und Religionen hinaus zu denken, mehr in Systemzusammenhängen und Prozessketten als in traditionellen Wissenschaftsdisziplinen. Die Wirklichkeit war noch nie nach Fakultäten organisiert.

Herausforderungen für die Hochschulen

Damit bin ich nun bei der Frage, welche Erwartungen wir an Institutionen und Personen im Bereich Bildung und Ausbildung richten können.

Für die überwiegende Zahl der Studierenden an den Hochschulen geht es heute schlicht – so die Umfragen – um eine für spätere Berufsfähigkeit qualifizierende Ausbildung an und durch Wissenschaft. Es ist bekannt, dass in unserer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft viele speziellere Wissensbestände rasch veralten. Nur die Grundlagen halten lange durch:

Aristoteles und Horaz, Cusanus und Newton, Gauss und Liebig, Einstein und Schottky, Crick und Watson veralten nicht. Aber für den Beruf müssen stetige Weiterbildung und die Methodik des Lernens lernen die Devise sein. Eine Ausbildung, ein Beruf für ein Leben, das ergibt heute keine sinnvolle Gleichung mehr. Die Hochschulen müssen sich diesen Herausforderungen auch als Institutionen stellen. Fakultäten und Fachbereiche müssen die gewandelten beruflichen Perspektiven der jungen Leute bei Lehrplänen und Lehrmethoden berücksichtigen, ohne dabei jeder neuen Mode nachzulaufen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die in Deutschland damals überragende, quantitativ dramatische Expansion der Bildungsbeteiligung seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Strukturen des Bildungssystems noch immer nicht die angemessenen Konsequenzen gehabt hat.

Die Gesellschaft bedarf bei einem Anteil der Studienberechtigten von ca. 1/3 einer Altersgruppe zur Zeit gegenüber ca. 1/30 noch vor 40 Jahren eines in Zielsetzung, fachlichen Anforderungen und Organisation differenzierten tertiären Sektors und nicht etwa einer bloßen Ausweitung der so genannten Humboldt'schen Universität, wie sie zu einem Großteil bisher erfolgt ist.

Bei aller Konzentration auf „Ausbildung“ darf aber keinesfalls die Bedeutung von „Bildung“ aus dem Blickfeld geraten. Dabei rede ich von einem umfassenden Bildungsbegriff, im Sinne einer Formung der Gesamtpersönlichkeit, Entfaltung und Ausbildung der geistigen Anlagen, der das in Schule und Studium Integrale zu vermittelnde Allgemeinwissen, die sog. Allgemeinbildung, voraussetzt, nicht ersetzt. Ortega y Gasset geht in seinem 1930 entstandenen Essay über *die Aufgaben der*

Universität auf diese Problematik ein und definiert Bildung so:

Das Leben ist ein Chaos, ein Dickicht, ein Gewirr. Der Mensch verliert sich darin. Aber sein Geist reagiert auf dieses Gefühl des Untergangs, dieses Sich-Verirren. Er bemüht sich, im Dickicht ‚Pfade‘ zu finden, das heißt, klare, bestimmte Vorstellungen vom Universum, positive Überzeugungen vom Wesen der Dinge und der Welt. Diese Überzeugungen sind in ihrer Gesamtheit, in ihrem System Bildung im wahrsten Sinne des Wortes; alles Übrige ist nur schmückendes Beiwerk. Bildung ist das, was den Menschen vor dem Schiffbruch des Lebens rettet, was es ihm ermöglicht zu leben, ohne dass sein Leben zur sinnlosen Tragödie oder zur tiefsten Erniedrigung wird.

Deshalb auch spricht der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstrass von „Orientierungswissen“. Muss ich darauf hinweisen, dass viele junge Menschen – und einige ältere – Orientierungsprobleme haben? Dass ca. 20 % der Studierenden als „psychisch auffällig“ gelten? Was ist hier unsere Antwort? Auf keinen Fall jedenfalls der Abbau der psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke!

Persönlichkeitsbildung – die Schwester der Ausbildung

Auf der Notwendigkeit von Bildung als der „Schwester“ der Ausbildung zu beharren, heißt aber nicht etwa, traditionellen Leitbildern um ihrer selbst willen anzuhängen. Vielmehr steht dahinter die Überlegung, dass es ein marktgerechtes, auf „Ausbildung“ reduziertes Studium schon deshalb nicht geben kann, weil niemand die Arbeitsmärkte von morgen kennt und die menschlichen, die sozialen Fähigkeiten so wichtig sind wie das fachliche Können. Bereits Albert Einstein sagte: „*Es ist nicht genug, den Menschen ein Spezialfach zu lehren.*“

Dass ein Hochschulstudium auch die Persönlichkeitsbildung vermitteln sollte, wird nicht zuletzt mit Nachdruck von Vertretern der Wirtschaft gefordert. Dort heißt es, man brauche Absolventen, die über den Tellerrand ihres Fachgebiets weit hinausblickten, Persönlichkeiten mit sozialer Kompetenz, d. h. vor allem ethisch begründeter Verantwortungsbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit in mehr als einer Sprache.



Symposiumsteilnehmer als aufmerksame Zuhörer

Dazu gehört, auch wenn Sie vielleicht überrascht sind, ein Training für Existenzgründer, wie es bereits vielerorts betrieben wird. Es bietet nicht nur Chancen für neue Arbeitsplätze, es nützt auch denen, die am Ende doch in abhängigen Jobs tätig werden. Ausbildung gegen Bildung zu setzen, wie es kurzfristige Ideologen manchmal tun, wäre daher unsinnig und wirklichkeitsfremd, bei allen Hochschularten.

Lernen – Wissen – Handeln können

Zufriedenheit und Erfolg sind Geschwister, Erfolg und Leistungseinsatz des Einzelnen sind Geschwister, Leistungseinsatz und Eignung sind Geschwister, und eine Neigung zu einem bestimmten Fach oder Beruf bzw. ein Interesse daran gehören ohnehin dazu – dies gilt sowohl für Hochschullehrer(innen) als auch für Studierende. Dabei ergänze ich: Nirgendwo gibt es einen schnellen billigen Weg, und es gibt keine leichten oder schweren Studiengänge, nur eine unterschiedliche Eignung für sie. Und natürlich auch, damit zusammenhängend, eine passende und eine nicht passende Vorbereitung. Und was ist mit dem Arbeitsmarkt? An den darf man ruhig denken, aber man darf die Frage des Arbeitsplatzes nicht zum alleinigen Kriterium für einen Studienweg machen.

- *Was bedeutet eigentlich Studieren?* Es bedeutet Lernen. In der Wissensgesellschaft sind Informationen wichtig, wichtiger sind aber die zu Wissen verarbeiteten, d. h. auch durch Werte geordneten Informationen.
- *Aber ist Wissen genug?* Nein, man muss auch tun, d. h. handeln können.
- *Aber ist handeln Können genug?* Nein, ohne Ethik, ohne eine an den Werten der alteuropäischen Tradition orientierte Verantwortung, deren Kernbegriffe Freiheit und Gerechtigkeit bleiben, handeln wir nur instrumentell, von Augenblick zu Augenblick, eigentlich orientierungslos.
- *Und was erwarten wir von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, was sollen sie können?*

Wir erwarten

eine breit angelegte, zum Anknüpfen vertiefter wissenschaftlicher Kenntnisse geeignete Allgemeinbildung,

die Fähigkeit zu logischen Schlussfolgerungen und zum Denken in Systemen,

die Fähigkeit zu Analogie- und Modellbildung,

die Fähigkeit zu kritischer Wertung von Sachverhalten,

die Fähigkeit, eigenständig und selbstverantwortlich und ohne ständige Anleitung zu lernen und dies über größere Zeiträume hin, was Belastungsfähigkeit voraussetzt,

die Fähigkeit, komplexere Aufgaben in der Gruppe oder im Team zu lösen,

die Fähigkeit, sich in der eigenen Sprache im Bewusstsein ihrer Geschichtlichkeit differenziert auszudrücken,

die Beherrschung des Englischen und einer weiteren Fremdsprache, der Mathematik nämlich, die heute den Schlüssel für die meisten Arbeitsplätze der Zukunft bildet,

ein gutes Grundlagenwissen im Bereich der Naturwissenschaften, Biologie, Chemie und Physik,

ein realistisches Grundverständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und last but not least der deutschen, der europäischen und der Weltgeschichte.

Du lieber Himmel! Wer, bitte, kann solche Erwartungen erfüllen? Zwar war Friedrich Nietzsche bereits mit 21 Jahren Professor der klassischen Philologie in Basel! Allerdings: Im Ernst: Niemand wird solche Erwartungen perfekt erfüllen können. Aber uns bemühen können und sollen wir.

Ich räume freimütig ein, nicht nur in der Schule, auf der Mittelstufe, zeit-

weise schwächer in Mathe und Physik gewesen zu sein, sondern auch im Studium ein paar mal Prüfungen wiederholt zu haben. Das ist kein Anlass, den Mut zu verlieren. Wer eine Schule oder Hochschule verlässt, um an anderer Stelle eventuell auch anderes weiterzulernen, wer die Berufsausbildung im dualen System der Wissenschaft vorzieht, ist nicht etwa ein weniger wertvoller Mensch. Nein, sie oder er sind nur für Anderes geeignet. Nur wer erwartet, etwas „geschenkt“ zu bekommen, wird sich wundern. Ohne harte Datenbasis, ohne eine auch gelegentlich mühsam eingepackte Wissensbasis kann ein aktiv selbstlernendes „Expertensystem“, d. h. also eine Studentin oder Student, nicht vernünftig arbeiten. Nicht umsonst hat schon vor Jahren der frühere KMK-Präsident Rolf Wernstedt für Schule und Hochschule eine „Kultur der Anstrengung“ gefordert.

Ich will jetzt keine Diskussion über Studierfähigkeit eröffnen, aber es sollte klar sein, dass auch für Ingenieure und Informatikerinnen, Juristinnen und Gräzisten, Betriebswirte und Naturwissenschaftlerinnen die Beherrschung der eigenen Sprache von großer Bedeutung ist. Ich rede vom Satzbau und vom Wortschatz. Hier ist wirklich Kompetenz gefragt. Wer nicht sprachfähig ist, hat es schwer, mit anderen auszukommen. Wie man das lernen kann? Es ist ganz einfach: Lesen, lesen, lesen und noch einmal lesen. Vorlesen und zuhören. Die damit wachsende Bilderwelt stärkt, mobilisiert die rechte wie die linke Gehirnhälfte. Sie ist die Grundlage kindlichen Lernens. Ein paar Videos oder DVD's weniger, ein paar Stunden zufälliges Netz-Surfen oder Techno-Dröhnungen weniger und statt dessen gute Bücher

Darlehen supergünstig ^{*1)} nominal **2,50%** ab **2,90%** effektiver Jahreszins **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30.000,- €, mtl. 330,- €, bei 60.000,- €, 659,- € Rate, jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,2%, effektiver Jahreszins ab 5,96%, b. 12 Jahre Superangebote auch zu Liz. 20 Jahre und 25 Jahre Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. ^{*1)} Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätendarlehen, Beleihung bis 100% plus EHZ. Schulafreie Eurokredite bis 100.000,- € mit Tilgungsversicherung. Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/G.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung. Supergünstige Lebensvers.-Darlehen an Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. Mein Wunsch: _____ €
Name: _____ **keinerlei Vermittlungskosten**
Straße: _____ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**
Ort: _____ **Internet: www.ak-finanz.de**

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.

AK-Finanz KapitalvermittlungsgmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 88, www.ak-finanz.de
Info per Post / Tel. zusätzlich bundesweite Vorortinfo wählbar, zum Nulltarif

Info und Sofortangebote
unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

lesen, und dann vor allem darüber mit Menschen reden, mit denen es sich lohnt zu reden – die auch zuhören, nicht nur im engen Freundeskreis, sondern überall auf der Welt; so etwas geht dann auch über das Netz, aber gezielt – all dieses und das persönliche Engagement für öffentliche Aufgaben lassen aus Bildungserlebnissen gelebte Werte werden.

Was die Schule angeht, in der aus Kindern nach zehn bis zwölf Jahren im Laufe der Zeit – völlig unabhängig vom vieldiskutierten, aber überschätzten Unterrichtsausfall – junge Erwachsene werden, so wird sie ihren Bildungsauftrag – der hat mit Erziehung zum Selbstlernen und zur Eigenverantwortung viel zu tun – ohne aktives Engagement der Eltern nicht erfüllen können. Das kostet Zeit, Zeit zum Zuhören, Zeit zum Nachdenken, Zeit zum Gespräch. Wo hernehmen? Eine schwierige Frage, weil es bedeutet, auf ein paar Aktivitäten zu verzichten, die uns vielleicht in Beruf oder Freizeit wichtig scheinen. Die Wirkung der hier investierten Zeit – der Bedarf ist individuell ganz verschieden – ist später an der weiteren Entwicklung der jungen Erwachsenen zu beobachten. Hier werden Bildungs- und Lebenschancen verteilt, mehr noch als in der Schule.

Es gibt viele Zugänge, um die Welt zu verstehen. Wissenschaft ist nur einer der möglichen Zugänge. Wir wissen, dass Literatur, Dichtung, Musik, Bildende Kunst oder Religion andere solche Zugänge eröffnen. Bei der natürlichen Welt, bei den harten Dingen, die sich stoßen, ist es schwierig, sich mit Religion oder Kunst allein zu helfen. Da braucht man schon die Wissenschaft. Aber was die Beziehung zwischen den Menschen angeht, so haben Dichter oder Propheten oft ein besseres Gespür als mancher wissenschaftliche Psychologe oder Soziologe. Zum Beispiel jener Herr aus dem klassischen

Kleine Nachlese von Dr. Burkhard Stibbe* und Dr. Irmgart Wendel

Die dbb Akademie bildete den stimulierenden Rahmen für kritische Fragen, intensiven Gedankenaustausch und fachbezogene Diskussionen. Die Ausführungen der Referenten** stießen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Vorsitzende der Landesverbände und Delegierte) auf sehr großes Interesse und regten zum Nachdenken an. Trotz der zeitintensiven Seminararbeit blieb aber ausreichend Zeit zum kollegialen Gespräch.

* B. Stibbe danken wir für die Fotos.

** Der Vortrag von Prof. Rainer Friedrich wurde bereits in den vhw Mitteilungen 4/2003, S. 17-26 abgedruckt.

Weimar, ein gewisser Herr von Goethe, der schon vor fast 200 Jahren mahnte: „Kunst und Wissenschaft gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität.“

Damit bin ich wieder beim Anfang, bei den Werten. Auch die Internationalität der Wissenschaft gehört zu den Werten, denen unsere Arbeit in der Hochschule verpflichtet ist, verpflichtet sein sollte. Und unsere Absolventen sollten bei uns und mit uns gelernt haben, dass Basel II kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument zum Abwägen von Kreditrisiken.

Verantwortungsethik mit Augenmaß

Eine Verantwortungsethik mit Augenmaß ist hier gefragt, nicht die mechanistische Rigorosität bloß cooler Controller. Aber auch nicht die „Werte“ derer, die mit dem „Bewährten“ nur ihre mentalen wie materiellen Besitzstände schützen wollen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat der großen Moralistin als Journalistin, Marion Gräfin Dönhoff, der ich vor 40 Jahren im Basler Seminar von Edgar Salin persönlich begegnen durfte, und die als unerschrockene Mahnerin zu mehr Menschlichkeit zu den Vor-

bildern gehört, an denen ich mich auch heute orientiere:

„Es kann doch nicht sein, dass eine säkularisierte Welt notwendigerweise aller ethischen Grundsätze ist. Es muss doch möglich sein, die marktwirtschaftlichen Strukturen so zu ergänzen, dass die Menschen veranlasst werden, sich menschlich zu verhalten und nicht wie Raubtiere nach Beute zu gieren (...) Alles hängt von den Menschen ab – von jedem Einzelnen von uns“.⁸

Eröffnungsvortrag beim Symposium des vhw am 11. September 2003 in Königswinter-Thomasberg.

1 Claus Koch in: *universitas* 58, Nr. 685, Juli 2003, S. 687.

2 in: *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 19. vom 20. 7. 03, S. 49.

3 *Der Spiegel* Nr. 28 vom 7. Juli 2003. Titel: „Die wachsende Sehnsucht nach bürgerlichen Werten wie Disziplin, Anstand und Höflichkeit.“

4 in: *universitas* Nr. 685.

5 1636, *Tränen des Vaterlands*.

6 *Straßburger Predigten 1900–1919*, hrsg. v. U. Neuenschwander, München 1966.

7 „Über die Freundschaft“, in: *universitas* Nr. 685, S. 721 ff.

8 in: *universitas* Nr. 685, S. 707.



Von Dr. Jörg Schulte-Altendorfer, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Wissens- und Wertegemeinschaft Unternehmen

Vor dem Hintergrund dessen, was Professor Landfried am Vortag zur „Verantwortungsgemeinschaft Universität“ und zu den prägenden Werten Freiheit und Gerechtigkeit gesagt hat, möchte ich skizzieren, worin das Besondere der „Wissens- und Wertegemeinschaft Unternehmen“ liegt. Dazu soll danach gefragt werden,

1. aus welchen Ursachen heraus Unternehmen sich mit dem Thema Wertekultur und Wissen beschäftigen,
2. welche Werte und Aspekte von Wissen für sie wichtig sind und
3. welche konkrete Rolle Werte und Wissen sowie ihre Vermittlung im unternehmerischen bzw. betrieblichen Alltag spielen.

I. Das Unternehmen – eine Wissens- und Wertegemeinschaft?

Die dem Titel des Vortrages zugrunde liegende These, dass ein Unternehmen eine Wissens- und Wertegemeinschaft ist, erscheint zunächst trivial: Damit ein Unternehmen funktioniert, seine spezifische Leistung erfüllen kann, bedarf es ja nicht nur der Einrichtung einer geeigneten Organisationsstruktur: Ebenso entscheidend sind die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter sowie bestimmte Einstellungen, Haltungen und Regeln – ungeschrieben und geschrieben –, die die Zusammenarbeit innerhalb der Strukturen des Betriebes erst ermöglichen.

Verschiedene ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen in den vergangenen drei Jahrzehnten haben dazu geführt, dass die vermeintlich selbstverständliche Wertorientierung (resultierend aus dem Betriebszweck und den geltenden gesellschaftlichen Normen) und der Umgang mit Wissen im Betrieb gesteigerte Aufmerksamkeit sowohl in der Praxis als auch in der Theorie erfahren haben und erfahren. Die wichtigsten Entwicklungen sind:

- Die Globalisierung, und damit verbunden die Ausweitung des Wettbewerbs auf weltweite Märkte: Ein



signifikantes Beispiel für die damit verbundenen Chancen und Risiken sind die möglichen Probleme und Erfahrungsgewinne bei internationalen Kooperationen oder Fusionen, die an der Zusammenführung von verschiedenen Kulturen und Unternehmensphilosophien wachsen oder scheitern können.

- Der Trend zur so genannten Informations- und Wissensgesellschaft, der die Informationsflut auf der einen Seite und lebenslanges Lernen auf der anderen Seite einschließt.
- Gesellschaftliche Entwicklungen, wie z. B. eine in den vergangenen zwei Jahrzehnten spürbar stärkere Betonung von Selbstentfaltungswerten mit entsprechenden Konsequenzen für die Gestaltung der Arbeitswelt.
- Einige aufsehenerregende Vorfälle in Unternehmen weltweit aus der letzten Zeit: Genannt seien hier nur der Bilanzfälschungsskandal des amerikanischen Energiekonzerns Enron, in Deutschland die Diskussion um in der Höhe schwer vermittelbare Vorstandsgehälter oder Abfindungszahlungen oder der jüngste Fall des „Rasers aus Karlsruhe“, der besser bekannt geworden ist als Mitarbeiter eines großen deutschen Automobilherstellers.

Diese Entwicklungen konfrontieren das Unternehmen mit einer Fülle von strategischen Anforderungen und Erwartungen auch und besonders im Blick auf die im Unternehmen geltenden Werte (Unternehmenskultur) und den Umgang mit Wissen bzw. Informationen – nach innen wie nach außen:

- Die Wettbewerbsverschärfung erzwingt entsprechende Planungen und Maßnahmen, um Kunden und Mitarbeiter sowohl zu gewinnen als auch zu halten.
- Die Informationsgesellschaft fordert Transparenz, v. a. im Blick auf mögliche Skandale: Die Erwartungen der Öffentlichkeit an das Image, d. h. die „Corporate Identity“ sind hoch.
- Der allgemeine Trend hin zu Selbstentfaltungswerten stellt Anforderungen an eine dementsprechende Personalpolitik: Um ein adäquates innerbetriebliches Klima zu erreichen, bedarf es eines offensiven Umgangs mit den individuellen Bedürfnissen der Mitarbeiter. Hier liegt eine Quelle für Wettbewerbsvorteile bzw. -nachteile: Der so genannte „War of talents“ erzwingt eine intensivere Beschäftigung der Unternehmen mit ihrer gelebten wie gewünschten Unternehmenskultur, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein und zu bleiben.

II. „Werte schaffen Wert“ – Ergebnisse einer Studie

Welche Bedeutung die Unternehmen insbesondere der Frage der Werte und der Unternehmenskultur vor diesem Hintergrund beimessen und welche Werte im Vordergrund stehen, sollen ausgewählte Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung des Beratungsunternehmens Booz Allen Hamilton verdeutlichen.

Booz Allen Hamilton hat im Frühjahr 2003 eine Umfrage unter den Vorstandsvorsitzenden der „150 führenden Unternehmen im deutschsprachigen

Raum“ durchgeführt, die unter der Leitfrage „Schaffen Werte Wert?“ stand².

Interessant für unsere Betrachtung sind vor allem drei Fragen und die Antworten darauf:

1. „Glauben Sie, dass Werte wirtschaftlichen Nutzen generieren?“

Die Antwort: 95 % der befragten Unternehmer sind der Ansicht, dass Werte einen ökonomisch spürbaren Nutzen erbringen. Allerdings ist dieser Wert für die Befragten nicht quantifizierbar.

2. „Was ist der wichtigste Nutzen von Werten für die Unternehmen?“

Das Ergebnis ist interessant: Als wichtigster Nutzen wird die Förderung der internen Kooperation angeführt, an zweiter Stelle die Imageverbesserung, gefolgt von dem Wert der Profit-Risiko-Balance. Die Förderung sozialer Verantwortung sowie von Ehrlichkeit landen auf dem vierten bzw. fünften Platz. Damit werden zwei wichtige Aspekte erkennbar:

- Der Nutzen von Werten im Unternehmen wird an erster, vierter und fünfter Position im Blick auf die zwischenmenschlich-ethische Bedeutung verstanden, der ökonomische Nutzen ist hier mittelbar avisiert.
- Je nach Blickwinkel: Erst oder schon an zweiter bzw. dritter Stelle steht der Nutzen, der einem ökonomischen Kalkül im engeren Sinne entspricht.

Das leitet über zur dritten Frage:

3. „Welche Bedeutung haben die einzelnen Werte im täglichen Geschäft?“

Die Antworten auf diese Frage geben nicht nur Aufschluss über die Wert-Präferenzen der beteiligten Unternehmen, sondern auch grundsätzlich zu dem Katalog der überhaupt als unmittelbar relevant empfundenen Werte. Das Ergebnis: Der Kunde sowie die Verantwortung für die Mitarbeiter, die Gesellschaft und die Umwelt stehen im Mittelpunkt.

An der Spitze finden sich dementsprechend die Kunden- bzw. Serviceorientierung (1), die Qualität der Leistung (2), Professionalität (4) und Excellence (5). Dahinter steckt nicht zuletzt die erwähnte Wett-

bewerbsverschärfung im Zuge der Globalisierung, die eine klare leistungsorientierte Profilbildung und damit zugleich die Bemühungen um Kundenbindung forciert. Auf die dahinter steckenden Werte, Haltungen und Tugenden sowie auf den gesamten Komplex des Wissens im Unternehmen wird noch einzugehen sein.



Ehrenvorsitzender Prof. Kuhnert

Unter den für das Unternehmen täglich bedeutsamsten Werten nehmen Werte im Sinne bestimmter Einstellungen und Tugenden die weiteren Plätze auf der Skala ein: Verantwortung (3) rangiert unmittelbar hinter der unternehmerischen Leistung, nach dem Wert der Excellence schließen sich Vertrauen (6), Fairness (7) und Teamwork (8) an. Damit liegt eine Auswahl der gesellschaftlich anerkannten Werte und Tugenden vor, die unternehmensspezifisch relevant sind, d. h. das Funktionieren der Organisation Unternehmen ermöglichen.

Die dritte „Dimension“ der Werte im Unternehmen bezieht sich auf das soziale Engagement der Unternehmen für die Mitarbeiter und das Eintreten für die Idee der Nachhaltigkeit, v. a. im engeren Sinne bezogen auf die Umwelt. In diesem Verständnis des Unternehmens als Verantwortungsgemeinschaft verbirgt sich das Engagement, das viele Unternehmen seit Jahren oder Jahrzehnten pflegen. Erinnert sei an dieser Stelle auch an das soziale Engagement etwa der Fugger im 16. Jahrhundert in Augsburg – derartige Aktivitäten sind also keineswegs eine Neuerung. Gleichwohl findet ein solches Engagement – unter dem modisch neudeutschen Titel „Corporate Social Responsibility“ oder „Corporate Citizenship“ – erst seit wenigen Jahren gesteigerte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit³. Mittlerweile ist es fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit und der Sozialberichtserstattung in den Unternehmen geworden.

Bemerkenswert: Zumindest in dieser Befragung spielt der viel zitierte und viel gescholtene „Shareholder value“ an zwölfter Stelle der Skala eine eher nachgeordnete Rolle.

III. Unternehmensleitbilder – ein Beispiel

Für die meisten Unternehmen – unabhängig von der Größe – hat sich auf-

grund der geschilderten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte die Notwendigkeit ergeben, freiwillig oder auf Druck der Geschäftspartner, der Kapitalgeber oder der Öffentlichkeit ihre Kultur der Werte und des Wissens zu überprüfen.

Eine solche Bestandsaufnahme der geschriebenen und ungeschriebenen, der bewusst und unbewusst gebildeten Wert- und Verhaltensweisen mündete in der Regel in die Formulierung eines Leitbildes: Unter besonderer Beachtung sowohl der Gesamtstrategie des Unternehmens als auch der angestammten Unternehmenskultur wird ein unternehmensspezifischer Wertekodex entwickelt, der den zuvor beschriebenen Nutzen für die Leistungserstellung des Unternehmens erbringen, also Orientierung, Motivation und ein bestimmtes Image erzielen soll. Mit anderen Worten: Die gelebte Kultur sowie die gewünschten Werte werden abgebildet, eine eigene „Corporate Identity“ wird grundgelegt.

Das Beispiel des Leitbildes der MAN-Gruppe, dem Nutzfahrzeug-, Maschinen- und Anlagenbauunternehmen mit Hauptsitz in München, soll ein solches unternehmensspezifisches und zugleich typisches Verständnis der Wissens- und Wertegemeinschaft Unternehmen verdeutlichen.

In dem u. a. über die Netzpräsenz von MAN⁴ abrufbaren Leitbild definiert das Unternehmen sich eingangs als Verantwortungsgemeinschaft: Alle Ziele, Vorgaben und Haltungen stehen unter der Maxime „Verantwortung“, und zwar:

1. Verantwortung „... gegenüber dem Kunden

- Wir schaffen Werte für unsere Kunden.
- Wir hören unseren Kunden zu und erfüllen ihre Anforderungen.
- Wir messen uns am Erfolg unserer Kunden durch unsere Produkte und Dienstleistungen.“



Prof. Lerchenmüller und Dr. Schulte-Altedor-neburg.

Verlässlichkeit und Partnerschaftlichkeit im Umgang mit dem Kunden sowie ein hoher Anspruch an die eigene Qualität sind die Werte, die hinter diesen Punkten stehen. Ihr Stellenwert entspricht exakt den Ergebnissen der zuvor erwähnten Befragung von Booz Allen Hamilton. Unter Werten werden hier strategische Unternehmensziele im engeren Sinn verstanden, die in der vorliegenden Formulierung gleichzeitig als Forderung an die Leitungsfähigkeit und -bereitschaft der eigenen Mitarbeiter zu verstehen sind.

2. Verantwortung „... gegenüber dem Kapitalgeber

- Wir setzen uns attraktive Renditeziele.
- Wir bauen unsere marktführende Position in den Kerngeschäften gezielt aus.
- Wir sichern unseren Erfolg von morgen durch Forschung und Entwicklung von heute.“

Anders als in der Befragung von Booz Allen Hamilton steht der Shareholder Value an zweiter Stelle: Die ehrgeizigen Zielsetzungen für das unternehmerische Handeln fungieren dabei nicht nur als Signal an die Kapitalgeber, sondern auch als eine Art Selbstverpflichtung, d. h. als Ansporn und Forderung an die Mitarbeiter. Will man an dieser Stelle von Werten sprechen, so sind es „streng“ ökonomisch zu verstehende Handlungsmaximen. Hinzu tritt darüber hinaus erstmals ein Aspekt der „Wissensgemeinschaft Unternehmen“: Forschung und Entwicklung als Motor des Erfolges zu bezeichnen, ist zwar im Falle eines Maschinen- und Anlagenbauers nicht überraschend, weist aber über das eigentliche Geschäftsfeld hinaus auf die Rolle der Unterneh-

men als maßgebliche Garanten für die Innovationsfähigkeit hierzulande⁵.

3. Verantwortung „... gegenüber dem Mitarbeiter

- Wir sorgen für eine zeitgemäße Führungskultur.
- Wir fördern das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter als wichtigste Ressource.
- Wir pflegen Fairness, Toleranz und Chancengleichheit.“

In diesem Punkt legt die MAN-Gruppe ein klares Bekenntnis zur Wertegemeinschaft ab: Respekt, Vertrauen, kooperativer Umgang, Chancengleichheit in Führung und Zusammenarbeit sind die Werte und Haltungen, die im Unternehmen gelten bzw. gelten sollen – als Signal an die Unternehmensumwelt ebenso wie als Anspruch an alle Mitarbeiter.

Auch die Erklärung zur „Wissensgemeinschaft Unternehmen“ ist eindeutig: Die Betonung auf der Absicht, die Ressource Wissen zu fördern, impliziert, dass die Qualifikation der Mitarbeiter nicht nur als wichtiges Gut erkannt, sondern deren Weiterentwicklung aktiv betrieben wird.

4. Verantwortung „... gegenüber der Gesellschaft

- Wir sichern uns die gesellschaftliche Akzeptanz.
- Wir orientieren uns an den Prinzipien der Nachhaltigkeit.
- Wir achten die Würde des Menschen.“

Die Sicherung gesellschaftlicher Akzeptanz umfasst im vorliegenden Fall über die Erbringung der unternehmerischen Leistung, also über die Lösung eines Knappheitsproblems und die damit verbundene Bereitstellung von Arbeitsplätzen hinaus auch die Wahrnehmung der gesellschaftlichen oder sozialen Verantwortung. Dies umfasst zum einen die Verantwortung für die Mitarbeiter und den nachhaltigen Umgang mit den knappen Ressourcen in der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen; zum anderen bezieht es sich auf das Selbstverständnis des Unternehmens als aktiver Bürger und das daraus resultierende Engagement (Stichwort: „Corporate Citizenship“). Akzeptanz sichert ferner das Bekenntnis zu den Grundprinzipien der demokratischen Ordnung im Land: Wie die Schlusserklärung nicht

ohne Pathos deutlich macht, versteht sich die „Gemeinschaft Unternehmen“ als Teil der Gesellschaft. Auch in diesem Punkt ergänzen sich die an Kunden und Kapitalgeber gerichtete Botschaft auf der einen und die Motivation der Mitarbeiter auf der anderen Seite.

Wie aber steht es nun mit dem naheliegenden Vorurteil, solche Sätze eignen sich nur zur Imagepflege oder dazu, in Sonntagsreden vor der Belegschaft beschworen zu werden?

IV. Konkretisierung

Solche abstrakt anmutenden Leitlinien, wie sie von den befragten Vorständen und in den Leitbildern für das Handeln im Betrieb sowie im Austausch mit der Unternehmensumwelt („stakeholder“) bejaht und gewünscht werden, zu formulieren und ihre Wichtigkeit zu bestätigen, ist das eine – eine tatsächlich wertschaffende Umsetzung im Leistungserstellungsprozess auch zu erreichen, ist das andere: In der erwähnten Befragung von Booz Allen Hamilton gaben lediglich 4 % der befragten Vorstände an, ihr Unternehmen lebe den Wertekodex auch tatsächlich „in vollem Maß“⁶. Das wirft die Frage nach den Möglichkeiten und Schwierigkeiten in der Umsetzung auf:

- Welche Aspekte der Wissens- und Wertegemeinschaft sind im Tagesgeschäft tatsächlich relevant?
- Welche Anforderungen werden dabei an die handelnden Personen gestellt?

Der Deutlichkeit halber sollen dazu die Wissens- und die Wertegemeinschaft sowie ihre jeweils wichtigsten Charakteristika getrennt betrachtet werden.

Wissensgemeinschaft Unternehmen

Zwei kaum zu trennende Aspekte spielen eine wichtige Rolle für die Wissensgemeinschaft Unternehmen und ihr Funktionieren: Information und Wissen.

a) Information

Die die Wissensgesellschaft charakterisierende Informationsflut und die durch den Fortschritt in der Informationstechnik allgegenwärtige Verfügbarkeit der Informationen stellen hohe Anforderungen an die Fähigkeit, mit Informationen „richtig“ umzugehen. Informationsmanagement nicht nur im Unternehmen impliziert die Fähigkeit, Informationen

- effizient und effektiv zu beschaffen und
- anhand valider Selektionskriterien auswählen, auswerten und zielgerichtet aufbereiten zu können.

Das schließt die Beherrschung von Informationsverarbeitungssystemen ein.

b) Wissen

Wissen im Unternehmen umfasst im Wesentlichen drei Aspekte:

- Die Fachkenntnisse

Die wichtigste Voraussetzung für die Besetzung bzw. Bekleidung einer qualifizierten Stelle im Unternehmen ist und bleibt die fachliche Qualifikation des (potentiellen) Stelleninhabers, verbunden mit der Befähigung und der Bereitschaft, diese fachlichen Kenntnisse kontinuierlich zu aktualisieren und zu erweitern.

- Methodenwissen/Lernvermögen

Selbständiges Arbeiten und verantwortliches Entscheiden erfordert die Fähigkeit und Fertigkeit, sich Sachverhalte methodisch erschließen und sie nach sachadäquaten Kriterien beurteilen zu können. Dazu müssen entsprechende Methoden und Lernstrategien in der Schule, in der Ausbildung oder im Studium anhand praxisnaher oder -relevanter Problemstellungen gezielt vermittelt werden.

- Wissensmanagement

Die Fähigkeit jedes einzelnen Mitarbeiters, Informationen, Wissen oder Erfahrungen aufzubereiten und verfügbar zu machen, verfügbares Wissen (aus Datenbanken, von Ansprechpartnern) abrufen, auswählen und weiterverwenden zu können, ist die Grundlage für organisationales Lernen. Es setzt einen sicheren und selbständigen Umgang mit den unternehmensrelevanten Informationen ebenso voraus wie die Beherrschung der dazu notwendigen Instrumente (Datenbanken). Hinzu kommt der Aspekt der Verantwortung für das verfügbare und erworbene Wissen, und zwar zum einen im Blick auf die Sicherstellung des Informations- und Wissensflusses im Unternehmen, dessen – willentliche oder unwillentliche – Unterbrechung im Unternehmen Arbeitsprozesse massiv schädigen kann; zum anderen ist der Mitarbeiter im Unternehmen gefordert, sein Wissen, seine Forschungen oder Aufträge nicht nur nach unternehmensspezifi-

schen, sondern auch nach übergeordneten, z. B. ethischen Gesichtspunkten beurteilen und dieses Urteil begründet vertreten zu können.

In den genannten Punkten haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Reihe von Defiziten ausgemacht, die sich ihrer Ansicht nach aus der als zu fachzentriert, zu langwierig und zu wenig kompetenz- wie praxisorientiert empfundenen Ausbildung besonders der (hoch)qualifizierten Fachkräfte ergeben. Konkrete Mängel wurden etwa in der Beherrschung von Arbeitstechniken und Methoden, wie Präsentationstechniken, PC-Umgang oder Rhetorik, Defizite bei den ökonomischen Grundkenntnissen, in den Fremdsprachen und in der Muttersprache sowie in der Ausprägung des Urteilsvermögens identifiziert.

Die Unternehmen stehen damit vor der notwendigen Aufgabe, mehr oder weniger unerwartete Defizite ausgleichen zu „dürfen“. Sie tun dies z. B. im Rahmen von Traineeprogrammen, innerhalb derer nicht nur das optimale Einsatzgebiet eruiert, sondern auch der „normale“ Arbeitsablauf eingeübt und damit der „Praxischock“ abgebaut wird. Ein weiterer Weg ist die unternehmensinterne Weiterbildung oder die Fort- und Weiterbildung in Seminaren und Aufbaustudiengängen. Dass die Unternehmen diesen Teil ihrer sozialen Verantwortung ernst nehmen, zeigt sich beispielsweise daran, dass sie im Jahr 2001 allein 17 Mrd. in die betriebliche Fort- und Weiterbildung investiert haben. Die Unternehmen haben den Bedarf also erkannt und fragen entsprechende Angebote nach – und hier sind nun die Hochschulen gefordert, auf der Grundlage ihrer vorhandenen Infrastruktur und ihrer personellen Ressourcen Weiterbildungsangebote zu konzipieren und auf diesem Weg sowohl ihr wissenschaftliches Renommee als auch ihre Finanzierungsgrundlage zu erweitern.⁷

Eine besondere Bedeutung innerhalb der „Wissensgemeinschaft Unternehmen“ kommt dem Bereich der Ausbildung im dualen System zu. In Kooperation mit den berufsbildenden Schulen qualifizierte Nachwuchskräfte auszubilden, sichert den Unternehmen einerseits Wettbewerbsvorteile und minimiert hohe Fluktuationsraten sowie langwierige und teure Einarbeitungszeiten; andererseits nehmen sie damit ihre gesellschaftliche Verantwort-

ung wahr, und zwar in weitaus höherem Maß, als dies bekannt ist: Denn während öffentlichkeitswirksam darüber diskutiert wird, dass 30 % aller Betriebe bundesweit ausbilden (Stand von 2001), ist wenig bekannt, dass demgegenüber immerhin gut 55 % aller ausbildungsberechtigten Unternehmen dieser Aufgabe nachkommen (2001). Derzeit befinden sich rund 1,6 Mio. Jugendliche in Ausbildung, für die die Unternehmen in 2002 rund 28 Mrd. (brutto) ausgegeben haben.

Die teilweise mangelnde Bereitschaft der Unternehmen, überhaupt oder gar über Bedarf auszubilden, liegt neben einer Reihe institutioneller, ökonomischer und tarifrechtlicher Probleme nicht zuletzt auch in den Defiziten der Auszubildenden in puncto Schulbildung und Ausbildungsfähigkeit (siehe PISA) begründet: Um die künftigen Azubis im Lesen, Schreiben und Rechnen auf das für eine erfolgreiche Ausbildung erforderliche Mindestniveau zu bringen, sind die Unternehmen heute vielfach gefordert, die nicht erbrachte Leistung der Schule beispielsweise durch kosten- und zeitintensive Maßnahmen, wie z. B. durch die Einrichtung von Förderklassen, zu kompensieren – eine zwar notwendige und für die Jugendlichen sehr hilfreiche Initiative, aber wohl kaum eine Kernaufgabe der Betriebe ...

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die „Wissensgemeinschaft Unternehmen“ zu ihrem Funktionieren voraussetzt, dass die tätigen wie die potentiellen Mitarbeiter

1. eine sowohl ausreichende als auch praxisorientierte fachliche Qualifikation mitbringen,
2. in der Lage und willens sind, lebenslang zu lernen, und
3. über methodisches Wissen verfügen, das es ihnen ermöglicht, Informationen auswählen, bewerten, verarbeiten und weitergeben zu können.

Wertegemeinschaft Unternehmen

Wie zuvor gezeigt, wird die „Wertegemeinschaft Unternehmen“ von Werthaltungen und Tugenden aus dem Gesamt der gesellschaftlich anerkannten Normen bestimmt, denen für ein Unternehmen intern wie extern besondere Bedeutung zukommt, d. h. die letztlich zum Funktionieren des Systems maßgeblich beitragen. Dabei

lassen sich eine unternehmensinterne und eine unternehmensexterne Ebene unterscheiden.

a) Unternehmensintern:

Werte, Tugenden und Haltungen bestimmen sowohl das Führungsverhalten als auch die Art der Zusammenarbeit unter den Mitarbeitern oder Abteilungen – in jedem Fall, ob nun bewusst oder unbewusst, ob in einer gewollten oder ungewollten Weise. Wie eingangs gesagt, besteht die spezifische Leistung der Unternehmenskultur gerade darin, die Zusammenarbeit im Betrieb überhaupt erst zu ermöglichen und so einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung des Betriebszwecks sowie letztlich der strategischen Unternehmensziele zu leisten.

Sich dabei – wie z. B. die MAN-Gruppe – explizit dem „ehren“ Ziel, die Menschenwürde zu achten, verpflichtet zu



wissen, scheint nur auf den ersten Blick abstrakt und weit weg vom betrieblichen Alltag. Versteht man diese Achtung vor der Menschenwürde als gelebten Respekt vor dem Anderen, ergibt sich daraus eine Reihe von handfesten Haltungen und Tugenden, die für das Miteinander im Unternehmen unverzichtbar sind. Denn Respekt ist unbestritten die Grundlage für

- **Zuverlässigkeit** im Umgang mit anderen: Nur auf dieser Basis können Arbeitsprozesse funktionieren, gerade wenn „just in time“ gearbeitet wird.
- **Rücksichtnahme**: Hier seien allein Pünktlichkeit und Höflichkeit im Umgang genannt, deren Beherrschung kein Selbstzweck ist, sondern den Respekt vor dem Anderen ausdrückt.
- **Verantwortungsbewusstsein/Umsicht**: Unvorsichtigkeit, z. B. beim

Umgang mit Gefahrstoffen in der Produktion, gefährdet möglicherweise andere Mitarbeiter.

- **Teamorientierung**: Angesichts der mittlerweile üblichen Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und der Flexibilisierung der Arbeitsabläufe ist Kooperationsfähigkeit eine der gefragtesten Sozialkompetenzen. Dies schließt Konflikt- und Kompromissfähigkeit ein.
- **Loyalität und Vertrauen**.
- **Toleranz**: Die Ermöglichung des Miteinanders verschiedener Lebensentwürfe, Altersgruppen und Kulturen im Unternehmen bzw. unter den Mitarbeitern ist für die Zusammenarbeit unverzichtbar. In vielen, vor allem großen Unternehmen steht die Aufgabe eines aktiven „Diversity Managements“ mittlerweile im Fokus vor allem der Personalentwicklung.

Hinzu treten Fähigkeiten und Haltungen, die man unter dem Begriff des unternehmerischen Denkens subsumiert, wie Selbstständigkeit, Orientierungsvermögen (nach fachlichen, persönlichen und ethischen Kriterien) und Entscheidungsfreude.

Welche Bedeutung diese Werte unternehmensintern und damit letztlich auch für die Unternehmensumwelt haben, zeigt das Beispiel der Raumfähre Columbia. Nach ihrem Absturz am 1. Februar 2003 schrieb die Zeitung DIE WELT am 29. August 2003 im Rahmen der Berichterstattung zur Ursachensuche bei der NASA: „Als Konsequenz aus dem Absturz der Raumfähre Columbia will NASA-Chef Sean O’Keefe die Unternehmenskultur der US-Raumfahrtbehörde von Grund auf erneuern. Im Abschlussbericht der Untersuchungskommission wurde der NASA mangelndes Risikobewusstsein und fehlende Zivilcourage der Mitarbeiter vorgehalten.“

Auch innerhalb der Ausbildung im dualen System stehen die Unternehmen bereits seit geraumer Zeit vor dem Problem, dass sie (auch) die Beherrschung dieser sozialen Kompetenzen und ein Bewusstsein für die dahinterstehenden Wertehaltungen bei den Schulabgängern im Grunde nicht mehr voraussetzen können. Es fehlt oft an der Kenntnis schon der einfachsten Regeln des Zusammenlebens und -arbeitens, und auch Selbstständigkeit

und Verantwortungsbewusstsein lassen zu wünschen übrig. Dies kann so weit gehen, dass die Zusammenarbeit mit dem Auszubildenden oder dem Mitarbeiter unmöglich und die Trennung unvermeidbar wird. Nicht wenige Betriebe haben sogar den Eindruck, dass Jugendliche bei ihnen überhaupt zum ersten Mal so etwas wie Regeln und Werte kennenlernen und erst im Unternehmen sozial integriert werden. Die Betriebe erfüllen zwar auch diese Aufgabe und leisten darüber hinaus einen kaum zu unterschätzenden Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, ihre eigentliche Zuständigkeit ist dies allerdings nicht: Es sei an dieser Stelle ausdrücklich an den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Eltern und der Schule erinnert, den es im gemeinsamen Bemühen aller Beteiligten zu stärken gilt.⁸

Hier schließt sich die Frage an, wie Werte im Unternehmen vermittelt und dauerhaft verankert werden können: Eine gelebte wie auch eine gewünschte Unternehmenskultur ist elementar angewiesen auf die beispielhafte Umsetzung der als zielführend erkannten und der Corporate Identity entsprechenden Werthaltungen; die Möglichkeit und die Bereitschaft, das Leitbild anzuerkennen und umzusetzen, muss vor allem seitens der Führungskräfte vorgelebt werden, um eine Etablierung im Unternehmensalltag zu erreichen⁹. Im Rahmen der beruflichen Bildung können neben die selbstverständliche Vorbildrolle des Ausbilders weitere Akzeptanz schaffende Strategien treten, wie z. B. die Bildung von Azubi-Gruppen mit dem Auftrag, gemeinsam die Werte zu erarbeiten, die für ein reibungsloses Miteinander in der Ausbildung unerlässlich sind.

b) Unternehmensextern:

Die externe Wirkung der „Wertegemeinschaft Unternehmen“ bezieht sich sowohl auf die Weise, wie das Unternehmen wahrgenommen wird und welches Bild geprägt wird, als auch auf die Art des Umgangs mit der Unternehmensumwelt. Für den Kunden ebenso wie für den Kapitalgeber schaffen gelebte Verlässlichkeit, Transparenz, Serviceorientierung und Leistung Vertrauen in das Unternehmen und generieren so einen Wettbewerbsvorteil. Gleiches gilt für einen konsequent wertorientierten Umgang mit den Lieferanten, der im Blick auf das

Image des Unternehmens unter Umständen von entscheidender Bedeutung sein kann: Nicht nur Zuverlässigkeit und Fairness im Austausch von Gütern bzw. Leistungen sind hier gemeint, sondern auch etwa die Entscheidung eines Unternehmens, seine Zulieferer beispielsweise im Blick auf Arbeitsbedingungen und Umweltschutz zur Einhaltung bestimmter Standards anzuhalten. Der überzeugte und überzeugende Einsatz für Nachhaltigkeit liefert nicht nur die gewünschte Wirkung, sondern auch einen Imagegewinn und dadurch Wettbewerbsvorteile.

Entscheidend im Blick auf die unternehmensexterne Wirkung der „Wertegemeinschaft Unternehmen“ sind Art und Ausmaß der Wahrnehmung sozialer Verantwortung durch die Unternehmen, und zwar

- als Arbeitgeber und
- als „Corporate Citizen“.

Die genuine soziale Verantwortung der Arbeitgeber liegt zunächst einmal schlicht in der Erbringung ihrer spezifischen Leistung und in der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen. In diesem Zusammenhang sei an das Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (1997) erinnert: „Unternehmer, die sich mit ihrem Kapitaleinsatz und ihrer Entscheidungsfreude den Risiken des Wettbewerbs aussetzen und dabei Arbeitsplätze und Güter schaffen, verdienen auch unter ethischen Gesichtspunkten hohe Anerkennung“¹⁰.

Ferner betrifft diese Verpflichtung der Arbeitgeber auch die verantwortliche Gestaltung des Arbeitsablaufes. Dies beinhaltet eine aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Chancengleichheit, mit der in einem Unternehmen gerade angesichts der Globalisierung selbstverständlich gewordenen individuellen Vielfalt der Mitarbeiter („Diversity Management“), mit den Problemen des Arbeitsschutzes und nicht zuletzt mit den Erfordernissen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Antworten der Unternehmen auf diese Herausforderungen reichen von der gezielten Einrichtung entsprechender Stabsstellen über die Etablierung flexibler Arbeitszeitmodelle bis zur Beteiligung an oder der Einrichtung von Betreuungs- bzw. Serviceeinrichtungen. Natürlich fallen auch das Engagement in der beruflichen Bildung und

die Investition in die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter unter die soziale Verantwortung der Unternehmen.

Über dieses verantwortliche Handeln als Arbeitgeber hinaus verdient das Engagement vieler Unternehmen als aktive Bürger besondere Beachtung: Unter den Bezeichnungen „Corporate Citizenship“ oder „Corporate Social Responsibility“ lässt sich eine Fülle von Aktivitäten fassen, die allerdings kaum – und wenn, dann vielfach negativ – wahrgenommen werden.

„Corporate Citizenship“ bezeichnet das Selbstverständnis von Unternehmen, die sich als „gute Bürger“ verstehen und sich für das Gemeinwohl engagieren. Zu den ergriffenen Maßnahmen gehören alle von Unternehmen einmalig oder längerfristig erbrachten Leistungen zum Nutzen für die Gesellschaft auf lokaler, regionaler oder globaler Ebene, die außerhalb ihres eigentlichen Geschäftsfeldes liegen¹¹.

Der Nutzen trifft alle Beteiligten und umfasst z. B.

- Umweltschutz (Klimaschutz; sparsamer, schonender Ressourceneinsatz)
- Forschung und Wissen (Drittmittel; Stiftungsprofessuren; Kooperationen mit Hochschulen und Forschungsinstituten; Finanzierung von FuE in Deutschland: Verhältnis der Finanzierung: Staat zu Wirtschaft 1/3 zu 2/3)
- Bildung: Kindergarten/Schule (finanzielle, personelle Unterstützung; Verzahnung von Bildung und Arbeitswelt z. B. durch die Arbeit des Netzwerkes „SchuleWirtschaft“)
- Kultur (in allen Sparten: Sponsoring von Wettbewerben, Aufführungen, Ausstellungen, Tourneen, Fernsehübertragungen)
- Sport (finanzielle Unterstützung der Vereinsarbeit (gerade auf lokaler Ebene wichtig: Unterstützung des Sozialisationsprozesses Jugendlicher); Sponsoring von Wettbewerben und deren Übertragung)
- Soziale Einrichtungen (finanzielle Unterstützung; personelle Hilfe und zugleich Personalentwicklung: z. B. Führungskräfte zeitweilig in der Sozialarbeit (Corporate Volunteering)).

Fazit

Um als Unternehmen glaubhaft zu sein, kommt es darauf an, dass keine

Widersprüche zwischen der dargestellten und der gelebten Verantwortungs- oder Werte- und Wissensgemeinschaft entstehen. Das setzt voraus, dass die das Verhalten prägenden Leitlinien umsetzbar sind und seitens des Managements auf allen Ebenen vorgelebt werden. Dies wiederum basiert vor allem auf Erkenntnisfähigkeit, Motivation, Lernbereitschaft und Lernvermögen sowie auf sozialen Kompetenzen – Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen, die nicht erst im Unternehmen vermittelt werden können, sondern Teil der Erziehung und der vorangehenden Bildungsbiographie sein müssen. Vor diesem Hintergrund kommt der Schnittstelle Ausbildungssystem – Wirtschaft und einem Austausch bzw. Abgleich der Erwartungen beider Seiten an die jeweils andere eine große Bedeutung zu. Hier gibt es noch sehr viel zu tun.

1 *Suum cuique.*

2 Booz Allen Hamilton, „Werte schaffen Wert“, Juli 2003.

3 Vgl. zu diesem Thema das „Grundbuch“ von A. Habisch, *Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland*, Berlin/Heidelberg/New York 2003.

4 Siehe unter <http://www.man.de>.

5 Vgl. dazu etwa den Bericht des BMBF (Hg.), *Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002*, Bonn 2003, 37 ff.

6 Wie Anm. 2, S. 10.

7 Dazu genauer BDA, DIHK und HRK, *Weiterbildung durch Hochschulen. Gemeinsame Empfehlungen*, Berlin 2003, sowie BDA und HRK, *Wegweiser der Wissensgesellschaft. Zur Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen*, Berlin 2003. Beide Publikationen sind via E-Mail unter Abt_05@bda-online.de kostenlos zu beziehen.

8 Vgl. dazu das Positionspapier der BDA, *Bildungsauftrag Werteerziehung. Selbstständig denken, verantwortlich handeln*, Berlin 2002 (Bezugsquelle wie unter Anm. 7).

9 Vgl. das entsprechende Ergebnis in der unter Anm. 2 genannten Studie: Auf die Frage, welche „Verankerungsmechanismen“ das „Leben“ von Werten am besten förderten, antworteten 50 % der 150 Befragten, es seien die Eigenschaften des Topmanagements (siehe S. 14, Abb. 13).

10 Kirchenamt der EKD in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*, 1997, Ziffer 142.

11 Siehe dazu das Engagement der Initiative „Freiheit und Verantwortung“ – getragen von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Zeitschrift *Wirtschaftwoche* –, die gute Beispiele auf dem Gebiet der „Corporate Social Responsibility“ bekannt machen und zur Nachahmung solcher Aktivitäten beitragen will (www.freiheit-und-verantwortung.de).

Rektorenkonferenz der
Fachhochschulen in Baden-
Württemberg (RKF)

Die Haushaltssituation der Fachhochschulen in Baden-Württemberg

Resolution vom 19. Januar 2004

Situation

Die Studierendenzahl im Fachhochschulbereich des Landes wurde entsprechend der Zielsetzung der Landesregierung in den letzten Jahren auf über 30 % der Studierendenzahl aller Hochschulen gesteigert. Diese Entwicklung hat den Standort Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Wettbewerb nachhaltig gestärkt. Demgegenüber sind die Sachmittel für Lehre und Forschung an den Fachhochschulen etwa im gleichen Zeitraum um 1/3 verringert worden. Die verbliebenen Mittel wurden jetzt in einem weiteren dramatischen Einschnitt nochmals um mehr als 50 % gekürzt. Zusätzlich sind innerhalb der nächsten fünf Jahre 50 Mitarbeiterstellen einzusparen.

Diese Maßnahmen stellen eine existenzielle Gefährdung des Fachhochschulbereiches dar, in deren Folge für den Arbeitsmarkt nicht mehr ausreichend viele, qualifizierte Absolventen ausgebildet werden können. Hierin sieht die RKF eine Bedrohung der dringend benötigten Innovationskraft des Landes.

Die Rektorenkonferenz der baden-württembergischen Fachhochschulen weist die Politik nachdrücklich auf ihre Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit des Landes hin und fordert die Korrektur dieser Kürzungsbeschlüsse. Sie gibt zu bedenken, dass zwar rund ein Drittel der Studierenden Baden-Württembergs an den Fachhochschulen eingeschrieben sind, alle 23 staatlichen Fachhochschulen des Landes zusammen aber nur Mittel in der Höhe der Haushaltsmittel einer einzelnen Landesuniversität erhalten.

Folgen für die Fachhochschulen des Landes

Die dargestellte Entwicklung bedeutet für die Fachhochschulen im Einzelnen, dass

- keine Investitionen im Lehrbetrieb (Labore, Werkstätten, CAD-Labore) und im Bereich der Rechenzentren

(Arbeitsplatz-PC, PC-Pools) getätigt werden können. Für die kommenden Haushaltsjahre wird sich ein Investitionsstau aufbauen, der – wenn überhaupt – nur sehr schwer abzubauen sein dürfte;

- hausinterne Stellenbesetzungssperren bei Professorenstellen und Stellen im infrastrukturellen Bereich erforderlich sind, um die einzusparende Finanzmasse zu erwirtschaften mit entsprechenden Konsequenzen für das Lehrangebot;
- die Ausgabereise 2003 durch die Kürzungsmaßnahmen aufgezehrt werden und damit alle mittelfristigen Finanzplanungen für Reinvestitionen zunichte gemacht werden, aber auch die Ernsthaftigkeit des politischen Willens, den Hochschulen gewisse Finanzautonomie zuzugestehen, sehr zweifelhaft wird.

Darüber hinaus sind bei den Fachhochschulen zusätzliche umfangreiche Einsparmaßnahmen im Bereich der disponiblen Personal- und Sachausgaben mit schwerwiegenden Folgen notwendig:

- Einsparungen bei mittelfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen (auslaufende Beschäftigungsverhältnisse können nicht mehr verlängert werden). Insbesondere im Bereich der Assistenten/innen sowie der Laboringenieure wird dies zu personellen Engpässen und damit zu einer geringeren Betreuung in studentischen Übungen und bei der Unterstützung der Professoren/innen in Lehre und Forschung führen;
- Mittel für Lehraufträge für Pflicht- und Wahlpflichtfächer werden bis zu 50 v.H. gekürzt werden müssen. Teilweise können Lehrveranstaltungen abweichend von den Studienplänen auch nicht mehr jedes Semester, sondern nur noch einmal jährlich angeboten werden, woraus

Studienzeitverlängerungen folgen;

- für die Beschäftigung studentischer Hilfskräfte zur Unterstützung der Professoren/innen im administrativen Bereich sowie in der Lehre und Forschung stehen im Haushaltsjahr 2004 den Hochschulen praktisch keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung mit entsprechenden Folgen für das „Kerngeschäft“ der Fachhochschulen, die Lehre;
- bereits zum Sommersemester 2004 können Studiengänge, die bisher vollzünftig angeboten wurden, nur noch halbzünftig angeboten werden, wodurch die Zahl der Studienanfänger sinkt;
- Vertiefungsrichtungen und Schwerpunktfächer in einzelnen Studiengängen werden gestrichen und damit Profilbildung der Hochschulen und der Studierenden deutlich eingeschränkt;
- Lehraufträge bei Zusatzfächern werden praktisch vollständig gestrichen, die häufig dort stattfindende Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wird gefährdet. Im Bereich der Fremdsprachen (u.a. französisch, spanisch, italienisch) ist ebenfalls mit deutlichen Kürzungen zu rechnen;
- Maßnahmen in den Medienentwicklungsplänen, die für das Jahr 2004 vorgesehen waren, können nicht mehr finanziert werden: damit wird das Ziel, die Lehre auch im Hinblick auf den Einsatz neuer Medien intensiv weiter zu entwickeln, konterkariert;
- im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit muss der Besuch von Messen und die Herstellung von Informationsmaterialien deutlich eingeschränkt werden, was sich insbesondere auf das gewünschte „Auslandsmarketing“ negativ auswirken wird;
- gravierende Einschränkungen sind auch bei den Fortbildungsmaßnahmen

REFORMIEREN DURCH SPAREN?

men für Assistenten/innen sowie bei Professoren/innen beim Besuch von Messen, Kongressen und Fachtagungen unvermeidbar;

- Fortbildungssemester für Professoren/innen können mangels ausreichender Mittel für Ersatzlehraufträge nur noch eingeschränkt genehmigt werden, womit ein wichtige Möglichkeit der Aktualisierung der Lehre beschränkt wird;
- die Betriebsmittel für zentrale Einrichtungen (Bibliothek, Rechenzentrum und Auslandsamt) werden teilweise zwischen 30 und 40 v.H. gekürzt. Dies hat folgende Auswirkungen:
 - die Zeitschriften- und Literaturbeschaffung wird deutlich zurückgefahren,
 - die Öffnungszeiten der Bibliothek müssen erheblich verringert werden – fehlende Aktualität und Studienzzeitverlängerung
 - Software-Updates werden ausgesetzt – mangelnde Modernität;
 - im Bereich der Netzwerksicherheit und der Datensicherheit ist mit Einschränkungen zu rechnen – Nutzungsbeschränkungen;

- im Bereich der Lehre stehen Betriebsmittel für die Labore ebenfalls nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Rund ein Fünftel der Labore wird nicht mehr in vollem Umfang einsatzfähig sein – Studienzzeitverlängerungen;
- im Bereich des Auslandsamtes muss aufgrund der fehlenden Mittel die Betreuung ausländischer Studierender zurückgefahren werden, Kontakte zu ausländischen Partnerinstitutionen müssen wegen fehlender Reisekosten eingeschränkt werden bzw. können nicht mehr mit der notwendigen Intensität durchgeführt werden – Provinzialität.

Konsequenzen für die Entwicklung der baden-württembergischen Fachhochschulen

Die Fachhochschulen in Baden-Württemberg haben sich im nationalen und globalen Wettbewerb der Hochschulen gut positioniert und bei den Unternehmen sowie bei der jungen Generation eine hervorragende Akzeptanz erreicht. Bei Evaluationen und Rankings wurden bislang immer vorderste Plätze belegt.

Die geschilderte Haushaltsentwicklung der letzten Jahre, die sich durch weitere, noch gravierendere Einschnit-

te für das Jahr 2004 dramatisch zuge-spitzt hat, führt dazu, dass

- an den Fachhochschulen des Landes Baden-Württemberg die Qualität von Lehre und Forschung nicht mehr zu gewährleisten sein wird und
- sie in den laufenden Veränderungsprozessen im Hochschulbereich nicht mehr mithalten können.

Damit wird die umfangreiche Aufbau- und Ausbauarbeit des Landes im Fachhochschulbereich in den letzten 30 Jahren nicht nur gefährdet, sondern ein Hochschulsystem, das auch international aufgrund seines anwendungsorientierten Profils in Lehre, Forschung und Technologietransfer hohe Anerkennung gefunden hat, nachhaltig geschädigt.

Die baden-württembergische Wirtschaft wird von den Innovationen mittelständischer Unternehmen getragen, die insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen angewiesen sind. Wenn die vorgesehenen Einsparungen Erfolg und Bestand der Fachhochschulen im dargestellten Ausmaß gefährden, hat dies für die Qualität des Standortes Baden-Württemberg und die Innovationskraft des Landes dramatische Auswirkungen, die wir als Rektoren der baden-württembergischen Fachhochschulen nicht verantworten können.

Das Land, das Geld und die Fachhochschulen

Wegen der insbesondere den Fachhochschulen auferlegten Sparzwänge hatte der vhw Baden-Württemberg bereits die Jahreshauptversammlung 2003 unter das Motto gestellt: „Das Land, das Geld und die Fachhochschulen“. Die Umsetzung der Reformvorhaben der Landesregierung, in erster Linie die Dienstrechtsreform, hatte zu überaus kritischen Debatten mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen sowie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen in Baden-Württemberg (RKF) geführt.

Die unerträglich schwierige Haushaltssituation überschattete auch das 50-jährige Jubiläum des vhw Baden-Württemberg, das am 7. November 2003 an der Fachhochschule Pforzheim begangen wurde. Trotz

des optimistisch stimmenden Mottos „Zukunftsszenarien für die Hochschul-landschaft“ waren die Prognosen angesichts der realistischen Perspektiven für die nächsten Jahre erheblich gedämpft. Die Ausführungen des Landesvorsitzenden Prof. Lerchenmüller („Die Zukunft“, SS. 47–51) spiegeln dies deutlich wider. Dennoch entwickelten die prominenten Referentinnen und Referenten in ihren Kurzvorträgen bei der Festveranstaltung kreative und zum Teil überraschende Visionen:

- Als künftige gesellschaftliche Aufgabe der Hochschulen wurde gefordert, dass diese zu Orten des lebenslangen Lernens werden müssten. Die Positionierung zwischen Schule und Beruf werde abgelöst durch die Funktion der permanenten, altersunabhängigen Weiterbildung.

- Die klassische klare Gliederung des Hochschulsystems werde aufgeweicht. Durch Spezialisierung und erhöhten Anwendungsbezug bei den Universitäten und durch Erweiterung des Fächerspektrums der Fachhochschulen entstehe eine tertiäre Bildungslandschaft, in der die Hochschulen weniger durch den Hochschultyp (Universität, Fachhochschule), sondern stärker durch selbst gewählte Schwerpunktprofile gekennzeichnet seien.
- Die Hochschulstrukturen glichen sich jenen der Privatwirtschaft an; dies gelte für ihre Leitung und die Art der Entscheidungsprozesse. Das im Hochschulsektor mögliche Spektrum an Rechtsformen erweitere sich. Neben Stiftungen kämen auch in der Wirtschaft übliche Rechtsformen

(AG, GmbH) zur Anwendung. Prognostiziert wird auch die Entstehung von Franchise-Systemen, wie sie heute in der Wirtschaft zum Beispiel bei McDonald's oder bei Obi bestehen. Der sich verschärfende Kostendruck führe zu größeren Einheiten im Fachhochschulbereich und bei den privaten Universitäten. Zu kleine Hochschulen müssten aufgeben bzw. würden verschmolzen.

- Das Erststudium verkürze sich auf rund drei Jahre; Bachelor und Master würden zu Regelabschlüssen. Die Forschung werde künftig stärker von privaten Geldgebern finanziert, wodurch die Abhängigkeit der Hochschulen von privatwirtschaftlichen Interessen zunehme.
- Die Akkreditierung werde zu einem selbstverständlichen Instrument der Qualitätssicherung, Studiengänge ohne internationale Akkreditierung hätten in der Zukunft keine Überlebenschancen mehr.
- Es sei damit zu rechnen, dass die Studierenden eine Eigenbeteili-

gung an den Kosten auch des Erststudiums zu tragen hätten, wodurch sie zu zahlenden Kunden würden, die ihre Forderungen an die Hochschulen deutlicher als bisher artikulierten. Vom „Kundenurteil“ werde der Erfolg der Hochschulen und damit auch die Bezahlung der Hochschullehrerinnen und -lehrer abhängen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden zu Servicekräften.

- Generell nehme die Internationalisierung des Studierens und des Forschens zu. Auslandsphasen im (Erst-)Studium würden zur Regel. Promotionsverfahren für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden nicht mehr an bestimmte Hochschultypen gebunden sein. Das Promotionsrecht wird bei entsprechend ausgewiesenen Studiengängen liegen, die sich hierfür durch spezifische Akkreditierungsverfahren qualifiziert haben. Durch Alumni-Netzwerke stellen die Hochschulen dauerhafte Beziehungen zu ihren Absolventinnen und Absolventen her, worin gleichzeitig eine zusätzliche Finanzquelle für die Hochschulen entstehe.

- Marketing und Controlling würden wie in der Wirtschaft längst üblich zu selbstverständlichen Instrumenten der Steuerung der Hochschulen. Insgesamt müsse das Hochschulmanagement professioneller werden.
- Insgesamt seien also derart gravierende Veränderungen des Hochschulsektors zu erwarten, dass dieser in 15 bis 20 Jahren nur noch geringe Ähnlichkeit mit der heutigen Situation aufweisen werde. Nur jene Hochschulen, die diese Entwicklungen antizipierten und sich an die Spitze des Veränderungsprozesses setzten, würden im tertiären Bildungsbereich überleben können.

Die Beiträge zu der Jahresversammlung 2003 sind in dem grünen Heft Nr. 16 nachzulesen, die Chronik „50 Jahre Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württemberg e.V.“ in dem Jubiläumsheft.

Beide Schriften sind erhältlich über: Landesgeschäftsstelle des vhw – c/o HWLL Nürtingen – Neckarsteige 6–10 – 72622 Nürtingen – Tel. 07022/929-215 oder per E-Mail: schilling@fh-nuertingen.de

Rektorenkonferenz der Fachhochschulen in Baden-Württemberg (RKF)

Zur Notwendigkeit einer zeitweisen Erhöhung des Vergaberahmens im Bereich der Fachhochschulen

Die Fachhochschulen des Landes haben hoffnungsvoll die Umsetzung der Neuregelung zur Professorenbesoldung in Landesrecht erwartet. Leistungsbezogene Besoldung könnte ein wichtiges Element zur weiteren Qualitätssteigerung bei den Leistungen in Lehre, Forschung und Weiterbildung sein. Nachdem nun konkretere Berechnungen vorliegen, ist jedoch absehbar, dass an eine sinnvolle Umsetzung auf Jahre hinaus – anders als bei den Universitäten – nicht gedacht werden kann. Ursache dafür sind

- die sehr homogene Besoldungsstruktur im Fachhochschulbereich bisher ohne Zulagen (anders als bei

den Universitäten mit großer Bandbreite bei der C4-Besoldung) und

- Probleme im Besoldungsreformgesetz, bei dessen Rechenmodell die Notwendigkeit, während einer längeren Übergangsphase beide Besoldungssysteme C und W anwenden zu müssen, zu unzureichenden Beträgen in den Hochschulen für die Vergabe von Leistungsbezügen führt. Diese Situation, die im Folgenden auch an einigen Schaubildern dargestellt wird, könnte nur überwunden werden, wenn das Land – zumindest befristet – in einem gewissen Umfang für den Bereich der Fachhochschulen eine Erhöhung des Besoldungs-

durchschnitts (und damit des Vergaberahmens) vorsehen würde. Der dafür aufzuwendende Betrag ist mit ca. zwei Millionen Euro (in den ersten Jahren, dann mit sinkender Tendenz) überschaubar (weniger als zwei Prozent der Besoldungsausgaben). Dieser Betrag sollte in Anbetracht des damit zu erreichenden Ziels – **echter und schneller Einstieg in die leistungsorientierte Besoldung auch an den Fachhochschulen des Landes** – unbedingt aufgewendet werden.

Warum kommt es zu den besonderen Schwierigkeiten an den Fachhochschulen des Landes? Die neue W-Besoldung der Professoren kennt

REFORMIEREN DURCH SPAREN?

Schaubild 1

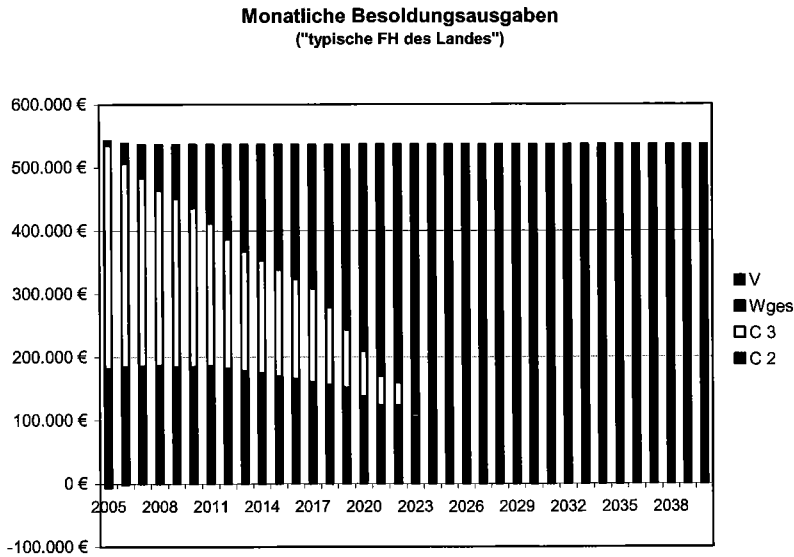


Schaubild 2

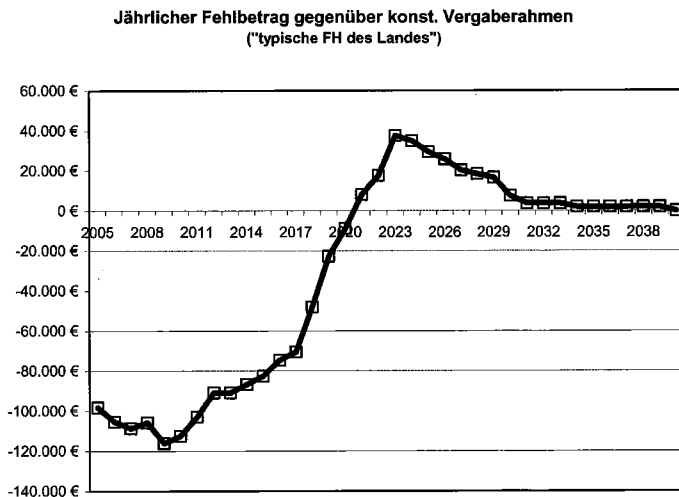
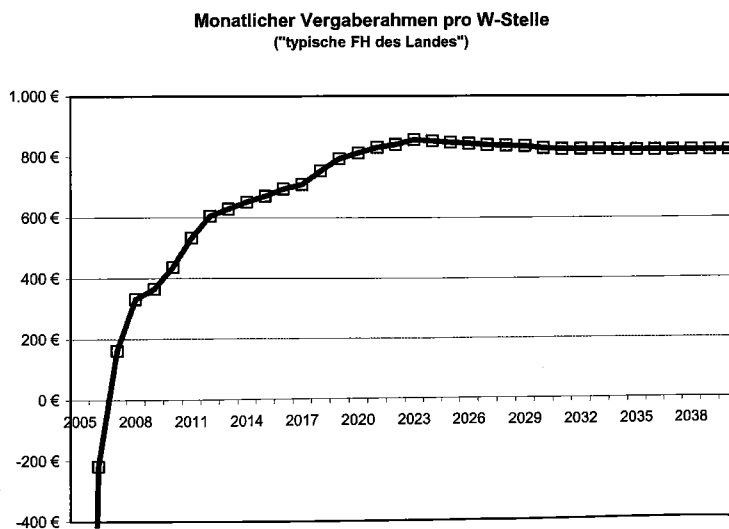


Schaubild 3



keine Alterszulagen mehr, sondern nur noch ein fixes, sich nur mit den allgemeinen Besoldungsanpassungen veränderndes Grundeinkommen. Vereinfacht gesagt, werden Beträge in der Höhe der im Jahr 2001 gezahlten Alterszulagen landesweit in der Zukunft für Leistungszulagen verwendet. Dies sind rechnerisch nach den Zahlen von heute monatlich pro W-Stelle rund 823,- Euro, wenn alle Professoren bereits in der neuen W-Besoldung wären. Das oben dargestellte Problem ergibt sich nun daraus, dass die in der alten C-Besoldung befindlichen Professoren noch auf viele Jahre hinaus nach dem bisherigen Besoldungsrecht bezahlt werden müssen, also auch mit *steigenden* Alterszuschlägen. Nach dem bislang vorliegenden Gesetzesentwurf müssen diese Steigerungen **aus den eigentlich für die Leistungszulagen vorgesehenen Mitteln aufgebracht werden**. Daraus resultiert das eingangs beschriebene Problem, dass die Fachhochschulen faktisch über Jahre nicht wirklich mit der leistungsorientierten Besoldung für neu zu berufende Professoren beginnen können. Dadurch wird für diese auch generell eine sehr viel schlechtere Besoldung als bisher ermöglicht, was mit Sicherheit zu einem großen Wettbewerbsnachteil für die Fachhochschulen um die „besten Köpfe“ führen wird.

Die folgenden Schaubilder verdeutlichen an einer Fachhochschule des Landes, die in ihrer Personalstruktur typisch ist, die Dramatik.

Schaubild 1 zeigt, für welche lange Zeit die bisherige C-Besoldung den Einstieg in leistungsorientierte W-Besoldung nachteilig beeinflusst.

Schaubild 2 zeigt, wie viele Mittel der Beispielhochschule über Jahre fehlen, um bei neuen und freien W-Stellen den Betrag von monatlich 823,- Euro pro W-Stelle als Zulage (für Funktionen und Leistung) einsetzen zu können (Null-Linie). Über vierzehn Jahre fehlen zwischen 20.000,- und rund 120.000,- Euro pro Jahr! Das Schaubild macht auch deutlich, für welchen Zeitraum gegebenenfalls über eine durch Gesetz festgelegte Erhöhung des Vergaberahmens ein Ausgleich geschaffen werden könnte.

Schaubild 3 zeigt die Entwicklung des Vergaberahmens selbst und macht deutlich, welche Beträge für Funktions- und Leistungszulagen real zur Verfügung stehen werden.

REFORMIEREN DURCH SPAREN?

Zusammenfassend ist festzuhalten:

Die bisher geplante Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes in baden-württembergisches Landesrecht würde bedeuten, dass das Ansteigen der Dienstsalterstufen in der noch neben der neuen W-Besoldung über längere Zeit fortlaufenden C-Besoldungsstruktur faktisch aus den Mitteln bezahlt werden müsste, die nach dem Gesetz in die neue W-Besoldung fließen sollten. Damit werden die auch ohne die Besoldungsreform aufgrund der Alterszulagen eigentlich vom

Land zu zahlenden Steigerungsbeträge auf die Hochschulen abgewälzt, d. h. **mit der Besoldungsreform in den beschriebenen Zeitabschnitten real auf Kosten der Hochschulen Einsparungen erzielt.** Entgegen den Vorgaben des Professorenbesoldungsreformgesetzes wird also das eigentlich für die neue leistungsorientierte Besoldung vorgesehene Geld den Hochschulen vorenthalten. Die Rektorenkonferenz ist der Auffassung, dass damit das Professorenbesoldungsreformgesetz nicht korrekt in Landesrecht umgesetzt werden würde. Sie

sieht eine gesetzeskonforme Umsetzungsmöglichkeit darin, dass im Bereich der Fachhochschulen zumindest für den beschriebenen kritischen Zeitraum durch eine angemessene Erhöhung des Besoldungsdurchschnitts (und damit des Vergaberahmens) der Aufwand für den Anstieg in den Dienstsalterstufen der fortlaufenden C-Besoldung aufgefangen wird. Nach den durchgeführten Berechnungen liegt der Betrag unter den gesetzlich möglichen jährlichen 2 %.

Quelle: RKF, der Vorstand März 2004

INFORMATIONEN

Ruhr-Universität Bochum und Fachhochschule Mannheim – Best Practice-Hochschulen 2004

Die Ruhr-Universität Bochum und die Fachhochschule Mannheim – Hochschule für Technik und Gestaltung sind vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) als best practice-Hochschulen 2004 ausgezeichnet worden. „Beide Hochschulen haben Reformkonzepte auf den Weg gebracht, die für die Modernisierung der deutschen Hochschullandschaft vorbildlich sind“, sagte der Leiter des CHE Detlef Müller-Böling.

Die Auszeichnung wurde anlässlich der 305. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin verliehen. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Staatsministerin Doris Ahnen, stellte in ihrem Grußwort heraus: „Die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen ist entscheidend nicht nur im Hinblick auf die individuelle, sondern auch auf die gesellschaftliche und staatliche Zukunftsvorsorge. Wir wollen Strukturen schaffen, die einen besseren Vergleich der Fakultäten bzw. Fachbereiche und Wissenschaftsbereiche in Lehre, Nachwuchsförderung und Spitzenforschung ermöglichen. Die Ruhr-Universität

Bochum und die Fachhochschule Mannheim haben einen konsequenten Kurs der Modernisierung eingeschlagen und können auf beachtliche Erfolge verweisen. Ich wünsche Ihren Konzepten viele Nachahmer.“

Die Ruhr-Universität Bochum

Die 1962 gegründete Ruhr-Universität Bochum ist mit über 35.000 Studierenden eine der größten Universitäten Deutschlands. Sie ist in Deutschland Vorreiterin bei der Einführung der neuen gestuften Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master. Hervorzuheben ist, dass sie erstmals auch die neuen Abschlüsse bei der Lehrerausbildung erprobt sowie einen Reformstudiengang Medizin gestartet hat. Zudem hat sie mit dem Schülerlabor, der SchülerUni und einem zentralen Beratungsportal Zeichen für den Übergang Schule/Hochschule gesetzt. Die Universität hat ein kennzahlengestütztes System entwickelt, um Mittel nach Leistung zu verteilen. In der Forschung zeigt die Ruhr-Universität mit zehn Sonderforschungsbereichen und insgesamt zwölf Graduiertenkollegs sowie sechs Centers of Excellence,

dass sie erfolgreich Akzente gesetzt hat, die auch international wahrgenommen werden, unter anderem mit ihrer International Graduate School of Neuroscience und der mit der Universität Dortmund betriebenen Max-Planck-School in Chemical Biology. Als modernes Serviceunternehmen schenkt die Ruhr-Universität Bochum Fragen der Qualitätssicherung und der Personalentwicklung große Aufmerksamkeit; darüber hinaus hat sie gemeinsam mit den Universitäten Bayreuth und Clausthal den Informationsdienst Wissenschaft (idw) für die deutschsprachige Forschungsöffentlichkeit aufgebaut

Quelle: Pressemitteilung des CHE vom 4. März 2004.

Die Fachhochschule Mannheim

Die Fachhochschule Mannheim wurde vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) als Best Practice-Hochschule 2004 am 4. 3. 2004 im Rahmen der Kultusministerkonferenz in Berlin ausgezeichnet. Damit erhielt zum ersten Mal eine Fachhochschule in Baden-Württemberg diese renommierte Auszeichnung für vorbildliche und innovative Leistungen im Reformprozess der Hochschulen.

„Die Fachhochschule Mannheim hat in eindrucksvoller Weise umfassende Reformen auf allen relevanten Gebieten durchgeführt bzw. eingeleitet“, lobte CHE-Geschäftsführer Prof. Dr. Detlef Müller-Böling. „Mit dem bisher Erreichten ist sie ein Vorbild für andere Hochschulen“. „Diese Auszeichnung“, so der Rektor der Fachhochschule Mannheim, Herr Prof. Dr. h.c. Dietmar v. Hoyningen-Huene, bei der Verleihung „ist für die Fachhochschule Mannheim eine große Ehre und wird sie beflügeln, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen, um im lebendigen und lebhaften Diskurs aller Mitglieder der Hochschule die angedachten Ziele zu erreichen und die laufenden Prozesse weiter zu optimieren.“

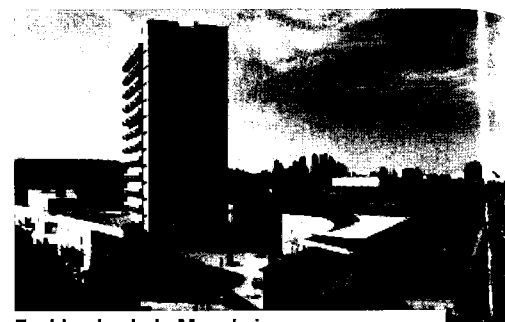
Die Fachhochschule Mannheim hat zur Steigerung ihrer Handlungs- und Strategiefähigkeit in Umsetzung des neuen baden-württembergischen Hochschulgesetzes eine kollegiale Hochschulleitung und einen Hochschulrat eingerichtet und dabei beispielhaft die Trennung von Legislativ- und Exekutivfunktionen berücksichtigt.

Strategiebildung ist an der Fachhochschule Mannheim ein nachhaltiger Prozess. Bereits seit Mitte der 90er Jahre hat die Hochschule in jährlich durchgeführten, extern moderierten Strategieworkshops die Leitlinien für die Entwicklung der Hochschule diskutiert. Als Ergebnis eines bottom-up Prozesses im Dialog mit den Mitgliedern der Hochschule und dem Hochschulrat wurde ein Struktur- und Entwicklungsplan erstellt, der den Reformprozessen eine klare Richtung aufzeigt. In ihm sind neben der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, mit denen die Hochschule bereits 1998 im Rahmen von Bundesmodellversuchen begonnen hat, die Einführung eines umfassenden Qualitätssicherungssystems, die Ergründung der Ursachen für Studienabbrüche, die Wettbewerbslage der Studiengänge, die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung mit einer kennzahlenbezogenen internen Ressourcenzuteilung und ein wirksames Controlling die zentralen Themen.

Das Gutachtergremium stellte insbesondere die Forschungsaktivitäten der Hochschule heraus. Die Fachhochschule Mannheim ist seit Jahren eine der forschungsaktivsten Fachhochschulen des Landes, was auch durch die Einwerbung von Drittmitteln bestä-

tigt wird. Ein bedeutender Faktor ist hierbei u. a. die hochschuleigene Karl-Völker-Stiftung. Ein zentrales Institut für Angewandte Forschung informiert, berät und koordiniert hierbei seit vielen Jahren die entsprechenden Aktivitäten der Fachbereiche und Organisationseinheiten der Hochschule. Dass an Fachhochschulen Forschung auf sehr hohem Niveau durchgeführt wird, dafür zeugen nicht nur die vier an der Fachhochschule Mannheim durch Unternehmen eingerichteten Stiftungsprofessuren. Als erste Fachhochschule in Deutschland ist sie gleichberechtigt an einem Graduiertenkolleg der Deutschen Forschungsgemeinschaft beteiligt. Nach einer Untersuchung der Hochschulrektorenkonferenz nimmt sie in Bezug auf ihre Größe die Spitzenstellung bei laufenden oder bereits abgeschlossenen Promotionen von Fachhochschulabsolventen an deutschen Universitäten ein.

„Wir haben eine hervorragende Ausgangsposition im schärfer werdenden Wettbewerb“, freut sich Prof. v. Hoyningen-Huene, „durch die großartige Unterstützung der Unternehmen der Region“. Der Hochschule steht ein beratendes Gremium mit fünfzig leitenden Vertretern aus Wirtschaftsunternehmen zur Seite. Sie konnte Fachbereichsbeiräte aus der Industrie als Untergliederung des Vereins der Freunde der Hochschule gewinnen. Wegweisend in der Verknüpfung der praxisorientierten Ausbildung und dem Wissenstransfer steht das an der Hochschule in Kooperation mit den Unternehmen entwickelte studienbegleitende Trainee-Programm. Daneben steht die



Fachhochschule Mannheim

Hochschule im engen Kontakt mit allen anderen Hochschulen der Region, pflegt Kooperationen im Bereich Lehre und Forschung und führt mit ihnen kooperative Studiengänge durch.

Die internationale Orientierung der Hochschule erkennt man an dem mit 20 Prozent mittlerweile hohen Anteil ausländischer Studierender aus über 90 Ländern. Hierdurch ist bereits im Studium ein enger Kontakt mit Kommilitonen aus anderen Ländern möglich. Interkulturelles Verständnis und kulturelle Empathie werden dadurch gefördert. Aufgrund des weltweiten Netzwerkes von Kooperationen der Fachhochschule Mannheim mit ausländischen Hochschuleinrichtungen kann jedem Studierenden der Hochschule ein Auslandsaufenthalt ermöglicht werden. Inzwischen verbringen rund 25 Prozent aller Studierenden einen Teil ihres Studiums im Ausland. Um dies finanziell zu unterstützen, verfügt die Hochschule über ein eigenes Stipendienprogramm. Außerdem gibt es einen Notfallfonds für finanziell in Not geratene ausländische Studierende

Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Mannheim vom 4. 3. 2004.

Das CHE prämiert jedes Jahr eine Universität und eine Fachhochschule, die ihre Organisation durch vorbildliche Reformen handlungsfähiger gemacht und auf den nationalen und internationalen Wettbewerb vorbereitet habe. Ausschlaggebend sind hierbei der Innovationsgehalt der Maßnahmen und der Stand der Umsetzung.

Im ersten Jahr 2000 hatte es keine Ausschreibung gegeben, hier waren die beiden Siegerhochschulen von einer Jury ausgewählt worden.

Die Preisträger:

2000: TU München und Hochschule Bremen

2001: TU Darmstadt und FHTW Berlin (15 Bewerbungen)

2002: Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Fachhochschule München (10 Bewerbungen)

2003: Universität Mannheim und Hochschule Harz (14 Bewerbungen)

2004: Ruhr-Universität Bochum und Fachhochschule Mannheim (10 Bewerbungen)

Weitere Informationen zum Ranking unter <http://www.dashochschulranking.de>

Aus dem Bundesbildungsministerium (BMBF)

Das Jahr der Technik gestartet

Unter dem Motto „Zukunft made in Germany“ eröffnete Bundesforschungsministerin Bulmahn am 28. Januar 2004 im Technikmuseum in Berlin das Jahr der Technik. Unter dem Leitthema „BEWEGUNGSSIGNALE – Maschinen & Welten“ fand vom 28. Januar bis zum 1. Februar in Berlin die Auftaktveranstaltung von insgesamt zehn Großveranstaltungen in Deutschland statt und bot ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm. Vor allem junge Menschen sollen für Technik und Innovation begeistert werden.

Das neue Wissenschaftsjahr soll den Zusammenhang von Bildung, Forschung, Technik und Wohlstand verdeutlichen: „Deutschland ist heute Weltmeister in Branchen wie Elektrotechnik und Automobilbau. Das liegt an der

einzigartigen Innovationsleistung von Ingenieurinnen und Ingenieuren. Damit wir auch zukünftig an der Spitze mitspielen, müssen wir in Deutschland verstärkt in Forschung investieren, die im 21. Jahrhundert Technik prägen wird. Das sind zum Beispiel die Bio- und Nanotechnik oder auch die optischen Technologien“, erklärte die Bundesforschungsministerin.

Das Jahr der Technik 2004 wird vom BMBF, der Initiative Wissenschaft im Dialog sowie 80 technisch-wissenschaftlichen Verbänden, repräsentiert durch den Deutschen Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, veranstaltet. Insgesamt rechnet das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den kommenden zwölf Monaten bundesweit mit mehr als 2.000 Veranstaltungen, die zeigen, wie

spannend die Alltagstechnik sein kann und was hinter komplexen Technologien steckt. Weitere Großveranstaltungen finden in Leipzig, Hannover, Hamburg, Düsseldorf, Dresden, Gelsenkirchen, Stuttgart, München und Duisburg statt.

Informationen über alle Veranstaltungen erhalten Sie unter www.jahr-der-technik.de.

Weitere Informationen zum Jahr der Technik MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Alexander Behrens, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Tel. (030)6 50 00-325, Fax -190, E-Mail: a.behrens@media-consulta.com.

Quelle: BMBF-Pressemitteilung Nr. 13 vom 28. Januar 2004, Berlin.

Verleihung des Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises

Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn hat anlässlich der Verleihung des Leibniz-Preises auf den Zusammenhang zwischen Forschung und neuen Arbeitsplätzen hingewiesen. Die Wirtschaft müsse noch enger mit der Wissenschaft zusammenarbeiten, forderte Bulmahn am Mittwoch in Berlin. „Mit Hilfe der Forschung entstehen die innovativen Produkte und Dienstleistungen, die das Wachstum und die zukunftsfesten Arbeitsplätze von morgen schaffen.“

Die elf ausgezeichneten deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissen-

schaftler bereiteten mit ihren innovativen Ideen für Deutschland den Weg in die Zukunft. „Die Leibniz-Preisträgerinnen und Preisträger sind mit ihren hervorragenden Arbeiten ein Botschafter der exzellenten Forschungsbedingungen in unserem Land.“

Der Leibniz-Preis ist der höchstdotierte deutsche Förderpreis. Er wird seit 1985 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Der Preis ist für experimentell arbeiten-

de Wissenschaftler auf 1,55 Millionen Euro dotiert. Stärker theoretisch arbeitende Wissenschaftler erhalten rund 770.000 Euro. Insgesamt werden in diesem Jahr Preise in Höhe von 15,3 Millionen Euro vergeben. Ziel des Förderpreises ist es, die Unabhängigkeit der Wissenschaftler zu stärken, ihre Forschungsmöglichkeiten zu verbessern, und ihnen die Beschäftigung junger Nachwuchswissenschaftler zu erleichtern.

Quelle: BMBF-Pressemitteilung Nr. 34 vom 25. Februar 2004, Berlin.

Zentren für Innovationskompetenz in Ostdeutschland

Das Bundesforschungsministerium fördert universitäre Spitzenzentren in den neuen Ländern. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Christoph Matschie, sagte bei der Vorstellung des Programms zum Aufbau von Zentren für Innovationskompetenz in Berlin:

„Die ostdeutschen Regionen brauchen Spitzenforschung vor Ort, um wirtschaftlich erfolgreiche, international wettbewerbsfähige Cluster zu entwickeln. Notwendig sind international leistungsstarke Forschungszentren, die sich in ihrer Forschung an zukünftigen Hochtechnologiemärkten orientieren und die Basis für am Markt erfolg-

reiche Innovationen schaffen. Hier setzt das Programm an.“

Das Programm „Zentren für Innovationskompetenz. Exzellenz schaffen – Talente sichern“ ist Teil von „Unternehmen Region“, der BMBF-Innovationsinitiative für die neuen Länder. Für die verschiedenen Programme von „Un-

ternehmen Region“ stehen allein in diesem Jahr rund 98 Millionen Euro zur Verfügung.

Zwölf herausragende ostdeutsche Forschungsinitiativen hatten ihre Strategiekonzepte für internationale Spitzenforschungszentren einer hochrangig besetzten Expertenjury zur Bewertung präsentiert. Die Entwicklung dieser Konzepte wurde zuvor in einer einjährigen Strategiephase vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Matschie: „Die Jury hat nun die sechs besten Konzepte ausgewählt. Bis 2009 werden diese sechs Zentren von uns voraussichtlich mit Beträgen zwischen jeweils vier und zehn Millionen Euro gefördert. Mit insgesamt ca. 50 Millionen Euro werden an jedem der Zentren mindestens zwei international besetzte Gruppen von Spitzennachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern finanziert.“

Der Parlamentarische Staatssekretär lobte die hohe Qualität der nun ausge-

wählten sechs Initiativen: „Diesen Zentren ist es gelungen, sich in ihrem jeweiligen Forschungsfeld eindeutig zu positionieren – sowohl, was die Konkurrenz in der nationalen und internationalen Wissenschaft, als auch was den Wettbewerb am Markt betrifft. Am wichtigsten ist mir, dass die Zentren eine langfristig tragfähige Strategie für ihre Forschung und die Verwertung ihrer Ergebnisse entwickelt haben.“

Zu „Unternehmen Region“ zählen unter anderem die Programme „InnoRegio“ und „Wachstumskerne“, mit denen das BMBF erfolgreich Bündnisse von Unternehmen und Wissenschaft in den neuen Ländern fördert. Ziel der so zusammengefassten Programme ist die Entstehung von Regionen, die durch ein klares wirtschaftliches und wissenschaftliches Profil ein überdurchschnittliches Wachstum erreichen.

Quelle: BMBF-Pressemitteilung Nr. 52 vom 12. März 2004, Berlin.

Die sechs ausgewählten Zentren für Innovationskompetenz:

OncoRay, Dresden (Krebsforschung)

ICCAS, Leipzig (roboter- und computerassistierte Chirurgie)

Funktionelle Genomforschung, Greifswald (molekulare Ursachen von ausgewählten Volks- und Infektionskrankheiten)

Celisca, Rostock (automatisiertes Hochdurchsatz-Screening und automatisierte Hochleistungsanalytik)

ultra optics, Jena (Aufklärung, Kontrolle und Steuerung von Lichteigenschaften)

MacroNano, Ilmenau (Mikrofluidik und Biosensorik)

Neuer Internetauftritt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Informationen und Service stehen im Vordergrund

Unter dem Motto „Deutschland. Das von morgen.“ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen vollständigen Relaunch seines Internetauftrittes durchgeführt. Ziel ist es, unter www.bmbf.de mehr Raum für die internetgerechte und nutzerfreundliche Darstellung für Projekte und Politik des BMBF zu bieten. Sachliche, allgemein verständliche Texte und Darstellungen führen in die Welt des Wissens und der Forschung und bilden das Profil des Ministeriums ab.

Erster europäischer Bildungsbericht veröffentlicht

Der erste europäische Bildungsbericht schafft die Grundlagen für die gemeinsame Entwicklung der Bildungssysteme in Europa. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Wolf-Michael Catenhusen, wies anlässlich der Vorstellung des Berichts am Donnerstag in Brüssel auf die Bedeutung der Bildungspolitik für ein nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammen-

halt in Europa hin: „Investitionen in Bildung sind die Grundlage eines wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaftsraums.“ Der Bericht hebt als zentrale Handlungsfelder Investitionen in Humankapital, die Förderung europaweiter Mobilität und die Verwirklichung des Prinzips lebenslangen Lernens hervor.

Ein weiteres EU-Arbeitsdokument zu Indikatoren und Benchmarks, das mit

29 Indikatoren die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in 30 Staaten analysiert, zeigt ... für Deutschland einen klaren Reformbedarf. Nach den Ergebnissen der PISA-Studie liegt der Anteil der 15-Jährigen mit schwacher Lesekompetenz in Deutschland mit 22,6 Prozent über dem europäischen Durchschnitt von 17,2 Prozent. „Hier werden wir mit einer besseren Förderung der Kinder in Ganztagschulen

die Fähigkeiten im Lesen und Schreiben erheblich verbessern.“ Gleiches gelte für den Fremdspracherwerb. Dort liegen die deutsche Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II nach den Daten ebenfalls leicht unter dem europäischen Schnitt von 1,5 Sprachen. Dagegen sind die deutschen Hochschulen in Europa vergleichsweise erfolgreich. Nach dem Bericht hat Deutschland mit zehn Prozent einen relativ hohen Anteil ausländischer Studierender und ist eines der beliebtesten Zielländer für Studierende anderer Länder.

Nach Einschätzung Catenhusens werden sich die Bedingungen für einen gemeinsamen europäischen

Bildungsraum in den kommenden Monaten weiter verbessern. So werde das neue ERASMUS Mundus-Programm die Attraktivität europäischer Hochschulbildung gegenüber Studierenden aus Drittstaaten stärken. Im Rahmen des Programms kooperieren jeweils drei Hochschulen aus drei verschiedenen Ländern und bieten gemeinsame Masterprogramme an. Im Sommer soll eine erste Ausschreibung vorliegen. Die EU-Ratstagung stellte ferner die Weichen für den neuen „EUROPASS“. Dieser soll Bildungsteilnehmer bei der Darstellung ihrer Kompetenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt unterstützen.

Den ersten europäischen Bildungsbericht sowie das EU-Arbeitsdokument zu Indikatoren und Benchmarks können Sie im Internet abrufen unter:

http://www.bmbf.de/pub/allgemeine_und_berufliche_bildung_2010.pdf sowie

http://www.bmbf.de/pub/indicators_and_benchmarks.pdf

Weitere Informationen über europäische Bildungsprogramme erhalten Sie unter:

<http://www.bmbf.de/de/919.php>

Quelle: BMBF-Pressemitteilung Nr. 36 vom 26. Februar 2004, Berlin.

Europäisches Hochschulprogramm ERASMUS MUNDUS gestartet

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, und der Präsident des DAAD, Professor Dr. Theodor Berchem, haben das neue Programm der Europäischen Union zur Förderung der internationalen Hochschulzusammenarbeit und Mobilität von Studierenden, ERASMUS MUNDUS, gemeinsam gestartet. Im Rahmen des Programms werden europäische Masterprogramme eingerichtet, in denen mindestens Doppeldiplome vergeben werden. Ferner erhalten die hochqualifizierten Master-Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt gut dotierte Stipendien. Für ERASMUS MUNDUS stehen bis zum Jahr 2008 insgesamt 230 Millionen Euro zur Verfügung.

Bulmahn und Berchem betonten übereinstimmend: „Der europäische Hochschulraum wird mit ERASMUS MUNDUS weltweit attraktiver. Dieses Programm für die europäischen Hochschulen ist ein hervorragendes Instrument, um sich gemeinsam dem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe zu stellen.“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und der DAAD, der in Deutschland die Aufgaben einer nationalen Informations- und Beratungsstelle für dieses Programm wahrnimmt, haben ERASMUS MUNDUS am heutigen Dienstag in einer gemein-

samen Startkonferenz in Bonn mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Öffentlichkeit vorgestellt.

Kern des Programms sind insgesamt rund 100 Masterstudiengänge, die von mindestens drei Hochschulen aus drei europäischen Ländern gemeinsam angeboten werden und mindestens mit einem Doppeldiplom abschließen. Die Hochschulen bewerben sich im Rahmen einer Ausschreibung. Rund 5.000 hochqualifizierte Studierende und 1.100 Gastwissenschaftler aus außereuropäischen Drittstaaten können ein Stipendium für die Teilnahme an diesen Masterstudiengängen erhalten. Durch flankierendes Marketing soll ERASMUS MUNDUS zu einem international bekannten Markenzeichen für ein Studium auf Spitzenniveau in Europa werden.

Bulmahn erklärte: „Ich erwarte, dass deutsche Hochschulen in dem ERASMUS MUNDUS-Programm eine Vorreiter-Rolle einnehmen und an etwa jedem dritten der 100 ERASMUS MUNDUS-Masterstudiengänge beteiligt sein werden.“ Berchem regte an: „Ausgangspunkt könnten dabei unter anderem die vom DAAD geförderten internationalen Masterstudiengänge mit Doppeldiplom sein.“

Bulmahn betonte: „Die deutschen Hochschulen sind heute gut auf den

internationalen Wettbewerb vorbereitet. Das lässt sich an der wachsenden Zahl von Studiengängen ablesen, die mit einem international anerkannten Bachelor- oder Masterabschluss abgeschlossen werden, aber auch dem zunehmenden Interesse von Studierenden aus aller Welt an einem Studium in Deutschland.“ Der Anteil ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen hat sich in den vergangenen fünf Jahren von 5,4 Prozent auf 8,4 Prozent zum Wintersemester 2002/2003 erhöht. „Mehr als 163.000 Studentinnen und Studenten aus anderen Ländern, die sich für ein Studium in Deutschland entschieden haben, zeigen deutlich, dass unsere Hochschulen weltweit attraktiv sind“, sagte die Bundesbildungsministerin.

Weitere Informationen zum ERASMUS MUNDUS-Programm finden Sie im Internet unter http://europa.eu.int/comm/education/programmes/mundus/index_en.html

Quelle: BMBF-Pressemitteilung Nr. 55 vom 16. März 2004, Berlin.

Hochschulen, die sich an dem Programm beteiligen möchten, können sich an den Deutschen Akademischen Austauschdienst wenden:

Dr. Siegbert Wuttig,
Tel. (02 28) 8 82-4 67,
E-Mail: mmundus@daad.de

Aus der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

ASSIST unterstützt Hochschulen bei der Zulassung ausländischer Studieninteressenten

Die Zahl ausländischer Bewerber, die sich um die Zulassung an einer deutschen Hochschule bemühen, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Interesse einer koordinierten Bearbeitung der Bewerbungen haben die deutschen Hochschulen nun in Bonn „ASSIST“ („Arbeits- und Servicestelle für internationale Studienbewerbungen“) gegründet. Am 4. November kamen auf Initiative der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) 38 Hochschulvertreter zur Gründungsversammlung zusammen.

HRK-Präsident Peter Gaehtgens und DAAD-Generalsekretär Christian Bode betonten, es handele sich um eine

gemeinsam von den Hochschulen gegründete Einrichtung zur Rationalisierung von Verwaltungsabläufen. Die ausländischen Interessenten richten ihre Bewerbungen über die Hochschule oder direkt an ASSIST. ASSIST prüft dann zunächst, ob die formalen Zulassungsvoraussetzungen erfüllt und die eingereichten Dokumente vertrauenswürdig sind. Die Stelle soll so die überlasteten Zulassungsstellen der Hochschulen von Routinearbeiten der Überprüfung ausländischer Vorbildungsnachweise entlasten, Missbrauch verhindern und Kapazitäten für eine qualitätsorientierte Auswahl ausländischer Studierender freisetzen.

ASSIST erhält zunächst eine Anschub-

finanzierung über den DAAD aus Mitteln des BMBF, soll sich aber ab 2004 aus Beiträgen der ausländischen Studienbewerber selbst tragen; die dreiköpfige Leitungs-Mannschaft von ASSIST wird in Kürze in Berlin ihre Arbeit aufnehmen. Die Hochschulen von Berlin und Brandenburg hatten sich frühzeitig für die Schaffung einer solchen Servicestelle eingesetzt, so dass die Gründung von ASSIST auf Vorarbeiten aufbauen konnte.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Hochschulrektorenkonferenz, HRK Nr. 63 vom 4. November 2003.

„Studienangebote deutscher Hochschulen“ für das SS 2004

Eine Übersicht über die „Studienangebote deutscher Hochschulen“ für das Sommersemester 2004 hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) soeben veröffentlicht. Die Angaben kommen aus erster Hand, denn alle Informationen werden direkt bei den Hochschulen erhoben.

Die im W. Bertelsmann Verlag erscheinende Broschüre enthält die Bachelor/Bakkalaureus- ebenso wie die Diplom- und Magisterstudiengänge sowie die Studiengänge, die mit einem Staatsexamen abgeschlossen werden. Im Vergleich zur letzten Umfrage haben die Hochschulen ihre Studienangebote weiter ausgebaut. Dabei dominieren die Studiengänge mit Bachelor-Abschluss (+119), aber auch die Zahl der Diplom-Angebote wächst weiter (+31). Inzwischen gibt es insgesamt 948 Bachelor- Studiengänge (davon 616 an Universitäten und 332 an Fachhochschulen), das sind gut zehn Prozent aller Studienmöglichkeiten, die in der Publikation verzeichnet sind (Gesamtzahl: rund 9 350).

Das Informationsheft der HRK liefert Studieninteressierten alle wichtigen Basisinformationen zur Orientierung:

- alle Studiengänge zu einem ersten für berufliche Tätigkeit („berufsqualifizierenden“) Abschluss an allen staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland,
- Zulassungsbeschränkungen und andere Besonderheiten der Zulassung,
- Bewerbungs-, Anmelde- und Einschreibfristen,
- eine komplette Liste mit den Anschriften sowie E-Mail- und Internet-Adressen der Hochschulen.

Die wichtigsten Informationen sind darüber hinaus auch in der HRK-Hochschuldatenbank im Internet abrufbar: www.hochschulkompass.de.

Die erläuternden Texte wurden für ausländische Studieninteressierte auch ins Englische übersetzt.

Die HRK wendet sich mit diesem Informationsangebot an Schüler, Studien-

bewerber, Studierende, Studien- und Berufsberater, Wissenschaftsverwaltungen und Bibliotheken. Die Broschüre wird an zentrale Hochschuleinrichtungen und ausgewählte Schulen kostenlos abgegeben.

Quelle: Pressemitteilung der HRK Nr. 76 vom 23. Dezember 2004.

Studienangebote deutscher Hochschulen – Ausgabe 14, Dezember 2003 (SS 2004) – Herausgeber: Hochschulrektorenkonferenz (HRK) – ISSN 1434-727x – ISBN 3-7639-3122-8

Anzufordern direkt über den W. Bertelsmann Verlag zu einem Preis von 4,90 Euro (zzgl. Versandkosten) je Ausgabe (<http://shop.wbv.de>). Verlag: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Bielefeld, E-Mail: service@wbv.de Ein Bezug über die HRK ist nicht möglich.

Rekord bei Studierenden und Studienanfängern

Die Rekordzahlen bei den Studienanfängern und den Studierenden hat der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Dr. Peter Gaehtgens, am 4. Dezember in Bonn kommentiert: „Die soeben vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten verursachen in den Hochschulen Freude, aber auch Sorge. Noch nie haben so erfreulich viele junge Leute ein Studium aufgenommen und noch nie sind sie unter so schwierigen Vorzeichen angetreten.“

„Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang auf 40 Prozent zu steigern, ist jetzt fast erreicht“, erläuterte Gaehtgens. „Dieses Ziel ist richtig, denn die volkswirtschaftliche Bedeutung von hochqualifizierten Arbeitskräften wird künftig weiter steigen. Es ist jedoch nicht damit getan, die jungen Leute für ein Studium zu werben und steigende Anfängerzahlen zu feiern. Zusätzliche Studienanfänger können nicht zum Nulltarif ausgebildet werden. Die Ausgaben für den Hochschulbereich stag-

nieren aber seit Jahren. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung sind sie sogar leicht rückläufig. Und jetzt schneiden drastische Sparmaßnahmen in etlichen Ländern den Hochschulen weiter tief ins Fleisch. Die laufenden Proteste in den Hochschulen gegen die Kürzungen sind daher berechtigt.“

„Die Politik darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben“, forderte der HRK-Präsident. „Sie muss jetzt zusätzliche Mittel in den Zukunftsbereich Bildung und Wissenschaft investieren. Sonst produziert sie nach neuen Rekordjahren bei den Anfängern und Studierenden nur neue Höchststände bei enttäuschten und frustrierten Abbrechern.“

Knapp 385.000 Anfänger, das sind 26.000 oder 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr und 40.000 oder 11,5 Prozent mehr als noch 2001, haben gerade ihr Studium aufgenommen. Erstmals wurde auch die Zwei-Millionen-Grenze bei den Studierenden übertroffen. Die Stu-

dienanfängerquote (der Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung) stieg in den letzten drei Jahren von 33,5 Prozent auf 39,6 Prozent.

Das Land Berlin, das die Mittel für den Hochschulbereich bereits in der Vergangenheit um 20 Prozent zurückgefahren hat, legt gegenwärtig eine 75 Millionen Euro-Kürzung auf seine drei Universitäten um, die bayerische Staatsregierung kürzt die Mittel für die Hochschulen um fünf Prozent, die niedersächsische Regierung um knapp drei Prozent. In Hessen werden reale Einsparungen im Hochschulbereich durch Langzeitstudiengebühren und Arbeitszeitverlängerungen kaschiert. Das Land Bremen lässt den Hochschulen nur noch 90 Prozent des bis 2010 errechneten Finanzbedarfs zukommen. Der Bund ist im Begriff, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu reduzieren.

Quelle: Pressemitteilung der HRK Nr. 75 vom 4. Dezember 2003.

Konzept für künftige Hochschulzulassung

Die zunehmende Bedeutung von Wettbewerb und Profilbildung in der Hochschulentwicklung macht eine möglichst weitgehende eigene Qualitätsverantwortung in Forschung und Lehre notwendig. Dazu gehört an herausragender Stelle, dass die Hochschulen die Auswahl und Zulassung von Studienbewerberinnen und -bewerbern selbst definieren und organisieren können. Dies betonte der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in einem Beschluss vom 10. Februar 2004.

Der Senat legte ein Konzept für die künftige Hochschulzulassung vor. Dieses soll einerseits dazu beitragen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken, indem sich die Zulassung stärker an den Erfordernissen des jeweiligen Studienangebots orientiert. Andererseits soll es eine Überforderung der Hochschulen verhindern, indem der notwendige Personalaufwand überschaubar bleibt. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) könnte zu diesem Zweck zu einer Serviceeinrichtung für die Hochschulen umgebaut werden.

Der Vorschlag der Hochschul-Vertreter sieht im Wesentlichen vor, dass nur noch 15 Prozent der Studienplätze vorab für besondere Fälle (Vorabquote) reserviert werden. Von den restlichen Plätzen sollen zehn Prozent nach der Abiturdurchschnittsquote vergeben werden, die übrigen nach Auswahlkriterien und -verfahren, die die Hochschulen selbst festlegen können.

Entschließung des Senats der HRK vom 10. Februar 2004.

Quelle: Pressemitteilung der HRK Nr. 5 vom 11. Februar 2004.

Empfehlung zum Europäischen Credit Transfer System: Kreditpunkte an allen Hochschulen zügig einführen

Das europäische System zur Erfassung von Studienleistungen ECTS (European Credit Transfer System) soll in den deutschen Hochschulen noch stärkere Verbreitung finden. Das forderte der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 10.

Februar in Bonn. „Die Zeiten, in denen ECTS ausschließlich für international mobile Studierende angewandt wurde, sind vorbei“, erklärte dazu HRK-Präsident Professor Dr. Peter Gaehtgens. „ECTS hat in den vergangenen Jahren durch den Bologna-Prozess eine große

zusätzliche Dynamik erhalten und setzt sich in allen Ländern des europäischen Hochschulraums als das europäische Leistungspunktsystem durch“.

Die HRK plädiert dafür, die Möglichkeiten von ECTS auch national verstärkt zu nutzen. Gemeinsam mit der Organi-

sation des Studiums in Modulen können Studienverlauf und -leistungen transparenter gemacht werden. ECTS fungiert dann als Akkumulationsinstrument, das heißt im Laufe des gesamten Studiums werden Leistungspunkte gesammelt. So sind beispielsweise für einen Bachelor-Abschluss mindestens 180 ECTS-Punkte nötig.

Die Senatsempfehlung sieht auch vor, die Praxis der Notengebung der in anderen europäischen Staaten stärker anzugleichen. Die absolute Note des deutschen Systems soll weiter vergeben werden, jedoch ergänzt um eine relative ECTS-Note, um dadurch die

Aussagekraft des Zeugnisses und des Diploma Supplements zu erhöhen. Die ECTS-Note drückt aus, zu welcher Leistungsgruppe der Studierende innerhalb seiner Kohorte gehört. Damit werden die unterschiedlichen Notenengebungspraktiken ausgeglichen. Eine Umrechnung soll nicht mehr erfolgen.

HRK-Präsident Gaehtgens hält die zügige und umfassende Einführung von ECTS auch im Hinblick auf das derzeit von der EU-Kommission erstmals ausgeschriebene „ECTS-Label“ für wichtig, das an Hochschulen vergeben werden soll, die ECTS in allen Studiengängen korrekt anwenden:

„Vorläufig wird das Label nur dazu dienen, dass eine Hochschule zeigen kann, wie „europäisch“ sie ist. Es ist aber wahrscheinlich, dass die vollständige Anwendung von ECTS in der nächsten Generation der EU-Bildungsprogramme die Voraussetzung für zumindest einen Teil der Fördermaßnahmen werden wird. ECTS wird damit zu einem Element des Wettbewerbs, und wer sich rechtzeitig darauf einstellt, wird klare Vorteile haben.“

Entschließung des Senats vom 10. Februar 2004

Quelle: Pressemitteilung der HRK Nr. 8 vom 11. Februar 2004.

Durchlässigkeit bei der Zulassung zu Master und Promotion

Gegen eine formale Abschottung zwischen Universitäten und Fachhochschulen innerhalb des gestuften Studiensystems hat sich der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 10. Februar in Bonn gewandt. Das widerspreche den Zielen der Studienstrukturreform mit der Einführung von Bachelor und Master. Hintergrund des Senats-Beschlusses ist eine Untersuchung der Prüfungsordnungen für Master-Studiengänge

an den Universitäten. Eine Reihe dieser Prüfungsordnungen sieht keine Zulassung von Fachhochschulabsolventen vor.

„Durch die Reform soll unser Studiensystem flexibler werden, auch hinsichtlich der Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen“, erläuterte dazu HRK-Präsident Professor Dr. Peter Gaehtgens. Der Senat wolle mit seinem Beschluss die Verantwortlichen in

den Fakultäten an dieses Ziel erinnern. Zwar solle die Verantwortung für die Zulassungsentscheidung bei den Universitäten unberührt bleiben. Diese müsse jedoch auf der Grundlage der fachlichen Qualifikation der Bewerber und nicht rein formaler Unterscheidungen getroffen werden. Gleiches gelte für die Zulassung zur Promotion.

Quelle: Pressemitteilung der HRK Nr. 7 vom 11. Februar 2004.

Aus der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS)

Hohes Niveau der Studierfreudigkeit

Nach kontinuierlichem Rückgang in den 90er Jahren ist die Studierbereitschaft der studienberechtigten Schulabgänger wieder erheblich angestiegen. Nahezu drei Viertel (73 %) haben sich „sicher“ für einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss als Ziel der beruflichen Qualifizierung entschieden. Unter Berücksichtigung derjenigen, die eine Studienaufnahme „wahrscheinlich“ bzw. „alternativ“ zu anderen Überlegungen planen, ergibt sich sogar eine maximale Studierquote von 79 %. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern sehr groß: Zwischen dem Land mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Studierneigung liegen 19 Prozentpunkte.

Dies sind zentrale Ergebnisse der von der Hochschul-Informationssystem

GmbH Hannover durchgeführten Befragung von Schulabgängern, die im Jahr 2002 ihre Hochschulreife erworben haben. Gefördert wurde die Befragung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Befragt wurde eine auf Bundes- und Länderebene repräsentative Stichprobe von 12.300 Personen, die 2002 die Hochschulreife erworben haben. Die Untersuchung wurde Ende 2002/Anfang 2003 durchgeführt.

Mit 73 % im Minimum liegt die Studierquote um 7 Prozentpunkte über der des zuvor untersuchten Jahrgangs 1999 und damit fast wieder auf dem hohen Niveau von Beginn der 90er Jahre (zwischen 76 % und 74 %). Wichtiger Grund für die gestiegene Studierfreudigkeit sind die wieder deutlich optimistischeren Einschätzun-

gen der Arbeitsmarkt- und Berufsaussichten für Hochschulabsolventen.

Zwar ist der jüngste Anstieg der Studierfreudigkeit in fast allen Bundesländern zu beobachten (am stärksten bei den Studienberechtigten aus Hamburg, Saarland und Sachsen-Anhalt). Dennoch bleiben die Niveaunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern erheblich: Die aktuell höchsten Studierquoten wurden für Bremen (82 %) und Bayern (80 %), die niedrigsten für Niedersachsen, Thüringen (jeweils 68 %) und Brandenburg (63 %) ermittelt.

Nähere Informationen:

Dr. Christoph Heine, HIS Hannover,
Tel. (05 11) 12 20-2 57,

E-Mail: heine@his.de

Pressemitteilung vom 27. Februar 2004.

Kostenvergleich zwischen Universitäten und Fachhochschulen

Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte macht sich im Hochschulsektor teilweise in Form von drastischen Mittelkürzungen bemerkbar. In diesem Kontext ist trotz bestehender Einschränkungen ein Kostenvergleich zwischen Universitäten und Fachhochschulen naheliegender. Welche Hochschulart kann Studienangebote kostengünstiger bereitstellen? Wo werden Absolventen kostengünstiger ausgebildet?

In ihren Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleichen (AKL) ermittelt die HIS GmbH für beide Hochschularten fachbezogene Kostenkennzahlen. Die Ergebnisse werden bisher getrennt nach Hochschularten publiziert, zunehmend aber für Vergleiche zwischen den Hochschularten herangezogen. Um missverständlichen Interpretationen zu begegnen, legt HIS diesen Werkstattbericht vor, in dem auf der Basis der Daten des AKL 2000 ein

Kostenvergleich für sieben dafür geeignete Studiengänge vorgenommen wird.

Zentrale Ergebnisse:

Zwecks Beurteilung der kostenmäßigen Effizienz sollten unter Steuerungsgesichtspunkten zumindest Lehre und Forschung als zentrale Aufgabenbereiche unterschieden werden.

Die Lehrkosten sind nicht per se an einer Hochschulart günstiger. In einigen Studiengängen bilden die Universitäten allerdings kostengünstiger aus als die Fachhochschulen, wenn nur die Lehrkosten betrachtet werden.

Für Budgetierungszwecke sind die Gesamtkosten der Fächer von Belang. Die Rahmenbedingungen im deutschen Hochschulsystem führen dazu, dass mit jedem Studienplatz gleichzeitig Forschungskapazität geschaffen wird. Die Kosten der Forschung sind somit aus der Finanzierungsperspekti-

ve untrennbar mit denen der Lehre verbunden.

Die Gesamtkosten für die Bereitstellung der Ausbildungsangebote sind an Fachhochschulen durchweg niedriger. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass an Universitäten in wesentlich stärkerem Maße als an Fachhochschulen Forschungsaktivitäten untrennbar mit Lehraufgaben verbunden sind.

Michael Leszczensky/Frank Dölle; Werkstattbericht zu einem Vergleich der Ergebnisse von Universitäten und Fachhochschulen. Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche.

HIS Kurzinformation A7/2003.

Informationen: Dr. M. Leszczensky, Tel. (05 11)12 20-2 25, E-Mail: lezczensky@his.de und F. Dölle; Tel. (05 11)35 77 06-45, E-Mail: doelle@his.de

Bachelorabschlüsse – bereits akzeptiert?

Erstmals für Deutschland beginnt das Hochschul-Informationssystem (HIS) diesen Monat eine Befragung aller Bachelorabsolvent(inn)en der letzten beiden Prüfungsjahrgänge. Die Untersuchung wird im Auftrag des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft durchgeführt.

Über das Bachelorstudium und die beruflichen Chancen seiner Absolvent(inn)en bestehen derzeit noch zahlreiche Informationsdefizite, die mit dieser Untersuchung beseitigt werden. Neben Fragen zur Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt werden rückblickende Bewertungen des Studiums und Übergänge in das Masterstudium Bestandteile der Befragung sein.

Die Ergebnisse sollen zu einem frühen Zeitpunkt der Etablierung von Bachelorstudiengängen erste Befunde zu Erfolgen, ggf. auch zu Startschwierigkeiten dieses Studienmodells liefern und Ende 2004 vorliegen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat HIS in den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Studienberechtigten- und Studienanfängerbefragungen die Wahl von Bachelorstudiengängen thematisiert. Dabei wurden erhebliche Defizite im Kenntnisstand über Bachelorstudiengänge sowie der Akzeptanz des Bachelorabschlusses festgestellt. Mehr als ein Viertel der studienberechtigten Schulabgänger(inn)en ist der Bachelor unbekannt. Ebenso viele haben ein Bachelorstudium in Betracht gezogen, sich aber (noch) nicht dafür entschieden. Hierin steckt ein großes Potenzial für gestufte Studiengänge, das auch Studienberechtigte einschließt, die sich ausschließlich für eine Berufsausbildung entschieden haben. 20 % von ihnen hatten ein Bachelorstudium in ihre Überlegungen zur Ausbildungswahl einbezogen.

Nach der letzten Studienanfängerbefragung sind Hauptgründe für ein Ba-

achelorstudium vor allem die internationale Vergleichbarkeit und die Möglichkeit der Studienfortsetzung im Masterstudium. Jeweils ca. 80 % der Studienanfänger(inn)en mit Wahl eines solchen Studienabschlusses führten diese Gründe an. Von der Entscheidung für ein Bachelorstudium hielten vorrangig nicht einschätzbare Chancen für Bachelorabsolvent(inn)en auf dem Arbeitsmarkt ab (73 %).

Bearbeiter des Absolventenprojektes sind: Karl-Heinz Minks, Tel. (05 11)12 20-2 03, E-Mail: minks@his.de und Kolja Briedis Tel. (05 11)12 20-2 32, E-Mail: briedis@his.de.

Fragen zu den Studienberechtigten- und Studienanfängerbefragungen richten Sie bitte an: Dr. Christoph Heine, Tel. (05 11)12 20-2 57, E-Mail: heine@his.de oder Heike Spangenberg, Tel. (05 11)12 20-2 51.

Quelle: Presseinformation vom 24. März 2004.

Infosplitter

vhw · c/o Prof. Willy Petter · Eleonorenstraße 18 · 55124 Mainz
Postvertriebsstück · G 4346 · Entgelt bezahlt

Stipendien

– ein Überblick

Neben dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gibt es eine Fülle staatlicher, politischer und privater Hilfen. Mit seiner Broschüre „Förderungsmöglichkeiten für Studierende“ bietet das Deutsche Studentenwerk einen Überblick und informiert gut strukturiert umfassend. Die Geldgeber werden in dem Stichwortregister alphabetisch aufgelistet. Hier findet man unter dem Namen Informationen zu: Adresse, Rechtsform, Entstehung und Zielsetzung des Stipendiums, antragsberechtigtem Per-

sonenkreis, Bedürftigkeits- und/oder Eignungsvoraussetzungen, geförderten Bildungswegen, Art und Höhe des Stipendiums, eventueller Rückzahlung und besonderen Verpflichtungen der StipendiatInnen gegenüber dem Förderer.

Deutsches Studentenwerk, Hrsg.: Förderungsmöglichkeiten für Studierende. K. H. Bock Verlag, Bad Honnef. 13. völlig neu bearbeitete Auflage 2003. 11.50 Euro.

Europäisches Sprachensiegel

Wettbewerb 2004

Das „Europäische Sprachensiegel“ ist eine Auszeichnung für besonders innovative und herausragende Fremdsprachenprojekte und -initiativen. Die Europäische Kommission vergibt dieses Gütesiegel im Rahmen von Wettbewerben, die in 30 europäischen Staaten durchgeführt werden.

Zum Wettbewerb sind alle Projekte und Initiativen aufgerufen, die das integrative Potenzial von Sprache in kultureller, wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht nutzen. Ziel der Wettbewerbe ist es, die prämierten Projekte einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und zur Nachahmung anzuregen. Gleichzeitig soll das allgemeine Interesse am Sprachenlernen gefördert sowie die Qualität der Sprachvermittlung verbessert werden.

In diesem Jahr lautet das Thema in Deutschland: „Sprachenlernen und sozialer Zusammenhalt – Chancen für Erwachsene“. Eine internationale Jury wird bis zu zehn Projekte und Initiativen mit einem „Europäischen Sprachensiegel“ auszeichnen.

Die Verleihung des „Europäischen Sprachensiegels 2004“ findet im Rahmen der internationalen Sprachenmesse EXPOLINGUA am 12. November 2004 in Berlin statt.

Die Verantwortung für den Wettbewerb in Deutschland liegt alternierend beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und bei der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK). Dieses Jahr hat das BMBF die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung mit der Durchführung des Wettbewerbs 2004 beauftragt.

Teilnahmebedingungen, Vergabekriterien und Bewerbungsbogen im Internet unter www.nabibb.de/sprachensiegel. Einzusenden in 3-facher Ausfertigung an:

Bildung für Europa – Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) – „Europäisches Sprachensiegel 2004“ – 53142 Bonn.

Einsendeschluss: 16. Juli 2004
(Datum des Poststempels)

5. Ausschreibung des Deutschen Studienpreises

Unter der Fragestellung „Mythos Markt? Die ökonomische, rechtliche und soziale Gestaltung der Arbeitswelt“ ist die 5. Ausschreibung für den Deutschen Studienpreis angelaufen.

Der Wettbewerb richtet sich an Studierende und junge Forschende aller Fachrichtungen, die nicht älter als 30 Jahre sind. Einsendeschluss ist der 1. Oktober 2004.

Nähere Informationen unter:
Körper-Stiftung, Deutscher Studienpreis. <http://www.studienpreis.de>
<mailto:dsp@stiftung.koerber.de>

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw) im dbb, gegr. 1973

Verantwortlich: Bundesvorsitzende des vhw Professorin Dr. Elke Platz-Waury,
Fax (0 62 01) 5 82 97,
E-Mail: DREPW@aol.com

Redaktion: Daniel Gutmann,
Tel. (0 61 44) 33 08 22, Fax (01 80)
5 75 11 11 59 12

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf
Internet: www.vva.de, E-Mail: info@vva.de
Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann
Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis,
Tel. (02 01) 8 71 26-9 45, Anzeigendisposition:
Britta Urbanski,
Tel. (02 11) 73 57-5 63, Fax (02 11) 73 57-5 07
Anzeigentarif Nr. 13,

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr geleistet.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen.

(Bezugspreis ist für Mitglieder des vhw mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.)